

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 17. September 2013

www.epd.de **Nr. 38-39**

■ Krieg aus der Distanz: Drohnen fordern Friedensethik heraus

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur
Dr. Peter Zschunke
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ Krieg aus der Distanz: Drohnen fordern Friedensethik heraus

Nicht zum ersten Mal verändern technische Neuerungen die Möglichkeiten von Staaten, das von ihnen beanspruchte Gewaltmonopol einzusetzen. Seit einigen Jahren können unbemannte Fluggeräte aus ungefährdeter Distanz Tod und Zerstörung zu fernen Zielen bringen. Die USA gehen so gegen mutmaßliche Anführer terroristischer Gruppen vor. Unter der Regierung von Friedensnobelpreisträger Barack Obama hat der Einsatz solcher Drohnen einen Höhepunkt erreicht.

Kirche und Theologie haben sich bisher kaum mit der »Bewertung der Drohnen-Frage im Kontext des Leitbildes vom ‚Gerechten Frieden‘« befasst, wie Oberkirchenrat Roger Mielke feststellt. Diese Ausgabe der *epd Dokumentation* will eine Grundlage für eine vertiefende Diskussion bie-

ten. Zusammengestellt hat sie der Würzburger Theologe und Publizist Gerhard Arnold. Die *epd Dokumentation* dankt ihm für seine Initiative und sein Engagement.

In seiner Einleitung zeichnet Gerhard Arnold die bisherige Diskussion nach und stellt die Schwerpunkte dieser *epd Dokumentation* vor. Im Anschluss an eine Chronik der politischen Diskussion in Deutschland werden zunächst Stimmen aus der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vorgestellt. Danach folgen Beiträge aus Landeskirchen und der Einwurf Bremer Pastoren gegen den Einsatz von Drohnen. Stellungnahmen einzelner Theologen vertiefen die Betrachtung. Erstmals veröffentlicht wird hier ein Positionspapier der Diakonie Katastrophenhilfe zu bewaffneten Drohnen und dem humanitären Völkerrecht. Einen besonderen Schwerpunkt bildet schließlich die Dokumentation einer Diskussionsveranstaltung von Verteidigungsminister Thomas de Mai-

zière mit den Militärbischöfen Franz-Josef Overbeck und Martin Dutzmann.

Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider äußerte in einem Beitrag für *Chrismon* »die große Sorge, dass technischer Fortschritt bei Kriegswaffen zur Verdrängung oder gar zum Verlust des Mitleidens führt und letztlich die Friedfertigkeit der Menschen unterminiert«. Diese Ausgabe der *epd Dokumentation* zeigt auf, welche unterschiedliche Positionen zur Frage einer Kriegsführung mit Drohnen zurzeit entwickelt werden. Militärische Technik fordert Friedensethik heraus. Christen wiederum sehen sich gefordert, einen eigenen Beitrag zur Gestaltung einer Friedensethik für dieses Jahrhundert zu leisten, frei von militärischen oder wirtschaftlichen Interessen.

Hinweis für unsere Abonnenten: Ausgabe 40/2013 erscheint am 1. Oktober.

Quellen:

Mitschriften von öffentlichen Veranstaltungen, Medienberichte, Reden und Stellungnahmen

Aus dem Inhalt:

Drohnen fordern Friedensethik heraus

▶ Roger Mielke: »Neue Waffen – neue Kriege? Zur kirchlichen Debatte um ‚Kampfdrohnen‘«	4
▶ Gerhard Arnold: »Einleitung«	5
▶ Gerhard Arnold: »Chronik der politischen Diskussion in Deutschland«	12
▶ »Podiumsdiskussion: Thema Kampfdrohnen«	14
▶ »De Maizièrre: Unbemannte Drohnen ethisch gleichwertig«	16
▶ »EKD-Friedensbeauftragter fordert internationale Polizei gegen Terror«	17
▶ Michael Eberstein: »Es bleibt noch viel zu tun. Diskussion über Afghanistan«	18
▶ »EKD-Ratsvorsitzender fordert mehr Kontrolle bei Waffenexporten«	18
▶ Rasmus Buchsteiner: »Umstrittene Aufrüstung – Bundeswehr will Kampfdrohnen anschaffen / Kritik von Opposition und Kirchen«	19
▶ Eugen Maier: »'Ethische Schulung ist wichtig' Evangelischer Militärbischof Martin Dutzmann über den Einsatz von Kampfdrohnen«	19
▶ Ingo Lehnick: »Präses Schneider zieht Bilanz: ‚Ganz gut gelungen‘«	20
▶ »Sollte die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden?«	21
▶ »Ethisch neutral? Kontroverse Diskussion um Kampfdrohnen«	22
▶ Bettina Röder: »Alles nur fette Moorhühner am Himmel? Die Drohnen und die Technisierung des Militärs verändern das Denken über den Krieg«	24
▶ Nikolaus Schneider: »Es ist Krieg, und keiner geht hin – Kampfdrohnen halten die Schrecken des Todes auf Abstand. Humaner machen sie den Krieg nicht«	25
▶ »Einsatz von Drohnen verstärkt die Spirale des Hasses«	26
▶ »Appell: Keine Kampfdrohnen!«	27
▶ Frank Jung und Alf Clasen: »Es gibt keine ethisch neutralen Waffen«	28

► »Drohnen im Anflug auf den Datenschutz«	32
► »Bremer Friedensform ruft zur Demo am Antikriegstag auf«	34
► Martin Warnecke: »Krieg stinkt zum Himmel«	34
► »Pastoren verurteilen geplanten Einsatz von Kampfdrohnen«	35
► Bremer Friedensforum: »Bremer Ostermarsch warnt vor Kampfdrohnen«	35
► Bremer Emeriti: »Menschliches Leben gerät aus dem Blickfeld«	36
► »Bremer Pastorinnen und Pastoren gegen Drohnen«	37
► »Pastoren gegen Kampfdrohnen«	39
► »Evangelische Pastoren gegen den Ankauf von Kampfdrohnen – Auch EKD-Friedensbeauftragter Brahms sieht Einsatz kritisch«	40
► Bernd Luderhmann: »Dem Wettrüsten nicht Vorschub leisten – Statt Kampfdrohnen zu kaufen, sollte Deutschland ihre Verbreitung bremsen«	41
► Gerhard Arnold: »Viel Lärm um deutsche Kampfdrohnen«	42
► Dietrich Becker-Hinrichs: »Drohnen – die neuen Killermaschinen«	44
► »Gegen den Verlust des Politischen«	45
► Rainer Lucht und Martin Quack: »Bewaffnete Drohnen und humanitäres Völkerrecht«	46
► »Schutzverpflichtung versus Schutz der Soldaten – Ethische Dimensionen aktueller sicherheitspolitischer Entwicklungen«	47
► Josef König und Walter Linkmann: »Was Deutschland anders macht«	56
► Barbara Hepp: »Gesprächsabend zum Thema ‚Drohnen‘«	57
► »EKD-Militärbischof: Kein Unterschied zwischen Drohnen und anderen Flugzeugen«	58

Neue Waffen – neue Kriege? Zur kirchlichen Debatte um »Kampfdrohnen«

Von Roger Mielke

Dr. Roger Mielke, Verfasser dieses Vorworts, ist Oberkirchenrat im Kirchenamt der EKD (Hannover). Dort ist er unter anderem für Friedensfragen die Geschäftsführung der Kammer für Öffentliche Verantwortung zuständig.

Um die Anschaffung von Drohnen, unbemannten Fluggeräten zu militärischen Aufklärungs- und Kampfzwecken, ist in den vergangenen Monaten erbittert öffentlich gestritten worden. Dieser Streit fokussierte sich allerdings auf die Fragen der politischen Verantwortung des Bundesverteidigungsministers für angeblich mangelnde fachliche und finanzielle Aufsicht im langwierigen Entwicklungsprozess dieser komplexen Waffensysteme. Darüber ist eine andere Frage ganz in den Hintergrund getreten, diejenige nämlich nach der friedensethischen Bewertung möglicher Drohneinsätze: Verändert sich etwas Grundsätzliches in der Art der Kriegführung, wenn Drohnen das militärische Arsenal erweitern?

Es gibt die einen, die Drohnen ganz auf der Linie einer Erweiterung taktischer Optionen verorten und die anderen, die in ihrem Einsatz Anfänge eines Paradigmenwechsels hin zu einem virtualisierten und tendenziell automatisierten »Cyberkrieg« sehen. Im ersten Fall liegt es nahe, den Einsatz von Drohnen eher als eine Möglichkeit für gezielteren und damit stärker begrenzten Einsatz von militärischer Gewalt zu bewerten. Im zweiten Fall tauchen Szenarien einer ansatzweise autonomen und entgrenzten Kriegführung auf. Die Auseinandersetzung wird sich auf einer Skala zwischen diesen beiden Polen bewegen. Diese Debatte kann einerseits nur vor dem Hintergrund bisheriger Einsatzerfahrungen geführt werden und muss andererseits die rapide sich erweiternden

technischen Möglichkeiten antizipieren. Die Debatte wird, wie gesagt, in der nötigen gesellschaftlichen Breite und sachlichen Tiefe erst noch zu führen sein.

Im vielstimmigen Diskurs zu Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik ist der Beitrag der Kirchen von prominenter Bedeutung. Die evangelischen Beiträge werden sich wesentlich auf die friedensethischen Grundlegungen der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 »Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen« zu beziehen haben. Das Leitbild des »Gerechten Friedens« mit seiner vorrangigen Option für Gewaltfreiheit und dem Konzept einer rechtsbasierten internationalen Friedensordnung bietet insgesamt einen bewährten Referenzrahmen - auch wenn fortgesetzt kritische Fragen zu diskutieren sind, ob sich hier nicht eine zu stark normativ-»institutionalistische« Vorstellung an den »realistisch« zu beschreibenden Machtkonstellationen bricht. In der Bewertung der Drohnen-Frage im Kontext des Leitbildes vom »Gerechten Frieden« stehen für die theologische Ethik und die unterschiedlichen kirchlichen Akteure die entscheidenden Befassungen noch aus.

Dem Bearbeiter der vorliegenden Sammlung von Verlautbarungen aus dem Raum der Kirche gebührt großer Dank. Herr Gerhard Arnold hat das bisherige Material gesichtet, zusammengestellt und mit einer ebenso umsichtigen wie eingehenden Einleitung versehen. Damit ist ein guter Grund gelegt für einen kundigen Fortgang der Debatte. Die allerjüngsten, sich aus dem Bürgerkrieg in Syrien ergebenden, Fragen nach einem neuen, etwa stärker interventionistisch geprägten Paradigma deutscher Außenpolitik, machen die Dringlichkeit der anstehenden Fragen nur umso deutlicher. 

Einleitung

Von Gerhard Arnold

Gerhard Arnold ist evangelischer Theologe und freier Publizist zu Themen der Friedensethik (Würzburg)

Seit einem Jahr beschäftigen sich die deutsche Politik, die Medien und der politisch interessierte Teil der Öffentlichkeit, dazu die großen Kirchen, mit der Frage, ob die Bundeswehr Aufklärungs- und Kampfdrohnen anschaffen soll. Die Positionen liegen weit auseinander. Dementsprechend heftig wurde bisher die öffentliche Kontroverse geführt.

Der Meinungsstreit begann am 26. Juli 2012. Am Abend dieses Tages berichtete die Fernsehsendung Panorama der ARD über bisher nicht bekannte Pläne des Verteidigungsministeriums, für die Bundeswehr neben dem bereits seit vielen Jahren laufenden Projekt einer großen Aufklärungsdrohne auch Kampfdrohnen anzuschaffen. Am Folgetag bestätigte der Sprecher des Ministeriums, dass die Informationen in der Panorama-Sendung korrekt gewesen seien.

Man versteht die Heftigkeit des unmittelbar danach begonnenen Meinungsstreits nur, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die deutschen Medien seit Jahren mit zunehmender Intensität und Kritik über die Drohnen-Kriegführung der USA in ihrem Antiterror-Kampf berichten. Vor allem seit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama Ende Januar 2009 weiteten die US-Army und der Geheimdienst CIA ihre Kampfdrohnen-Einsätze gegen Taliban- und Al-Qaida-Führer im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan (Süd- und Nord-Waziristan) erheblich aus. Neu hinzu kamen Einsätze im Jemen und in Somalia. Das Problem dieser Angriffe war einmal die völkerrechtlich mehr als zweifelhafte Legitimation in Ländern räumlich weit außerhalb des afghanisch-pakistanischen Konfliktgebiets, zum anderen die unbestreitbar hohe Zahl von getöteten und verletzten Personen, die am Konflikt nicht beteiligt waren. Zudem erzeugten die ständige Überwachung der genannten pakistanischen Stammesgebiete aus der Luft und die verstärkten Waffeneinsätze der Drohnen bei der dortigen Bevölkerung, aber auch im übrigen Pakistan, immer größere Empörung.

Der Fachausschuss für diese spezielle Drohnen-Kriegführung heißt *targeted killing* (d.h. gezieltes

Töten, also das Töten einzelner und als besonders gefährlich eingestufte Terroristen).

Die deutsche Diskussion über das Für und Wider eigener Kampfdrohnen war von Anfang an eng verknüpft mit der problematischen Praxis der US-Militärs und Geheimdienste. Die geäußerte Sorge in Teilen der deutschen Politik (SPD, Grüne, Linke, Teile der FDP) und im gesamten linken Spektrum der antimilitaristischen und Friedens-Gruppierungen ging dahin, dass auch die Bundeswehr, wenn sie denn eigene Kampfdrohnen besitzt, ebenfalls bei Militäreinsätzen gegen Verfassung und Völkerrecht verstoßen könne oder würde.

Vor dem Hintergrund der ganz knapp skizzierten politischen Diskussion kann nicht verwundern, dass sich auch führende Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche mit den jeweils zugehörigen Institutionen für Friedensfragen in den öffentlichen Streit eingebracht haben.

Auf evangelischer Seite sind drei Leitungspersonlichkeiten der EKD zu nennen, die sich von ihren besonderen Ämtern her zu Friedensfragen äußern. Seit seinem Amtsantritt als Militärbischof am 24. September 2008 ist Dr. Martin Dutzmann (Lippische Landeskirche) vernehmlich die Stimme der EKD zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Daneben hat der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Pastor Renke Brahm (Bremische Kirche) als Vorsitzender und Sprecher der Konferenz für Friedensarbeit in der EKD die Zuständigkeit für grundsätzliche friedensethische Fragen, äußert sich aber auch zu aktuellen friedenspolitischen Themen, wenn er es für nötig hält.

Der Militärbischof äußerte sich auf öffentlichen Veranstaltungen am 24. September 2012 und am 5. Februar 2013 über die eventuelle Anschaffung von Kampfdrohnen in der Bundeswehr, am 26. Januar 2013 im Gespräch mit dem Journalisten Rasmus Buchsteiner und am ausführlichsten im Interview mit der Hessisch/Niedersächsischen Allgemeinen (Kassel). Der Redakteur Rainer Brandes, der für den Deutschlandfunk arbeitet, befragte für seine Sendung *Ethisch neutral? Kontroverse Diskussion um Kampfdrohnen* am 18. März 2013 auch den Militärbischof und baute dessen knappe Statements in seinen Beitrag ein. Darüber hinaus ging Dutzmann im Gespräch mit

Holger Spierig vom Evangelischen Pressedienst (epd) am 1. Juli 2013 kurz auf die massive politische und publizistische Kritik an Verteidigungsminister de Maizière im Zusammenhang der Drohnendebatte ein.¹ In den Augen des Militärbischofs werde der Minister dabei unfair behandelt. »Der Umgang mit dem CDU-Politiker übersteige jede sachliche Kritik«, wurde Dutzmann referiert. Dieses Votum beinhaltete aber keine eigene inhaltliche Stellungnahme zum Thema Drohnen und wird deshalb hier nur kurz angesprochen.

Der Friedensbeauftragte griff in der oben bereits genannten öffentlichen Veranstaltung am 5. Februar in Koblenz das Drohnen-Thema auf, genauso wie der Militärbischof, dazu in der Sendung des Deutschlandfunks am 18. März 2013. Darüber hinaus verfasste er für die Zeitschrift der Jungen Union *Entscheidung* einen Kontra-Artikel, erschienen in der Ausgabe März/April 2013. Neben diesem bisher einzigen Autorenbeitrag von ihm ließ er sich von der Journalistin Bettina Röder für die Zeitschrift *Publik-Forum* interviewen. Seine Aussagen werden in der Ausgabe 12/2013 vom 28. Juni 2013 referiert.

Der EKD-Ratsvorsitzende, Präses Nikolaus Schneider (Evangelische Kirche im Rheinland, EKIR) hat sich im Streit um Kampfdrohnen für die Bundeswehr bisher eher zurückhaltend eingebracht. Das geschah im Interview des Evangelischen Pressedienstes anlässlich seines Amtsabschieds als Präses der EKIR am 2. März 2013. Darin wies er auf weiterhin nötige Friedensdebatten hin und nannte als Beispiel die Drohnenproblematik, ohne sich inhaltlich zu positionieren. Das geschah erst am Pfingstmontag, dem 20. Mai 2013. Auf einer Diskussionsveranstaltung in der Kreuzberger Heilig-Kreuz-Kirche über Waffenexporte bezog er zu den Kampfdrohnen sehr kritisch Stellung. Darüber gibt es aber nur eine Pressemeldung des epd, die vollständig dokumentiert wird. Sein erster und bisher einziger Autorenbeitrag zum Thema erschien in der August-Ausgabe 2013 im kirchlichen Magazin *chrismon*. Er führte zu zwei kritischen Reaktionen, auf die zumindest hingewiesen wird.²

Die Mehrzahl der Äußerungen zur Kampfdrohnenfrage aus dem Führungsbereich des EKD stammt also vom evangelischen Militärbischof und vom Friedensbeauftragten.

Die vorliegende Dokumentation erhebt den Anspruch, öffentliche Äußerungen der drei leitenden Persönlichkeiten in der EKD zum fraglichen Thema vollständig zu präsentieren – soweit bisher

vorliegend. Gremien-Äußerungen sind bislang nicht bekannt.

Seit Jahren sind evangelische Akademien in Deutschland die Hauptforen, in denen friedensethische Fragen im Gespräch mit Fachleuten, auch mit Militärs, diskutiert werden. Es lag deshalb nahe, dass sich das von drei Akademien (Berlin, Loccum, Villigst) gestartete längerfristige Diskursprojekt »... dem Frieden der Welt zu dienen ...« bei der Auftaktveranstaltung am 24. September 2012 dem Drohnen-Thema widmete und dazu Verteidigungsminister Thomas de Maizière einlud. Die Podiumsdiskussion zum Thema bewaffnete Drohnen kann hier in vollständiger Mitschrift dokumentiert werden.

Die Evangelische Kirche im Rheinland (EKIR) beteiligte sich an einem friedensethischen Studientag am 5. Februar 2013 in Koblenz, der mit dem Militärbischof und dem EKD-Friedensbeauftragten kirchlich hochkarätig besetzt war und auf dem auch der vom Verteidigungsminister angestrebte Kauf von Kampfdrohnen zur Sprache kam.

Diese mit etwa 150 Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung wurde von der Evangelischen Akademie im Rheinland, dem Evangelischen Kirchenkreis Koblenz, der Evangelischen Militärseelsorge und der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz gemeinsam ausgerichtet. In den Impulsreferaten spielte das Thema Drohnen keine Rolle, allerdings gab es in der Diskussion Stellungnahmen dazu. Der Beitrag des epd vom 5. Februar 2013 ist die einzige Quelle, die diese Statements wiedergibt.

Auch über das Hanns-Lilje-Forum am 13. März 2013 in Hannover gibt es nur einen kurzen Bericht. Dort wurde im Gespräch des evangelischen Militärbischofs Martin Dutzmann mit Oberst i.G. Jürgen-Joachim von Sandrart (Referatsleiter Strategie und Einsatz II 1 im Bundesministerium der Verteidigung) die Drohnen-Thematik angesprochen.

Der Evangelische Kirchentag in Hamburg (1. bis 5. Mai 2013) bot im breiten Spektrum seiner Themen auch mehrere sicherheitspolitische Veranstaltungen an; Vorträge und Podiumsdiskussionen waren oft miteinander kombiniert. Die drei bereits vorgestellten EKD-Spitzenrepräsentanten wirkten als Referenten und Diskutanten mit. Verteidigungsminister Thomas de Maizière war ebenfalls in mehrere Veranstaltungen eingebunden. Das hatte nicht nur damit zu tun, dass er als zu-

ständiges Regierungsmitglied die deutsche Sicherheits- und Friedenspolitik vertritt, sondern auch mit seinem Selbstverständnis als überzeugter evangelischer Christ. Am Samstag, den 4. Mai hielt er in der Hamburger Hauptkirche St. Michael über die Speisung der 5000 eine Bibelarbeit. Sie wurde zeitweise erheblich gestört. Aktivisten von Occupy Hamburg drangen in der Kirche bis zum Altarraum vor und begannen laut ein selbst komponiertes Lied zu singen. Darin bezeichneten sie den Verteidigungsminister als »Herr der Drohnen« und den Einsatz von Kampfdrohnen als Kriegsverbrechen. Es gelang Ordnungskräften, die Störer zum Abbruch ihrer Aktion zu bewegen. Dieser Auftritt des Ministers und der genannte Vorfall beschäftigten mehrere Medien.³

Darüber hinaus haben verschiedene Friedensgruppen das Drohnen-Thema auf dem Kirchentagsgelände eingebracht. In den Referaten spielte es aber anscheinend keine Rolle.

Am Freitag, den 3. Mai beteiligte sich der EKD-Ratsvorsitzende an der Veranstaltung »Krieg als Geschäft? Rüstung Made in Germany« mit einem Impuls-Referat. Zur Frage der deutschen Rüstungsexporte äußerte er sich 2013 mehrfach. Auf dem Kirchentag ging er aber auf die Kampfdrohnen nicht speziell ein.

Am gleichen Tag widmete sich eine Veranstaltung den im Ausland eingesetzten deutschen Soldaten: »Willkommen zu Hause? Auslandseinsätze - Verantwortung und Folgen.« Dabei traten der Friedensbeauftragte Renke Brahm und Verteidigungsminister de Maizière gemeinsam auf. In ihrem Gespräch wurde auch das Drohnen-Thema kurz behandelt. Carsten Eberts von der Süddeutschen Zeitung schrieb:⁴

[...] Als das Thema auf den möglichen Ankauf von Drohnen zu sprechen kommt, gibt es sogar Lob für de Maizière. Nicht für die Sache, aber für den Dialog, den der Minister in der vergangenen Woche mit den Kirchen gesucht hat. Brahm lobt, er habe noch nie einen Verteidigungsminister erlebt, der eine öffentliche Debatte über die Einführung neuer Waffensysteme führe. [...]

Das Engagement für die Friedensthematik ist in den deutschen Landeskirchen sehr unterschiedlich. Nur eine einzige hat sich bisher mit öffentlichen Erklärungen ausdrücklich zum Kampfdrohnen-Streit geäußert, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Daneben gab es in den zurückliegenden Monaten Engagements von kirchlichen Einrichtungen, die sich an Anti-

Drohnen-Aktionen beteiligten, aber in der vorliegenden Dokumentation nicht begegnen. Um zwei Beispiele zu nennen: Das Haus kirchlicher Dienste in Hannover (Ev.-luth. Landeskirche Hannovers) widmete ihren Newsflash Friedensarbeit Januar/Februar 2013 dem Thema »Drohnenkauf«. Das Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland war Mitveranstalter beim »Aktionsmonat zur Militarisierung der Gesellschaft« in Koblenz (4.6. bis 1.7.2013), der unter dem Thema stand: Wir scheuen keine Konflikte - Gewaltfrei für den Frieden. Ziel war u.a. der Protest gegen »mörderische Drohnen in Massenproduktion und eine zunehmende zivil-militärische Kooperation in verschiedenen Bereichen«, wie es im Flyer der Aktion hieß. Vielfach weisen kirchliche Organisationen auf die bundesweite Kampagne »Keine Kampfdrohnen!« hin, die Anfang März 2013 auf einem Treffen von unterschiedlichen Friedensgruppen in Hannover ins Leben gerufen wurde.⁵

Bislang 138 Gruppen unterstützen den Appell, neben dem *Forum Friedensethik* (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden auch die Ökumenische Aktion *Ohne Rüstung Leben* und das *Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar*. Deshalb wird der textlich kurze Appell: Keine Kampfdrohnen! in dieser Publikation zusätzlich vorgestellt.

Die Initiative von zuletzt 71 aktiven und pensionierten Bremischen Pfarrerinnen und Pfarrern gegen die geplante Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr, im Februar 2013 gestartet, hat in Norddeutschland beachtliche Medienresonanz gefunden und wird deshalb ausführlich dokumentiert. Es gab in keiner anderen Landeskirche einen vergleichbaren Vorstoß. Urheber ist der pensionierte Bremer Pastor Friedrich Bode, der sein politisches Engagement in den 70er Jahren als kirchlicher Atomkraftgegner begonnen hat und seitdem unermüdlich agiert. Er gehört zu den ersten Grünen in Bremen. In den letzten Jahren befasste er sich mit dem Afghanistan-Konflikt. Konkreter Anlass seiner Antidrohnen-Initiative war der Vortrag von Oberstarzt a.D. Dr. Erös am 31. Januar 2013 in der St. Johanniskirchengemeinde in Visselhövede über die Lage in Afghanistan. Dr. Erös ist ein in Deutschland sehr bekannter Gründer und Förderer von Mädchenschulen und kennt das Land seit Jahrzehnten durch lange Aufenthalte bzw. Reisen. In seinem Vortrag berichtete der frühere Truppenarzt der Bundeswehr auch über die dortige US-Kriegsführung mit bewaffneten Drohnen. Pastor Bode sah sich danach herausgefordert, gegen dieses Waffensystem Stellung zu beziehen. Auf dem nächsten Treffen

der Bremer Emeriti, d.h. der pensionierten Pastoren, am 20. Februar 2013 legte er seine Stellungnahme vor. Spontan unterschrieben 12 seiner Amtsbrüder. Danach bemühte er sich um weitere Unterschriften. Sein Bremer Kollege Hartmut Drewes unterstützte ihn dabei nach Kräften. Drewes steht der Partei der Linken nahe und gehört dem Bremer Friedensforum an. Am 29. März 2013 stellte er die Anti-Drohnen-Erklärung erstmals in einer offiziellen Presseerklärung der Öffentlichkeit vor. Nicht nur die marxistisch orientierte Tageszeitung *junge Welt* sorgte für die Verbreitung der Stellungnahme⁶, auch die Zeitung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)⁷ und andere linksgerichtete Projekte. Am 4. Juni 2013 wurde die Erklärung mit nun insgesamt 71 Unterschriften auf einer Presseveranstaltung in Bremen präsentiert und am gleichen Tag, begleitet von einem Fernsehteam von Radio Bremen, als Brief an den Verteidigungsminister abgeschickt. Radio Bremen berichtete über die Aktion der Pastoren mit einem Fernsehbeitrag im Magazin *Buten un Binnen* am gleichen Tag abends, in das ein Interview mit Pastor Drewes eingebettet war. Diese Ausgabe der *epd Dokumentation* enthält die vollständige Verschriftlichung dieses Sendebeitrags.

Wenn man die Initiative der Pastoren Bode und Drewes und ihre große Resonanz unter ihren Amtsbrüdern verstehen will, muss man sich vor Augen halten, dass Bremen zu den ganz großen deutschen Rüstungsstandorten gehört. Seit vielen Jahren kämpfen die örtlichen Friedensgruppierungen gegen Produktion und Export von Waffen und Munition aus Bremen. Nach ihren Aussagen werden auch Teile der israelischen Aufklärungsdrohne Heron, die die Bundeswehr in Afghanistan einsetzt, in ihrer Stadt hergestellt. Deshalb wird in dieser Dokumentation auch auf den Bremer Antikriegstag am 1. September 2012 hingewiesen. Der Friedensbeauftragte der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Martin Warnecke, hielt an diesem Tag eine Rede, in der er auf Entwicklung und Produktion von Drohnen in Bremen indirekt sehr kritisch einging.

Bisher haben sich nur wenige evangelische Publizisten zum Thema Kampfdrohnen geäußert. Das mag mit der sehr komplexen Thematik zusammenhängen. Zukunftstechnologische Fragen verschränken sich mit politisch-strategischen, humanitären und verfassungs- und völkerrechtlichen Aspekten. In dieser Dokumentation werden drei Autorenbeiträge veröffentlicht, sowie ein ausführlicher Redeauszug des Pfarrers Dietrich Becker-Hinrichs. Der bekannte ostdeutsche Pfarrer und

Publizist Friedrich Schorlemmer hat in einem umfangreichen Interview und in zwei Vorträgen seine ablehnende Haltung zu bewaffneten Drohnen jeweils kurz zum Ausdruck gebracht, was hier nur summarisch angezeigt wird⁸.

Der evangelische Entwicklungsdienst Brot für die Welt, seit Oktober 2012 mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) fusioniert, beschäftigt sich intensiv mit der fraglichen Thematik, auch wenn bis Redaktionsschluss noch keine Stellungnahme veröffentlicht wurde. Die Schwesterorganisation Diakonie Katastrophenhilfe hat für diese Ausgabe ein bisher unveröffentlichtes Positionspapier zur Verfügung gestellt.

Die Pressesprecherin von Brot für die Welt, Renate Vacker, schrieb dem Bearbeiter zu den internen Diskussionen innerhalb der eigenen Organisation und in kirchlichen Netzwerken:

»Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst arbeitet in vielen Kontexten zum Thema Rüstung. So sind wir Trägerorganisation der Aktion Aufschrei sowie Mitglied in der Kommission zur Rüstungskonversion der evangelischen Landeskirche Württemberg, seit über 17 Jahren arbeiten wir mit in der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE). Im Rahmen der internationalen ökumenischen Kampagne setzen wir uns für einen starken und wirksamen Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) ein.

Das Thema Drohnen beschäftigt uns diesen Zusammenhängen, ebenso in den Diskussionen der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD, deren Mitglied wir sind. Zurzeit findet ein Meinungsbildungsprozess statt, der noch nicht abgeschlossen ist. Wir beteiligen uns an der aktuellen Diskussion.

Grundsätzlich ist in der aktuellen Diskussion zu unterscheiden: die Diskussion über Drohnen als Waffensystem und die Debatte über extra-legale Tötungen, die durch den Gebrauch dieses Waffensystems durch die USA in Afghanistan ausgelöst wurde. Hierzu hat Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst eine klare Position.«

Eine Veranstaltung besonderer Art fand am 24. April 2013 in Berlin statt. Verteidigungsminister de Maizièr griff die Anregung der beiden katholischen Bischöfe Stephan Ackermann und Franz Josef Overbeck vom 5. Februar 2013 auf, die Drohnen-Thematik unter ethischen Gesichtspunkten öffentlich zu diskutieren. Er lud zum sicherheitspolitischen Dialog mit den Kirchen ein. Die Abfolge von Kurzreferaten, Podiumsbeiträgen

und Wortmeldungen aus dem zahlreichen Publikum kann sehr gut dokumentiert werden, weil vollständige Tonmitschnitte existieren, die der Bearbeiter nutzen konnte. Erstmals hat er eine umfangreiche Verschriftlichung dieser Beiträge erstellt. Zu den Diskutanten aus dem Publikum gehörten bekannte und weniger bekannte evangelische Persönlichkeiten, der Friedensbeauftragte Renke Brahms und die evangelische Militärdekanin Dr. Barbara Hepp, aber auch Generalleutnant a.D. Rainer Glatz als Mitglied der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung.

Die Veranstalter hatten als Fachmann den Friedensforscher Prof. Dr. Harald Müller von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) eingeladen. Sein einführendes Impulsreferat wurde aus Platzgründen nicht dokumentiert. Seine eigene Sicht kann aber an anderem Ort nachgelesen werden.⁹ Die sehr lange Podiumsdiskussion unter Einschluss von Fragen aus dem Publikum beschäftigte sich im ersten Teil mit den Kampfdrohnen und wird hier vollständig wiedergegeben, der zweite nicht mehr dokumentierte Teil widmete sich der Responsibility to Protect.

Das Medienecho auf diese Berliner Veranstaltung war beachtlich.

Erwähnenswert ist noch die Kontroverse zwischen der evangelischen Pastorin Antje Vollmer, besser bekannt in ihrer Funktion als Spitzenpolitikerin der Grünen (1983-2005) und dem CSU-Politiker und sicherheitspolitischen Experten Christian Schmidt, seit November 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Schmidt ist nicht nur Landesvorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU in Bayern, sondern als engagierter evangelischer Christ auch Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) seiner Partei. Insofern gehört die Kontroverse zwischen den beiden dezidiert evangelischen Persönlichkeiten auch zur Thematik dieser Dokumentation, kann aber aus Platzgründen textmäßig nicht abgebildet werden.

Antja Vollmer veröffentlichte am 20. Juni 2013 in der Wochenzeitung *Die Zeit* einen Beitrag mit dem Titel: Drohnen: ... aus sicherer Distanz.¹⁰ Darin lehnte sie dieses Waffensystem vehement ab. Dagegen wandte sich Staatssekretär Christian Schmidt im gleichen Presseorgan eine Woche später am 27. Juni 2013 mit einer Erwiderung: Kriegsführung: Nicht die Drohnen sind das Problem.¹¹

Der genaue friedensethische Ort für eine sachgemäße Diskussion über Kampfdrohnen ist nicht ganz einfach zu bestimmen. Im Blick auf den ethischen Imperativ bei bewaffneten Konflikten, wenn sie denn schon politisch nicht verhindert werden konnten, den Gewalteinsatz zu minimieren, liegt noch kein wirklich belastbares empirisches Material vor, wie Fachleute einräumen. Führen Kampfdrohnen zu einer Schadensminimierung durch deutlich verbesserte Zielaufklärung und den Einsatz von Präzisionswaffen oder steigern sie die Waffenwirkung, weil sie eigene Soldaten maximal schützen und deshalb die politische Hemmschwelle für ihren Einsatz senken? Kann man diese Fragen, die sich ausschließlich an der US-amerikanischen Praxis entzünden, auf die deutsche Politik und die Bundeswehr übertragen? Die Schärfe der öffentlichen Auseinandersetzung hängt ganz überwiegend an diesem Aspekt.

Die vorliegende Dokumentation erscheint vor der Bundestagswahl in Deutschland am 22. September 2013. Nach diesem Wahltermin wird der politische Streit neu aufflammen, allerdings in Abhängigkeit von der neuen Regierungskonstellation. Die kirchliche Debatte wird ebenfalls weitergehen. Die umfassende Textzusammenstellung ermöglicht erstmals einen Überblick über die an sehr verschiedenen Orten erschienenen Interviews und Stellungnahmen, sowie über Podiumsdiskussionen und Statements auf öffentlichen Veranstaltungen. Weitere kirchliche Stellungnahmen werden folgen.

Der Bearbeiter dankt an dieser Stelle allen Helfern ohne Namensnennung im Einzelnen, die ihn bei der Materialrecherche unterstützt haben, sowie den Zeitungen, anderen Medien und kirchlichen und staatlichen Dienststellen für Autorisierung bzw. Abdruckgenehmigung der zahlreichen Dokumente.

Anmerkungen:

¹ Neuer EKD-Bevollmächtigter Dutzmann wirbt für Barmherzigkeit in der Politik, epd-Gespräch: Holger Spierig, epd Basisdienst am 01.07.2013, 15:41 Uhr. Das folgende Zitat im Text aus diesem Beitrag.

² Wilhelm Drühe, Kirchen-Ethik ist überflüssig und schädlich, 1. August 2013 (<http://neandertal-kurier.blog.de/2013/08/01/kirchen-ethik-ueberfluessig-schaedlich-16282189/>); siehe auch Hans-Joachim Neubauer, Mehr Haltung, bitte!, in: Christ und Welt, Ausgabe 32/2013.

³ FRIEDEN/1121: Die zivil-militärische Befriedung des Kirchentags (SB), Elektronische Zeitschrift Schattenblick (www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/frie1121.html); Susann Witt-Stahl, Die Bundeswehr kommt an, Proteste gegen Auftritt des Verteidigungsministers beim evangelischen Kirchentag, Neues Deutschland, 6. Mai 2013; Sophia Benzmann, Pro-

teste gegen den Minister, Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière traf im Michel und auf der Messe auf Demonstranten für den Frieden, Evangelische KIRCHENTagesZeitung, 5. Mai 2013; Gernot Knödler, De Maizière beim Kirchentag: Der skeptische Thomas, taz, 5. Mai 2013.

⁴ Carsten Eberts, Verteidigungsminister de Maizière auf dem Kirchentag: Unter zahmen Kriegsgegnern, SZ online 3. Mai 2013.

⁵ Zu Einzelheiten siehe auf der Homepage der Kampagne: www.drohnen-kampagne.de.

⁶ Die Ausgabe vom 30. März 2013 druckte den Text der Erklärung vollständig ab.

⁷ Regierung vertagt Entscheidung über Kampfdrohnen, Rote Fahne News vom 3. April 2013 (www.rf-news.de).

⁸ Interview für die Website der Evangelischen Landeskirche in Württemberg im Blick auf den bevorstehenden Buß- und Bettag, veröffentlicht am 9. November 2012: »Eine grundlegendere Wende steht uns ins Haus«. Die Kirchen sollten den Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wieder neu beleben, fordert der Theologe und Bürgerrecht-

ler Friedrich Schorlemmer (Quelle: <http://www.elk-wue.de/arbeitsfelder/kirche-und-menschen/menschen-im-interview/archiv-interviews/friedrich-schorlemmer>); Friedrich Schorlemmer, Analyse: Wann ist militärische Gewalt gerechtfertigt?, Frankfurter Rundschau online vom 21. Mai 2013; Vortrag von Friedrich Schorlemmer: Mut zur Meinung. Wie Streitbar muss Kirche sein? (Hanns-Lilje-Stiftung Hannover am 27. Mai 2013).

⁹ Harald Müller, Chancen und Gefahren bewaffneter Drohnen: Gefährliche Illusionen, in: Rotary Magazin, 6/2013, S. 31-33. Der Text findet sich auch auf der Homepage des Rotary Magazins (www.rotarymagazin.de) mit anderem Titel.

¹⁰ Untertitel: Drohnen machen den Krieg nicht humaner. Sie sind eine besonders gefährliche Waffe – weil sie das Töten ohne jedes eigene Risiko möglich machen. Ihr Einsatz führt in endlose Gewalt.

¹¹ Untertitel: Das Problem ist eine neue Art von Kriegen. Die Völkergemeinschaft muss Regeln zu ihrer Einhegung finden. Siehe inhaltlich ergänzend auch das Interview mit Schmidt in den Fürther Nachrichten vom 16. Mai 2013: »Es wird keine James-Bond-Einsätze geben«. Verteidigungs-Staatssekretär Schmidt aus Fürth hat Verständnis für Debatte um Kampfdrohnen. 

Chronik der politischen Diskussion in Deutschland

Von Gerhard Arnold

Mai 2011

Thomas Petermann und Reinhard Grünwald (Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) legen dem Bundestag ihren Arbeitsbericht zum Forschungsprojekt vor mit dem Titel: Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme (<http://u.epd.de/2ap>).

Juni 2012

Deutsche Medien berichten zunehmend kritisch über die Drohnenkriegführung der USA insbesondere in Pakistan.

26. Juli 2012

Die ARD-Sendung *Panorama* berichtet erstmals, dass Verteidigungsminister de Maizière für die Bundeswehr bewaffnete Drohnen anschaffen wolle.

27. Juli 2012

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums Christian Dienst bestätigt in einer Pressekonferenz den Inhalt der *Panorama*-Sendung.

Daraufhin setzt in den deutschen Medien eine intensive Diskussion über die eventuelle Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr ein. Politiker aller Parteien nehmen Stellung.

3. August 2012

Der deutsche Verteidigungsminister sagt im Gespräch mit der Tageszeitung *Die Welt*, dass Kampfdrohnen wie jede andere Waffe ethisch neutral seien. Damit löst der Minister eine anhaltende ethische und völkerrechtliche Diskussion zu dieser Frage aus.

30. August 2012

General Karl Müllner sagt in einem Pressegespräch in Berlin, dass die Luftwaffe bewaffnete Drohnen benötige.

24. September 2012

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags Hellmut Königshaus fordert im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* die Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr.

25. September 2012

Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbands, Oberst Ulrich Kirsch, unterstützt die Anschaffung von Kampfdrohnen.

17. Oktober 2012

Große Anfrage der SPD Bundestagsfraktion zum Thema: Haltung der Bundesregierung zum Erwerb und Einsatz von Kampfdrohnen. Drucksache 17/11102.

25. Januar 2013

Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Links-Fraktion: Darin wird erstmals bestätigt, dass die ganze Bundesregierung hinter dem Vorhaben steht, Kampfdrohnen anzuschaffen.

26. Januar 2013

Im Gespräch mit der *Bild*-Zeitung befürwortet Verteidigungsminister de Maizière die Entwicklung einer deutsch-französischen Kampfdrohne. Die Entscheidung für die Beschaffung solle noch im Frühjahr getroffen werden.

31. Januar 2013

Verteidigungsminister Thomas de Maizière erklärt im Bundestag die Haltung seines Ministeriums, Anlass ist eine Aktuelle Stunde zum Thema »Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen«.

27. Februar 2013

79. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags: Öffentliche Anhörung zum Thema Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte. Darin wird die Problematik der Kampfdrohnen aus menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Sicht behandelt.

30. März 2013

Die Ostermärsche der Friedensbewegung richten sich gegen Waffenexporte und auch gegen Kampfdrohnen.

10. April 2013

Verteidigungsminister de Maizière sagt in einem Interview der *Rheinischen Post*, die Anschaffung von Kampfdrohnen werde auf die Zeit nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 verschoben.

13. Mai 2013

Verteidigungsminister de Maizière stoppt das Projekt einer Aufklärungsdrohne (Euro-Hawk) wegen massiver Probleme bei der luftverkehrsrechtlichen Zulassung und ausufernder Kosten.

5. Juni 2013

Stellungnahme des Verteidigungsministers vor dem Verteidigungsausschuss zum Euro-Hawk-Debakel.

13. Juni 2013

Parlamentarische Diskussion im Bundestag über die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD zu Kampfdrohnen. **D**



Diskussionsveranstaltung der evangelischen Akademie in Berlin zu dem Thema »Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen?« am 24.9.2012 in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin. Verteidigungsminister Thomas de Maizière sieht beim Einsatz bemannter oder unbemannter Fluggeräte keinen ethischen Unterschied. Ob der Pilot das Flugzeug in der Luft oder vom Boden bediene sei »ethisch neutral«, sagte de Maizière bei der Veranstaltung.
(Foto: Andreas Schölzel)

Podiumsdiskussion: Thema Kampfdrohnen

Auftaktveranstaltung zum Diskursprojekt ... dem Frieden der Welt zu dienen ... am 24. September 2012 in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin, organisiert von der Evangelischen Akademie zu Berlin, in Kooperation mit den Evangelischen Akademien Loccum und Villigst. Teilnehmer waren der EKD-Friedensbeauftragte und Schriftführer der Bremischen Landeskirche, Renke Brahms, der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière¹, Militärbischof Dr. Martin Dutzmann und der Theologe Prof. Dr. Fernando Enns. Moderiert wurde das Gespräch von Dr. Jacqueline Boysen, Studienleiterin der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Moderatorin:

Inwieweit – wir können ja auch auf die unterschiedlichen Varianten von Einsätzen – und Sie schauen jetzt auf die Uhr ... ich schau noch mal auf unterschiedliche Varianten von Einsätzen und um – beinahe hätte ich gesagt, um die Tages-schautauglichkeit dieser Veranstaltung zu erhöhen – tatsächlich kommen wir auf das, was wir seit heute früh spätestens im Radio hören, nämlich die Frage, was ist mit Drohnen zur Aufklärung bzw. mit Drohnen, die dann mehr können als aufklären, die auch für Einsätze ausgerüstet sind, die also gezielte Tötungen im Ernstfall durchführen können? Da macht sich der Soldat nicht mehr direkt die Hände schmutzig, wenn ich das so sagen darf. Entlastet das, ist das für Sie zu erwägen, Sie haben mal gesagt, dass ethisch unbedenklich ist, das Stichwort, das würde ich gerne doch...

Verteidigungsminister de Maizière:

Die Sache ist jetzt nicht heute aktuell, weil eine große Tageszeitung davon eine Seite 2 macht², sondern natürlich eine längere Diskussion. Aber ich will dem gar nicht ausweichen. Ich habe in der Tat einmal in einem Interview gesagt, dass jede Waffe ethisch gleichwertig ist. Und habe nach Kritik und einigem Überlegen in zwei anderen Interviews in den letzten Tagen gesagt, dass ich diese Aussage nicht aufrechterhalte. Denn natürlich sind Streubomben, die wir ächten, und biologische und chemische Waffen nicht ethisch neutral.

Um dieses Missverständnis – der Diskurs hat ja auch den Sinn, dass man klüger wird. Ich bleibe aber dabei, dass ein Flugzeug mit Pilot und ein Flugzeug ohne Pilot ethisch neutral sind. Denn in

jedem Fall haben Sie einen Menschen, der zum Beispiel eine Waffe auslöst, und es macht ethisch gesehen keinen Unterschied, ob der in der Luft ist oder ob er auf dem Boden ist. Das gleiche gilt für ein Gewehr oder einen Torpedo oder eine Rakete.

Jetzt haben Sie gesagt Frau Boysen, das ist ein gezieltes Töten. Und daraus entsteht ein Problem.

Jetzt will ich zunächst sagen: Es ist ein ethisch-militärischer Fortschritt, dass man nicht mehr ungezielt tötet oder Wirkung erzielt. Die Vermeidung von Kollateralschäden ist ein Fortschritt, will ich mal sagen. Und daran ist nun heftig gearbeitet worden. Das, finde ich, soll nicht kritisiert werden. Und jeder Gewehrusschuss ist ein gezielter Schuss. Also allein auf die Zielgenauigkeit kann es für die ethische Bewertung auch nicht ankommen. Im Gegenteil, je genauer umso weniger ungezielte Schäden. Das ist nicht zynisch gemeint, sondern das ist schon auch ein wichtiger Punkt.

Und der nächste Punkt ist: Man darf nicht aus Einsätzen, Einsatzformen des Targeting Killing oder wie sie das nennen wollen, auf das Waffensystem selbst schließen. Für uns sind die Einsatzregeln, die wir haben, die wir dann auch dem Parlament vorlegen, die wir vorschlagen, immer die gleichen. Und sie müssen völkerrechtlich mit unserer Auffassung des Völkerrechts in Übereinstimmung stehen und all dem. So dass sich die Frage nicht besonders qualitativ anders stellt bei Drohnen im Verhältnis zu bewaffneten Flugzeugen.

Nun haben Drohnen auch etliche Vorteile. Sie ermöglichen eine ganz lange Stehzeit, 23 bis 24 Stunden. Sie gefährden nicht den eigenen Soldaten. Herr Enns hat vorhin gesagt, das ist ein wichtiger Punkt, dürfen wir sozusagen unser Menschenleben - opfern ist jetzt das falsche Wort in dem Zusammenhang – aber sozusagen aufs Spiel setzen. Hier wäre ein Fall gegeben, wo wir sozusagen das eigene Menschenleben eher schonen und es ist eine Art von Beobachtungsgenauigkeit in Verbindung mit Wirkung oder einer Waffe, die es in der Form auch nicht gibt, es gibt eine Reihe von handfesten militärischen oder sogar ethischen Vorteilen, aber dieses ethisch neutrale Feld ist am Flugzeug und sie ist nicht, weil es bestimmte Einsatzformen gibt, die wir nicht machen würden, deswegen als System nicht zu kritisieren.

Frage Militärbischof Dutzmann:

Ich denke, die Unterstellung, die immer wieder gemacht wird, dass mit der Möglichkeit des Einsatzes einer bewaffneten Drohne exekutiert wird. Also dass im Grunde Einsatzregeln missachtet werden. Das ist eine Unterstellung, die man vielfach hören kann und deswegen bin ich für die Unterscheidung dann, das ist noch mal sehr wichtig dann, das noch mal zu sehen. Ich bin jetzt auch davon überzeugt, dass nicht durch diese Form der Waffe die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt sinkt. Auch das sehe ich nicht. Sondern ich denke, man muss es mindestens unter ethischen Aspekten noch mal bedenken, die Frage: Ist es nicht erstrebenswert in der Tat, die sogenannten Kollateralschäden zu minimieren? Wenn man denn überhaupt darüber nachdenken will, was wir aber müssen. Es ist eine schreckliche Diskussion, aber wir müssen sie führen.

Antwort Prof. Enns:

Nun bin ich bei weitem kein Waffenexperte, wie Sie unschwer erkennen können, aber das Problem, was bei der bewaffneten Drohne auftritt, ist, dass man sagen kann, hier wird jemand gezielt getötet, und zwar nicht irgendwie im Kampfeschehen und weil der mich unmittelbar jetzt bedroht und ich jetzt so unter Druck bin, also jetzt sterbe ich oder er stirbt, sondern es wird ferngesteuert. Personen, die vorher identifiziert worden sind als böse, ohne Gerichtsverhandlung werden sie sozusagen ausgeschaltet.

Militärbischof Dutzmann: Aber das ist genau die Unterstellung!

Prof. Enns: Ja, aber das passiert doch.

Verteidigungsminister de Maizière: Das ist bei jedem Torpedo, bei jeder Rakete auch der Fall.

Prof. Enns:

Und das ist auch das Problem. Oder? Also da kann man - mit der ganzen Rechtstaatlichkeit kommt man da natürlich in einen riesigen Konflikt, denn es heißt, das können Sie durchaus

Exekution nennen jeweils, wenn die unmittelbare Bedrohung nicht so vorhanden ist. Das ist das Problem mit all den Massenvernichtungswaffen, warum die Lehre vom gerechten Krieg natürlich sagte, Massenvernichtungswaffen - oder die praktisch so undifferenziert töten -, wenn nur das zum Einsatz kommen kann, dann ist das schon mal Risiko...

Verteidigungsminister de Maizière:

Also, ehrlich gesagt: Das ist ein bisschen sehr mittelalterlich, es muss ein Kampf Mann gegen Mann sein, sonst ist es nicht ehrenrührig. Sozusagen der ganze Fortschritt der Militärgeschichte, wenn man so will, oder das Ansehen besteht ja gerade darin, die eigenen Leute zu schonen und andere zu treffen, ohne dass die eigenen gefährdet werden.

Prof. Enns:

Das wird ein ganz dünnes Eis, auf dem wir uns jetzt bewegen. Denn der ganze Fortschritt der Militärgeschichte, dann kommt man bis in den Zweiten Weltkrieg und was wir da alles gesehen haben, und die Massenbombardierungen, die Streubomben usw., also das ist - ich habe eigentlich keine Lust, Waffensysteme zu diskutieren.

Moderatorin:

Nein und ich auch nicht. Also, das ist noch mal ein Thema für sich, wo es komplizierter wird... Ja, wir machen jetzt da auch nicht weiter.

Anmerkungen:

¹ Die Verschriftlichung dieses speziellen Diskussionsteils erfolgte durch das Bundesministerium der Verteidigung. Die Statements des Ministers sind autorisiert.

² Am 24. September 2012 veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung auf der ganzen Seite 2 drei Beiträge zum Thema bewaffnete Drohnen: PKR [= Paul-Anton Krüger], Unsichtbar, unhörbar und ausdauernd; Peter Blechschmidt, Raubtier oder Reiher?; Joachim Käppner, Herz der Finsternis. Wie deutsche Soldaten in Afghanistan in Bedrängnis geraten. 

De Maizière: Unbemannte Drohnen ethisch gleichwertig

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) sieht beim Einsatz bemannter oder unbemannter Fluggeräte keinen ethischen Unterschied.

Ob der Pilot das Flugzeug in der Luft oder vom Boden bediene, sei »ethisch neutral«, sagte de Maizière am Montag bei einer Diskussion der evangelischen Akademie in Berlin. Derzeit wird diskutiert, ob solche Drohnen, die auch mit Waffen ausgerüstet werden können, in Zukunft auch von der Bundeswehr eingesetzt werden.

Die unbemannte Drohne sei vielleicht sogar ein ethischer Vorteil, weil sie keinen eigenen Soldaten gefährde. Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann sagte dagegen, man solle den Einsatz ethisch noch einmal überdenken.

Der Verteidigungsminister beklagte bei der Tagung zudem eine mangelnde Vernetzung der Arbeit von Soldaten im Ausland mit anderen Sicherheitsorganen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Bundeswehr erfülle als »Lückenbüsser« im Ausland beispielsweise Polizeiaufgaben. »Im Inland wäre das grob verfassungswidrig«, sagte de Maizière. Dieser Einsatz über

den Kernbereich hinaus werde bei Kritik an der Bundeswehr oft übersehen.

Jeder sollte vor Gewalt und Krieg sicher sein

Dutzmann forderte eine Diskussion über den Sicherheitsbegriff als Legitimation für Auslandseinsätze. Er sei verengt auf nationale Sicherheit und könnte erweitert werden auf menschliche Sicherheit. Jeder Mensch sollte demnach sicher sein vor Gewalt und Krieg, sagte der Militärbischof.

Der Friedensbeauftragte der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahm, begrüßte die in der vergangenen Woche vorgestellten Leitlinien der Bundesregierung im Umgang mit Staaten, in denen Konflikte herrschen. Dies müsste jedoch auch zu einem Umdenken hinsichtlich einer langfristigen Prävention führen, sagte er. Dazu gehörten eine veränderte Politik gegenüber Staaten, die grob die Menschenrechte verletzen und eine rigide Waffenexportpolitik.

(epd Basisdienst, 24.09.2012)

EKD-Friedensbeauftragter fordert internationale Polizei gegen Terror

Zum 6. Friedensethischen Studientag am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz, 5. Februar 2013, Thema: »Du sollst nicht töten – Zum Dilemma der Gewalt«

Koblenz/Bremen (epd). Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, lehnt Militäreinsätze gegen Terroristen ab. »Terrorismus ist ein Verbrechen und kein Anlass zum Krieg«, sagte der leitende Bremer Theologe am Dienstag bei einem Studientag der Bundeswehr in Koblenz. Die Weltgemeinschaft müsse auf die terroristische Bedrohung eher mit einer internationalen Polizei reagieren. Deren Aufbau werde aber bislang eher behindert als gefördert.

Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann sprach sich bei der Tagung gegen die gezielte Tötung von Terroristen durch bewaffnete Drohnen aus. »Das ist rechtlich und ethisch nicht hinnehmbar.« Grundsätzlich halte er unbemannte Luftfahrzeuge nicht für schrecklicher als Raketen oder Kampfflugzeuge. Allerdings müsse genau geprüft werden, ob durch Drohnen die Hemmschwelle für den Einsatz von Gewalt sinke.

Dutzmann forderte eine Grundsatzdebatte über die deutschen Auslandseinsätze. Er sprach von einem nicht aufzulösenden Dilemma, in dem Soldaten stünden: »Einen Menschen zu töten, macht in jedem Fall schuldig, es kann aber auch schuldig machen, nicht zu töten.« Bedingungsloser Pazifismus könne nicht alle ethischen Probleme lösen, sagte Dutzmann. Wer das biblische Gebot »Du sollst nicht töten« bedingungslos einfordere, müsse auch bei anderen Grundsatzfragen am Anfang und Ende des Lebens konsequent bleiben und beispielsweise jeden Schwangerschaftsabbruch ablehnen.

Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung, Alois Bach, kritisierte die mangelnde Solidarität der Gesellschaft mit den Soldaten. In den vom Parlament beschlossenen Auslandseinsätzen müssten Bundeswehrangehörige ständig schwierige Entscheidungen treffen, »die sich nachher trefflich im Fernsehsessel kommentieren lassen«. Der Brigadegeneral bedauerte, dass sich viele Deutsche seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr für Sicherheitsfragen interessierten. [...]

(epd Landesdienst Niedersachsen Bremen, 5.2.2013)

Es bleibt noch viel zu tun. Diskussion über Afghanistan

Von Michael Eberstein

Hanns-Lilje-Forum, 13. März 2013, Einsatz in Afghanistan: Wofür riskieren deutsche Soldaten ihr Leben? Darüber referierten und diskutierten der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann und Oberst i.G. Jürgen-Joachim von Sandrart, Referatsleiter Strategie und Einsatz II 1 im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin. Bericht in der Evangelischen Zeitung (Hannover), im Auszug.

[...]

Dass die Kirche wegschaue von einer schleichen-
den Militarisation der Bundesrepublik, wie ein

Zuhörer einwarf (»Gestern Hindukusch, heute Mali – und morgen die ganze Welt?«), mochten weder Dutzmann noch von Sandrart akzeptieren, ebenso wenig wie eine »Schwarz-Weiß-Sicht« auf deutsche Rüstungsexporte oder den Einsatz von sogenannten Drohnen. Es komme darauf an, ob die Waffen an einen befreundeten Bündnispartner oder in ein Krisengebiet geliefert werden. Und Drohnen könnten auch größeres Leid verhindern. »Wir Soldaten sind im wesentlichen auch Christen und machen uns Gedanken über den Einsatz militärischer Mittel«, betonte der Oberst.

[...]



EKD-Ratsvorsitzender fordert mehr Kontrolle bei Waffenexporten

Zu einer Podiumsveranstaltung über Waffenexporte am 20. Mai in Berlin

Berlin (epd). Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider hat seine Kritik an der Praxis der deutschen Rüstungsexporte bekräftigt. Der für die Genehmigung von Waffen- und Rüstungslieferungen ins Ausland zuständige Bundessicherheitsrat benötige »ein höheres Maß parlamentarischer Kontrolle«, forderte der evangelische Theologe am Montag bei einer Podiumsdiskussion in Berlin. Das geheim tagende Gremium müsse wesentlich transparenter werden und mehr Rechenschaft ablegen.

Schneider nahm an einer Diskussion unter dem Motto »Frieden schaffen oder Waffen?« anlässlich eines interreligiösen Friedensgebets in der Berliner Heilig-Kreuz-Kirche teil. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) äußerte sich auch kritisch zum umstrittenen Einsatz sogenannter Kampfdrohnen: Die Technologie sei »kein geeigneter Weg für die Bundeswehr oder das Militär«, sondern »eine gefährliche Entwick-

lung, weil sie den Befehl zum Einsatz von Waffen weiter anonymisiert, Distanz schafft und Verantwortlichkeiten auflöst«, warnte der Theologe.

Deutschland ist nach Amerika und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Für das Ziel, die Waffenexporte transparenter zu gestalten und zu reduzieren, brauche es »einen langen Atem«, sagte Schneider. Eine Konversion sei aber möglich. Zwar arbeiteten etwa 80.000 Menschen in Deutschland in der Waffen- und Rüstungsindustrie, doch der Anteil an der Gesamtwirtschaft sei nicht so immens: »Das sind nicht die riesen Zahlen«, erklärte der Ratsvorsitzende.

Insbesondere die Produktion und der Export von Kleinfeuerwaffen, Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehren müssten stärker in den Fokus gerückt werden. Durch sie stürben jedes Jahr die meisten Menschen weltweit. »Wir müssten nicht in erster Linie bei großen Schiffswerften ansetzen, sondern bei Heckler & Koch«, betonte Schneider.

(epd Basisdienst, 20.5.2013)

Umstrittene Aufrüstung – Bundeswehr will Kampfdrohnen anschaffen / Kritik von Opposition und Kirchen

Von Rasmus Buchsteiner

Beitrag in den Ruhr Nachrichten (Bochum), vom 26.01.2013

[...] Die Kirchen pochten auf eine sorgfältige ethische Abwägung und klare Schranken für den Einsatz von Kampfdrohnen. Es dürfe »keinesfalls zu einem gezielten Hinrichten von Personen durch Drohnen kommen. Dies widerspräche zutiefst allen unseren rechtlichen und ethischen

Maßstäben«, erklärte der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. Unbemannte Drohnen seien jedoch »per se nicht anders zu beurteilen als andere Waffen auch, zum Beispiel, wenn sie in einem Gefecht dem Schutz oder dem Einsatz der eigenen Soldaten dienen«. Ähnlich äußerte sich der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick gegenüber unserer Berliner Redaktion. [...] 

»Ethische Schulung ist wichtig« Evangelischer Militärbischof Martin Dutzmann über den Einsatz von Kampfdrohnen

Von Eugen Maier

Interview, Hessisch Niedersächsische Allgemeine (Kassel) vom 11. Februar 2013

Als evangelischer Militärbischof steht Martin Dutzmann nicht in einem Dienstverhältnis zur Bundeswehr, sondern ist der Kirche verantwortlich. Dennoch ist er nah dran am Alltag von Soldaten. Wir sprachen mit ihm über ethische Probleme bei der Anschaffung von bewaffneten Drohnen.

Herr Dr. Dutzmann, was sagen Sie zur Anschaffung von Kampfdrohnen?

MARTIN DUTZMANN: Ich kann nachvollziehen, warum die Bundeswehr sie anschaffen möchte: Sie will das Risiko für eigene Soldaten und Zivilisten am Boden verringern. Zuerst müssen aber bestimmte Dinge geklärt werden.

Welche sind das?

DUTZMANN: Dazu gehört die Frage, wofür Kampfdrohnen eingesetzt werden dürfen und wofür nicht. Der amerikanische Gebrauch von Kampfdrohnen bei der Terrorismusbekämpfung macht mich skeptisch. Es ist weder völkerrechtlich noch ethisch legitim, Terroristen gezielt und ohne Gerichtsverfahren hinzurichten.

Wie groß ist die Gefahr, dass durch Drohnen die Grenze zwischen Gefecht und gezielter Tötung verwischt wird?

DUTZMANN: Es ist nicht die Drohne, die die Grenze verwischt. Das Problem ist die schwierige Unterscheidung zwischen kriminellen Terroristen und regulären Soldaten. Hier sind die Grenzen schon lange verwischt. Eine Drohne macht es allerdings einfacher und weniger gefährlich, einen Kämpfer gezielt zu töten.

Angenommen, die Regeln für den Drohneneinsatz sind definiert. Verliert man nicht dennoch Skrupel und Respekt vor dem Leben, wenn man es aus einer großen Entfernung tötet?

DUTZMANN: Manche Waffen sind ethisch verwerflich, Streubomben zum Beispiel. Hat aber eine Kampfdrohne mit einer ferngelenkten Rakete als Waffe eine andere ethische Qualität als ein Kampfflugzeug mit derselben Waffe? Ich sehe das nicht. Waffen, mit denen Menschen aus großer Distanz getötet werden, kennen wir schon seit langem. Kampfdrohnen machen noch einmal deutlich, wie notwendig es ist, Soldaten für den Einsatz ethisch zu schulen.

Wie kann solch eine Schulung für die Soldaten aussehen?

DUTZMANN: Bundeswehrsoldaten werden jetzt schon intensiv belehrt, wann sie Gewalt anwenden dürfen. Sie müssen vermeiden, Unbeteiligte zu schädigen, und haben immer vor ihrem Gewissen abzuwägen, ob sie eine Gewalthandlung verantworten können. Die Drohnen-Debatte zeigt, wie wichtig dieser Unterricht ist. Darüber hinaus müssen wir im Blick behalten, was die Fernsteuerung von Waffen mit den Menschen macht, die die Kampfdrohnen bedienen.

Was macht sie mit den Menschen?

DUTZMANN: Ich glaube, dass wir über die seelischen Folgen noch nicht genug wissen. Außerdem stellt sich die Frage: Wer bedient von wo aus die Drohne? Wer beaufsichtigt die Entscheidung über das Ziel und den Abschuss der Raketen?

Was sagen Sie zu der Aussage, Krieg werde einem Computerspiel immer ähnlicher?

DUTZMANN: Ich war zweimal in Afghanistan und kann nicht erkennen, dass unsere Soldaten dort auch nur im Entferntesten Computerspiele spielen. Sie bedienen sich moderner Technik. Aber das hat beileibe nichts Spielerisches. Ein Argument gegen Drohnen ist, dass die Hürde sinkt, an Kampfhandlungen teilzunehmen.

Wie sehen Sie das?

DUTZMANN: Ich wiederhole: Wichtig ist die ethische Schulung. Und: Die Einsatzregeln müssen überprüfbar so formuliert sein, dass diese Schwelle nicht sinkt.

Im Gefecht wissen beide Seiten, dass sie im Krieg sind. Ein Drohnenangriff kommt für den Gegner aber unvermittelt. Ist das ethisch legitim?

DUTZMANN: Der Kampf gegen militärische Gegner, die nach dem humanitären Völkerrecht als reguläre Soldaten gelten haben, wird nicht illegitim durch das Überraschungsmoment. Wer Mitglied einer regulären Armee oder einer militärischen Organisation ist, muss damit rechnen, bekämpft zu werden - auch überraschend.

Sie haben engen Kontakt zu Bundeswehrsoldaten. Was sagt die Truppe zu Kampfdrohnen?

DUTZMANN: Es gibt eine ernste Auseinandersetzung. Die meisten sagen, dass diese Waffe helfen kann, eigene Verluste, aber auch zivile Opfer zu minimieren. 

Präses Schneider zieht Bilanz: »Ganz gut gelungen«

Von Ingo Lehnick

Eine gelungene Kombination von Glauben und sozialpolitischem Engagement: So bewertet Präses Nikolaus Schneider seine zehnjährige Amtszeit an der Spitze der rheinischen Kirche, die am Sonntag endet. Es habe aber auch schmerzliche Niederlagen gegeben, sagt er im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst. In der verbleibenden Amtszeit als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) werde es um soziale Gerechtigkeit, Frieden, die Ökumene und ein Zusammenwachsen der konfessionellen Bünde in der evangelischen Kirche gehen.

[...]

Was werden wichtige Themen in Ihrer verbleibenden Zeit als Ratsvorsitzender sein?

Schneider: [...]

Gesellschaftspolitisch werden uns weiterhin soziale Gerechtigkeit und verstärkt auch die Friedensfrage intensiv beschäftigen. Neue Friedensdebatten wird es geben, zum Beispiel zur Frage der ethischen Bewertung des Einsatzes von Drohnen. Eine große Aufgabe bleibt zudem die Ökumene, sowohl innerprotestantisch als auch zu unserer römisch-katholischen Schwesterkirche und zur Orthodoxie.

(epd-Basisdienst, 2.3.2013) 

Sollte die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden?

Pro & Contra, Aus: Entscheidung, Magazin der Jungen Union Deutschlands, Ausgabe März/April 2013. Über die Autoren: Florian Hahn MdB ist direkt gewählter CSU-Bundestagsabgeordneter (Landkreis München-Land) und gehört dem Verteidigungsausschuss an. Renke Brahms ist Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Pro: Florian Hahn MdB

Der Einsatz bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge hätte viele Vorteile für unsere Soldatinnen und Soldaten. Drohnen sind länger einsatzfähig und lassen sich einfacher bedienen als Kampfflugzeuge. Da sie Aufklärungsfähigkeit und Waffengewirkung optimal kombinieren, können sie präzisere und schnellere Luftschläge durchführen. Somit sinkt das Risiko für die Zivilbevölkerung, Opfer eines Angriffs zu werden. Darüber hinaus sind Drohnen sehr viel günstiger, da sie nicht auf den Schutz des Piloten ausgelegt werden müssen. Das stärkste Argument für die Anschaffung bewaffneter Drohnen ist jedoch: Die Gefahr für unsere Soldaten im Einsatz könnte deutlich reduziert werden!

Die Kritik, dass durch den Einsatz von bewaffneten Drohnen eine zu große emotionale Distanz des Soldaten zum Kampfgeschehen entsteht, halte ich nicht nur für falsch, sondern für überaus zynisch und verantwortungslos. Auch der Pilot eines Flugzeuges sieht dem Menschen nicht in die Augen, bevor er die Rakete abschießt. Nicht nur bei einer Drohne, sondern bei nahezu jeder modernen Waffe ist ein Monitor zwischengeschaltet. Ferner entscheidet der Pilot ohnehin nicht über den Abschuss einer Rakete, sondern der befehlshabende Einsatzführer am Boden.

Aus unseren Einsätzen kennen wir außerdem die Situation, dass eine Drohne aus der Luft eine Gefahr für unsere Soldaten am Boden sichtet. Da sie nicht bewaffnet ist, kann sie nicht direkt eingreifen. Im schlimmsten Fall vergeht kostbare Zeit, bis bemannte Luftunterstützung herangeholt werden kann und das Leben der Soldaten wird unnötig riskiert.

Grundsätzlich stellt sich bei dieser Diskussion die Frage: Wieso sollten wir unsere Soldaten unnötig in Lebensgefahr bringen? Weil es nicht fair ist,

dass sie dank unserer technischen Möglichkeiten ein kleineres Risiko eingehen als ihre terroristischen Gegner? Wollen wir unseren Soldaten vorwerfen, sie würden leichtfertig töten, wenn sie sich nicht direkt im Kampfgeschehen befinden? Sollen wir in Zukunft auf die Panzerung von Fahrzeugen verzichten, weil sie das Risiko für unsere Soldaten zu klein hält?

Der Einwand, bewaffnete Drohnen seien völkerrechtlich problematisch ist ebenfalls nicht haltbar. Die Realität zeigt, dass jedes Waffensystem völkerrechtswidrig eingesetzt werden kann – nicht nur eine Drohne. Es ist ausschlaggebend für welchen Zweck und mit welcher Legitimierung wir eine Drohne nutzen. Grundlage für jeden deutschen Einsatz sind die Einsatzregeln und letztlich unser Grundgesetz. Und daran halten wir uns.

Der Einsatz bewaffneter Drohnen würde effektiver und vor allem sicherere Einsätze ermöglichen. Deshalb ist es mir ein Anliegen, dass wir unsere deutschen und europäischen Kompetenzen für die zukunftsweisende Forschung und Entwicklung in diesem Bereich nutzen. Es liegt an uns, ob wir bei der Postkutsche bleiben oder die Eisenbahn entwickeln.

Contra: Pastor Renke Brahms

In der Diskussion über die Anschaffung bewaffneter Drohnen wird in irritierender Weise von »ethischer Neutralität« dieses Waffensystems gesprochen. Ethisch neutral sind Waffen nie. Sie werden hergestellt, um zu töten. Im Vergleich mit einem bewaffneten Flugzeug sind sie allerdings in der Tat gleichgewichtig zu beurteilen. Nachzuvollziehen ist das Interesse, nach Möglichkeiten zu suchen, deutsche Soldaten im Einsatz zu schützen und ihr Leben nicht unnötig aufs Spiel zu setzen.

Die hochgelobte Zielgenauigkeit wird deutlich überschätzt. Die Einsätze der Amerikaner in Pakistan, Somalia und Jemen haben erhebliche zivile Opfer gefordert, darunter nicht wenige Kinder. Außerdem sind Terroristen nicht immer von Zivilisten zu unterscheiden. Es gibt dazu die Beobachtung, dass der Einsatz von bewaffneten Drohnen und die zivilen Opfer zur Rekrutierung von neuen Generationen von Terroristen beigetragen haben.

Man kann davon ausgehen, dass die Einsatzregeln für Drohnen in der Bundeswehr sich an den

grundgesetzlichen Regeln orientieren. Eine Abgrenzung von gezielten Tötungen, die gegen das Völkerrecht verstoßen, wie sie die USA praktizieren, ist dabei entscheidend. Wie aber will man eine deutsche Haltung in internationalen Einsätzen von Bündnissen oder der NATO durchhalten? Der Druck der Verbündeten auf eine deutsche Drohnenpolitik wird stark sein. Deshalb droht die politische Hemmschwelle in konkreten Einsätzen zu sinken.

Ein neuer Rüstungswettlauf entsteht. Das Argument, dass die deutsche Technologie in diesem Wettbewerb nicht fehlen darf, ist ethisch nicht hinreichend. Von kompensatorischen Entscheidungen für Abrüstung von Flugzeugen und ande-

ren Waffensystemen ist bisher jedenfalls keine Rede.

Die Anschaffung von Drohnen ist teuer. Das Geld fehlt bei den Investitionen in eine gewaltfreie und zivile Konfliktbearbeitung, die dringend auszubauen ist. Auch das schützt das Leben der Soldaten und dient der Prävention, der De-Eskalation und Bearbeitung von Konflikten. Hier liegt die besondere friedensethische Verantwortung eines Landes, von dem zwei Weltkriege ausgegangen sind und das eine friedliche Revolution erleben durfte.

Die Friedensethik der Evangelischen Kirche ist in der Nachfolge Jesu Christi dem Vorrang für Zivil verpflichtet. 

Ethisch neutral? Kontroverse Diskussion um Kampfdrohnen

Sendereihe Tag für Tag Deutschlandfunk am 18.3.2013, verantwortlicher Redakteur: Rainer Brandes

Niklas Schörnig:

Wir haben Waffen, die im Völkerrecht geächtet sind, zum Beispiel Chemiewaffen, Biowaffen oder auch Landminen und das ist eine ganz spezielle Klasse von Waffen, nämlich Waffen, die nicht zwischen Zivilisten und Kombattanten unterscheiden, gleichermaßen töten, und wenn man das als Maßstab nimmt, dann kann man sagen: Ja, Drohnen der aktuellen Generation sind ethisch neutral, immer vor dem Hintergrund des Völkerrechts.

Zweiter Sprecher:

Zur ethischen Bewertung von Waffen reiche die rechtliche Perspektive allein aber nicht aus.

Niklas Schörnig:

Drohnen sind insoweit schon etwas Problematisches, als dass sie ja Ähnlichkeiten zu Scharfschützen aufweisen. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass Soldaten, historisch gesehen, immer Probleme damit hatten, wenn jemand aus dem Hinterhalt getötet hat und insoweit kann man schon Drohnen als ethisch problematisch kennzeichnen, weil auch hier der Drohnenpilot in weiter Entfernung von seinem Ziel ist und praktisch keiner Gefahr ausgesetzt ist und gezielt jemanden im Fadenkreuz hat, der das eigentlich gar nicht mitbekommt.

Zweiter Sprecher:

Für den evangelischen Militärbischof Martin Dutzmann ist die Tatsache, dass beim Einsatz von Kampfdrohnen die eigenen Soldaten sicher in einem Kontrollraum sitzen, nicht hinterhältig, sondern ein Fortschritt.

Statement Militärbischof Dutzmann:

Zunächst mal ist jede Minimierung von Opfern positiv, egal ob auf der eigenen oder auf der anderen Seite, und wenn dies mit Hilfe von Kampfdrohnen erreicht werden kann, dann, denke ich, ist es richtig, solche Waffensysteme zu besitzen.

Zweiter Sprecher:

Tatsächlich sehen Befürworter von Kampfdrohnen sogar die Möglichkeit, dass diese Todesopfer auf beiden Seiten vermeiden können. Die Hersteller der Drohnen werben damit, dass sie ihre Ziele wesentlich präziser treffen könnten als herkömmliche Waffensysteme. Militärs nennen solche zielgenauen Treffer gerne chirurgische Eingriffe. Den Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahms, überzeugt dieses Argument allerdings nicht.

Statement EKD-Friedensbeauftragter Renke Brahms:

Also man muss, glaube ich, diese Rede von chirurgischen Eingriffen von hoher Zielgenauigkeit ein bisschen entmythologisieren. Die Untersuchung in Afghanistan und in Jemen und in anderen Ländern, in denen Amerikaner Drohnen-

Angriffe geflogen haben, sagen durchaus etwas anderes: ein hoher Anteil von zivilen Opfern, darunter auch Kindern. Insofern ist das, glaube ich, eine Frage, die man sehr genau angucken muss.

Sprecher:

Wie hoch die Anzahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung bei Drohnenangriffen im Vergleich zu herkömmlichen Angriffen tatsächlich ist, das ist wissenschaftlich bisher noch nicht eindeutig geklärt. Die Zahlen, die bisher vorliegen, widersprechen sich. Friedensforscher Niklas Schörnig:

Niklas Schörnig:

Es gibt praktisch keine wirklich belastbaren Zahlen, wieviel Todesopfer tatsächlich die Drohnenangriffe fordern. Wir haben NGOs, die versuchen, da belastbare Daten zusammen zu bekommen und wenn man nach deren Aussagen geht, dann sind - je nachdem wie man rechnet - zwischen 15 und 30 Prozent der Getöteten Zivilisten. Das ist nicht besonders präzise. Die amerikanische Air Force hingegen sagt, sie wären deutlich präziser, sie hätten nur minimale zivile Opfer.

Sprecher:

Kritiker von Kampfdrohnen führen häufig das Argument an, ferngesteuerte Waffen führten zu einer Enthemmung des Krieges, denn wenn der für einen Abschuss verantwortliche Soldat weit entfernt vom Kampfgeschehen sitze, falle ihm das Töten leichter. So warnen der katholische Militärbischof Franz Josef Overbeck und der Vorsitzende der Deutschen Kommission des katholischen Friedensbündnisses Justitia et Pax, Stephan Ackermann, in einer gemeinsamen Erklärung, der Einsatz von Kampfdrohnen könne die mentalen und politischen Schwellen zur Gewaltanwendung herabsetzen. Allerdings zeigen Umfragen unter US-Drohnen-Piloten eindeutig, dass die Tötungshemmschwelle bei ihnen sogar eher höher liegt als bei klassischen Kampffjet-Piloten. Das liege vor allem an den hoch auflösenden Bildern, die die Drohnen in den Kontrollraum schicken, sagt Friedensforscher Niklas Schörnig. Diese Bilder anzuschauen sei wesentlich belastender als im Kampffjet einen Auslöser zu drücken. Die politische Entscheidung für einen Kriegseinsatz falle mit Kampfdrohnen jedoch tatsächlich leichter, denn:

Niklas Schörnig:

Wenn ich nun Systeme habe, die eine extreme Distanz zwischen meinen Soldaten und dem Schlachtfeld erzeugen, dadurch meine Soldaten extrem und gut geschützt sind, dann verändert

das natürlich einfach auch diese Kalkulation. Und da glaube ich eher, dass diese politische Enthemmung zu mehr Rückgriff auf militärische Gewalt führen kann.

Sprecher:

Hinzu kommt die Befürchtung, auch die Bundeswehr könnte mutmaßliche Terroristen gezielt töten, wenn sie erst einmal im Besitz von Kampfdrohnen ist. Rechtlich gesehen sind das Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren. Mit dem Grundgesetz wäre das unvereinbar und auch für die Bundesregierung kommt das nicht in Frage. So etwas tun deutsche Soldaten nicht, meint auch der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann.

Statement Militärbischof Dutzmann:

Das ist eine Frage der Einsatzregeln, das heißt also, auch jetzt ist natürlich die Bundeswehr schon in der Lage, rein von ihren Fähigkeiten her, Menschen gezielt zu töten, also das Kommando Spezialkräfte, die sind so ausgebildet. Das könnten die. Sie tun es aber nicht, weil sie es nicht dürfen. Das ist eine Frage des Vertrauens in die Armee und ihre Grundsätze und ich habe, was die Bundeswehr betrifft, hier großes Vertrauen, dass die Einsatzregeln beachtet werden, jedenfalls habe ich keinen Anlass, das zu bezweifeln.

Sprecher:

Renke Brahms ist hier skeptischer. Der evangelische Friedensbeauftragte geht zwar ebenfalls davon aus, dass die Bundeswehr von sich aus keine illegalen, gezielten Tötungen vornehmen würde, doch er befürchtet, dass Deutschland früher oder später unter Druck geraten könnte.

Statement EKD-Friedensbeauftragter Renke Brahms:

Meine Frage ist allerdings, ob es nicht in internationalen Einsätzen, in denen Bündnispartner darauf dringen, Drohnen einzusetzen und die anders umgehen mit einer Drohnenpolitik dann zu einer Situation kommt, in der die Bundesrepublik eigentlich ihre Regelungen sozusagen gar nicht mehr einhalten kann und es dann zu völkerrechtlich widersetzlichen Einsätzen kommt.

Sprecher:

Die unterschiedlichen Positionen des Militärbischofs und des Friedensbeauftragten zeigen: Die ethische Debatte über den Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr hat gerade erst begonnen.



Alles nur fette Moorhühner am Himmel? Die Drohnen und die Technisierung des Militärs verändern das Denken über den Krieg

Von Bettina Röder

Aus: Publik-Forum 12/2013 vom 28.6.2013

[...]

Mit den neuen Kriegen und den neuen Rüstungsmärkten setzt sich auch das Friedensgutachten 2013 der Friedensforschungsinstitute auseinander. Sie fordern darin eine internationale Ächtung der Kampfdrohnen – wie auch zuvor schon die Friedensbewegung. Lothar Brock, der für die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung das Friedensgutachten mit erstellt hat, ist davon überzeugt, dass auf diesem Wege leichter geltendes Völkerrecht unterlaufen werden kann: dass der Gegner, wie das Amerika etwa in Pakistan längst praktiziert, nicht verhaftet, sondern ferngesteuert getötet wird. Hinzu komme, so betonte er gegenüber *Publik-Forum*, dass die Entscheidung des Einsatzes in weiten Teilen gar nicht mehr den Militärs unterliege, sondern zivilen Behörden, die mit Sicherheit befasst sind. In Amerika etwa ist das die CIA, die den Befehl zum Einsatz gibt. Das Argument, man könne Soldaten vor Gefahren im Einsatz besser schützen, will er nicht unwidersprochen lassen.

Piloten am Computer werden krank

»Man reagiert auf eine Kriegshandlung anders als auf die Tötung eines vermeintlichen Terroristen mit Drohnen. Das Gewissen wird entlastet«, ist er überzeugt. Brock fordert eine breite gesellschaftliche Diskussion zu dem Thema wie auch zu den technisierten Waffensystemen überhaupt. Er verweist auf die durch den Druck der Bevölkerung zustande gekommene Energiewende. »Ähnlich kühn sollten wir sagen: Wir lassen uns auf diese Drohnenpolitik nicht ein«, erklärt er unserer Zeitung.

[...]

Jürgen Rose, Oberleutnant a. D., bestreitet, dass die »Kosten« des Drohnenkrieges geringer sind. »Die psychische Belastung für den einzelnen Soldaten ist erheblich, Piloten am Computer werden krank«, sagt er gegenüber *Publik-Forum*. [...]

Dann kommt er auf die Technik zu sprechen: »Drohnen sind behäbig«, sagt er, »die hängen doch wie fette Moorhühner am Himmel und können mit jedem Kampfflugzeug aus dem Zweiten Weltkrieg abgeschossen werden.« Er hält die Diskussion darum für ein bewusstes Ablenkungsmanöver. Das Problem sei, dass sie sehr gut zur Inlandsüberwachung eingesetzt werden könnten. Das sei die eigentliche Gefahr, über die hier kein Mensch diskutiere. Vor allem werde, wie auch sonst bei der immer weiter entwickelten Militärtechnik, der »Rüstungswahnsinn weiter angeheizt«.

Die Illusion kontrollierter Kriege

Für Renke Brahms, den Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland, ist das der entscheidende Punkt. Mit der immer weiter zunehmenden Technisierung von Waffen wie den Drohnen »begeben wir uns auf einen Weg, der die Führbarkeit von Kriegen immer weiter entwickelt«. Es sei ein Unding, über Drohnen zu reden, und nicht gleichzeitig über Rüstungskontrolle. Nach zwei Weltkriegen und einer Friedlichen Revolution sollte Deutschland sich nicht an die Spitze dieser Bewegung stellen. Im Gegenteil. Unser Land sollte angesichts seiner Geschichte führend beim Thema Krisenprävention und Gewaltverhinderung sein. Genau das ist nicht der Fall. Milliarden würden wegen der Drohnen in den Sand gesetzt, statt sie Friedensdiensten zu geben. Die »ganze Diskussion um das für den Euro Hawk verschwendete Geld und darüber, wann der Verteidigungsminister was gewusst hat«, lenkt für ihn von der eigentlichen Frage ab: Brauchen wir diese Waffen überhaupt?

Brahms sieht vor allem die Gefahr, dass sie »die politische Hemmschwelle heruntersetzen, weil sie die Illusion vermitteln, Kriege könnten kontrolliert und – wie de Maizière betont – nach geltendem Völkerrecht geführt werden«. Das Gegenteil sei der Fall. Das erlebe man am Beispiel Amerikas. »Wenn wir im Bündnis agieren, möchte ich die Bundesregierung und den Verteidigungsminister sehen, der an dieser Stelle sagt, wir machen da nicht mit«, ist er überzeugt. Afghanistan ist dafür sicher ein recht gutes Beispiel. 

Es ist Krieg, und keiner geht hin – Kampfdrohnen halten die Schrecken des Todes auf Abstand. Humaner machen sie den Krieg nicht

Von Nikolaus Schneider

**Beitrag für chrismon, Ausgabe August 2013;
Nikolaus Schneider ist Ratsvorsitzender der
EKD**

Manche Begriffe machen eine sonderbare Karriere: Wenn vor zwanzig Jahren das Wort »Drohne« fiel, dachten wir zuerst an eine männliche Honigbiene, Hummel, Wespe oder Hornisse. Diese Drohne ist ein bemitleidenswertes Wesen, denn wenn sie ihren Hauptzweck erfüllt hat, nämlich die Bienenkönigin im Flug zu begatten, dann fällt sie sterbend herab.

Wenn wir heute von Drohnen sprechen, denken wir kaum an das besondere und bizarre Schicksal männlicher Bienen, sondern zuerst an unbemannte Fluggeräte, die in diesem Jahr in Deutschland für viel Wirbel sorgen. Ihren Namen verdanken diese Flugkörper der enormen Spähkraft, die ihnen die modernste Kameratechnik verleiht. Auch die Drohnen in der Natur haben viel bessere Augen als andere Bienen, damit sie im Frühsommer die Königinnen erspähen und sich rasch zu ihr gesellen können.

In die Diskussion sind bei uns allerdings besonders die Kampfdrohnen geraten, fliegende »Roboter«, die große Entfernungen überwinden und dann nahe des Ziels ihre Raketen abfeuern können. Fern aller Diskussionen um Kosten und um das Problem »Was wusste der Minister seit wann?« beschäftigt mich die Frage: Braucht Deutschland überhaupt Kampfdrohnen? Auch wenn diese Entscheidung politisch noch lange nicht gefallen ist – die Begehrlichkeiten sind da.

Von Soldaten der Bundeswehr höre ich: »Ja, wir brauchen sie. Drohnen bringen präzise Wirkung im Kampf bei gleichzeitigem Schutz der Kameradinnen und Kameraden.« Dieses Argument leuchtet mir zwar ein, andererseits gilt aber: Der Schutz der eigenen Verbände, die durch Kampfdrohnen gleichsam im militärischen Einsatz vertreten werden, ist nur die eine Seite der Medaille

ethischer Bewertung. Eine amerikanische Studie (»Living Under Drones«, 2012) belegt, dass Drohneneinsätze der US-Streitkräfte in der Bevölkerung der Einsatzländer ein Klima der Angst und der Traumatisierungen geschaffen haben. Das dient wohl kaum dem Frieden. Ich bin skeptisch, dass es wirklich gelingen kann, für etwaige Drohneneinsätze der Bundeswehr Richtlinien zu schaffen, die diese verhängnisvolle Wirkung vermeiden könnten.

Auch befürchten Fachleute, dass die perfekte Technik der Kampfdrohnen die Hemmschwelle für tödliche Militärschläge senkt. Die Entwicklung und Perfektionierung dieser Kriegsmaschinen eröffnet eine weitgehende »Automatisierung« der Kriegsführung.

Was macht der »Cyberwar« mit den Menschen, die diese Geräte bedienen? Das Leiden der Opfer entzieht sich ihrer Wahrnehmung, die Verantwortung für das Töten wird nicht mehr direkt erfahren. Ich habe die große Sorge, dass technischer Fortschritt bei Kriegswaffen zur Verdrängung oder gar zum Verlust des Mitleidens führt und letztlich die Friedfertigkeit der Menschen unterminiert. Zurückhaltung und kritische Abwägung sind angebracht, wenn es um die Einführung neuer Waffensysteme geht.

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Grundlegend für ethische Bewertungen ist für uns als Evangelische Kirche unser Leitbild des »gerechten Friedens«, die Lösung von Konflikten möglichst auf gewaltfreiem Weg.

Braucht Deutschland also Kampfdrohnen? Frieden wird nach unserer Überzeugung vor allem durch eine entsprechende Rechts- und Gesellschaftsordnung geschaffen, Frieden orientiert sich an der Option der Gewaltfreiheit und ist ausgerichtet auf menschliche Sicherheit und soziale Entwicklungsarbeit. Hier werden Innovationen dringend gebraucht! 

Einsatz von Drohnen verstärkt die Spirale des Hasses

**Vom Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN),
26.09.2012 zuerst veröffentlicht unter
<http://u.epd.de/28w>**

Unscheinbar erscheinen sie am Himmel und lassen ihre tödliche Fracht ab. Bewaffnete Drohnen fliegen von amerikanischem Boden aus ferngesteuert über Kontinente in den Mittleren Osten mit dem Ziel, Terroristen zu töten. Nun sind auch im Finanzplan des deutschen Verteidigungsministeriums drei neue Drohnen samt Bodenstation vorgesehen. Mit seiner Aussage »Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten«, hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière eine Diskussion ausgelöst.

Der Krieg wird unberechenbarer

»Den Einsatz bewaffneter Drohnen halte ich für sehr gefährlich. Denn Drohnen sind nicht nur ein neues Kriegsinstrument, sondern sie verstärken eine ganz neue Art des Krieges«, so schätzt Wolfgang Buff, Beauftragter für Friedensbildung im Zentrum Ökumene der EKHN, die Entwicklung ein. Heute stünden sich nicht mehr zwei bewaffneten Heere an einer Front gegenüber, sondern durch Terroranschläge und Drohnenangriffe seien Ort und Zeit von Angriffen völlig unkalkulierbar. So seien terroristische Anschläge in U-Bahnen der westeuropäischen Städte oder der Beschuss eines Einfamilienhauses in Pakistan zu jeder Zeit möglich – ein Ende dieser Gefahr sei nicht absehbar. Zudem weist er darauf hin, dass der Einsatz von Drohnen völkerrechtlich noch ungeklärt sei.

Gefahren der unbemannten Flugzeuge

Bereits die jährlichen Rüstungsexportberichte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung der evangelischen und katholischen Kirchen (GKKE) beobachten die Rüstungsexportpraxis kritisch. Sie belegen seit Jahren in differenzierten Analysen, dass seitens der Bundesregierung Exporte deutscher Waffen zunehmend auch in Spannungsgebiete genehmigt werden. Buff nennt weitere Gefahren dieser unbemannten, bewaffneten Flugzeuge: »Drohnen sind längst nicht so 'sauber', wie sie teilweise dargestellt werden, denn sie verfehlen oft ihr Ziel, so dass auch zahlreiche Zivilisten ums Leben kommen.« Er betont, dass durch den Einsatz von Drohnen, die Spirale des Hasses weiter verstärkt werde, denn die unkalkulierbare Gefahr erzeuge ein Gefühl der Hilf-

losigkeit und Wut gegenüber dem hoch gerüsteten Westen. Buff befürchtet deshalb, dass auch Terroristen diese Technik für einen Gegenschlag einsetzen könnten, indem sie zivile »Spielzeug-Drohnen« in Waffen umfunktionieren.

Buffs Einschätzung wird durch eine Studie von Juristen der Stanford University und der New York University untermauert. Sie bestätigt, dass die unbenannten Flugzeuge sich nicht präzise steuern lassen und mehreren Hundert Zivilisten das Leben gekostet haben. Zudem werde die terroristische Gefahr für Amerika erhöht, da ein »neues Rachebedürfnis« geschürt werde. Denn die betroffenen Menschen in Pakistan leiden unter Angstzuständen, einige müssen mit den Folgen schwerer Verletzungen leben oder haben Familienmitglieder durch Drohnenangriffe verloren. Laut Studie sollen hochrangige Terroristen nur zu zwei Prozent zu den Opfern zählen.

Frage nach dem Schutz der eigenen Soldaten

Laut Presseberichten sind im Finanzplan des deutschen Verteidigungsministeriums für die nächsten vier Jahre 168 Millionen Euro für drei neue Drohnen samt Bodenstation vorgesehen. Buff kann die Absicht nachvollziehen, dass durch den Einsatz von Drohnen das Leben der eigenen Soldaten geschützt werden soll. Dabei macht er deutlich: »In der deutschen Politik hat sich Krieg als legitimes Mittel einen Platz zurückerobert. Doch es gibt kaum einen Krieg, der für langfristigen Frieden gesorgt hätte, deshalb hinterfrage ich den Auslandseinsatz in Afghanistan.«

Die friedliche Alternative stärken

Stattdessen setzt Buff auf zivile Konfliktlösung, den Vorrang von Politik, Diplomatie, wirtschaftliche Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen. Denn in Europa hätten sie auch zur Überwindung der Kriegsgefahr geführt. Zudem empfiehlt er, die Maßnahmen mit praktischen Schritten der Prävention, der Entwicklungszusammenarbeit und dem verstärkten Einsatz der zivilen Friedensdienste zu verbinden. Im zivilen Friedensdienst sind speziell ausgebildete Friedensfachkräfte in rund 50 Ländern im Einsatz. Sie vermitteln frühzeitig zwischen Konfliktparteien, behandeln traumatisierte Menschen, bringen die Anliegen benachteiligter Gruppen in die Öffentlichkeit oder begleiten ehemalige Soldaten auf dem Weg ins zivile Leben. »Die Bundesregierung sollte den Einsatz der Friedenskräfte ebenso

ernsthaft und strategisch planen, wie heute die Militäreinsätze«, empfiehlt Wolfgang Buff. Er ist überzeugt vom Erfolg friedlicher Methoden und nennt ein Beispiel: »Das deutsch-französische Jugendwerk hat gezeigt: Nach 50 Jahren kommt kein Jugendlicher mehr auf die Idee, dass Frankreich einst unser Erzfeind war.« Doch Buff stellt fest: »Das Budget für zivile Krisenintervention wurde im Bundeshaushalt stetig gekürzt, obwohl die Krisen zunehmen!« Dabei nehme er teilweise

sogar unter Militärs eine Offenheit für friedliche Lösung wahr. Wolfgang Buff unterstreicht: »Gefragt sind jetzt Politik und Gesellschaft, die sich ethischen Fragen stellen – und entsprechend entscheiden müssen!«

<http://www.zentrum-oekumene-ekhn.de/nc/startseite/aktuelles/news/article/einsatz-von-drohnen-verstaerkt-die-spirale-des-hasses.html> 

Appell: Keine Kampfdrohnen!

Aufruf der Drohnen-Kampagne

Die Initiative Drohnen-Kampagne ist ein Bündnis von 138 Gruppen. Ihr Appell wurde am 24.3.2013 der Öffentlichkeit vorgestellt:
<http://u.epd.de/28y>

Wir sind gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung.

Aktuell ist die Bundesregierung offenbar entschlossen, die Bundeswehr mit unbemannten bewaffneten Flugzeugen (Kampfdrohnen) auszustatten.

Wir lehnen Kampfdrohnen ab, weil ihr Einsatz

- die Schwelle zu bewaffneten Aggressionen weiter senkt,

- »gezielte“ Tötung von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen bedeutet – ohne Anklage, Verfahren und Urteil,
- die Bevölkerung betroffener Landstriche terrorisiert und sie an Leib und Leben gefährdet,
- die Entwicklung autonomer Killer-Roboter befördert und noch schrecklichere Kriege zur Folge hätte,
- eine neue Rüstungsspirale in Gang setzt.

Wir fordern von Bundesregierung und Bundestag,

- den Irrweg der Anschaffung und Produktion bewaffneter Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und
- sich für ein weltweites Verbot und völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen. 

»Es gibt keine ethisch neutralen Waffen«

Von Frank Jung/Alf Clasen

Der Propst des Kirchenkreises Plön, Matthias Petersen, und der Geschwaderkommodore Hans-Jürgen Knittlmeier aus Jagel sprechen über Krieg, Frieden und Drohnen. Ein Streitgespräch. Aus: Flensburger Tageblatt, 31.3.2013

Verteidigungsminister de Maizière hat in der Debatte um Kampfdrohnen Waffen als grundsätzlich ethisch neutral bezeichnet. Hat er Recht?

Petersen: Ich schätze Herrn de Maizière sehr. Aber diese Äußerung ist einfach voll daneben. Es gibt keine ethisch neutralen Waffen. Die Existenz von Waffen an sich ist ein Symbol für die menschliche Unfriedlichkeit. Es gibt sicherlich begründete Situationen, Waffen einzusetzen, Stichwort: Nothilfe. Die Waffe gegen einen Menschen zu richten, macht aber immer schuldig, egal wie und egal in welcher Situation.

Knittlmeier: Dem kann ich im Prinzip nicht widersprechen. Man kann ethisch differenziert über Waffen diskutieren. Aber eine Waffe kann aus meinem Verständnis heraus per se nicht ethisch neutral sein.

Gibt es denn gute und böse Waffen?

Petersen: Nein. Eine Waffe ist ethisch immer problematisch.

Herr Knittlmeier, gibt es Waffeneinsätze, die einen Soldaten schuldig machen?

Knittlmeier: Es gibt sicherlich Situationen, in denen ein Soldat sich schuldig machen würde, wenn er die Regeln der kriegerischen Auseinandersetzung nicht einhalten würde. Die Bundeswehr wird aber nur im Rahmen von Bündnissen und auf dem Boden der demokratischen Grundordnung eingesetzt. Der Einsatz von Waffen ist dabei strikten Regeln unterworfen. Wir sprechen von »rules of engagement«. Diese werden von der Politik vorgegeben, und wir als letztes Instrument der Politik haben diesen Regeln Folge zu leisten. Wenn sich ein Soldat nicht daran halten würde, wäre das unmoralisch.

Petersen: Ich möchte nicht, dass wir die Soldaten für die Entscheidung zum Waffeneinsatz in Haftung nehmen. Auftraggeber ist die Politik. Das heißt, letzten Endes wir Bürgerinnen und Bürger dieses Staates haften für das, was geschieht. Und

das ist eine hohe Verantwortung. Gerade wenn wir, im Unterschied zur katholischen Moraltheologie, die evangelische Ethik zu Grunde legen. Die katholische Moraltheologie lehrt: Wenn ein Mensch die Wahl zwischen zwei Übeln hat, dann kann er guten Gewissens das kleinere wählen. Das kann in der Frage militärischer Nothilfe ein wichtiger Entscheidungsgrund sein. Die evangelische Ethik dagegen sagt: Völlig egal, was du tust - du machst dich schuldig. Nehmen wir den Jugoslawien-Einsatz Mitte der Neunziger Jahre. Die Tatsache, dass wir da reingegangen sind und getötet haben, macht uns schuldig. Wenn wir nicht reingegangen wären und dem Töten zugeschaut hätten, hätte uns das ebenfalls schuldig gemacht.

Fühlen Sie sich als evangelischer Christ der katholischen Moraltheologie unterlegen?

Petersen: Nein, es geht um unterschiedliche Ansätze. Der protestantisch-lutherische Ansatz besagt: Der Mensch ist in allem, was er tut, unverrückbar auf Gottes Gnade angewiesen, weil er mit seinem Handeln sich selber nicht rechtfertigen kann. Der gute Wille ist nicht die Absolution für das, was man tut.

Haben Sie in Ihrer Zeit als Militärseelsorger unter diesem Zwiespalt gelitten?

Petersen: Natürlich.

Knittlmeier: Die Gesellschaft muss sich einig sein, ob sie wehrhaft sein möchte und ob sie in der Staatengemeinschaft Verantwortung übernehmen will, und das nötigenfalls mit militärischen Mitteln. Wenn der Staat dann Streitkräfte einsetzt, kann es dazu kommen, dass Menschen getötet werden. Wer Soldaten in den Krieg schickt, muss sie möglichst gut ausstatten. Dazu könnten bei der Bundeswehr bald auch Kampfdrohnen gehören.

Warum sind diese Waffen bedenklicher als andere Waffen, Herr Petersen?

Petersen: So ganz leuchtet mir die Aufregung um die Kampfdrohnen nicht ein, weil wir dieses Instrument eigentlich schon lange haben. Die Marschflugkörper der Amerikaner sind ja auch nichts anderes als Kampfdrohnen. Neu ist die enorme Menge unbemannter Flugkörper. Die Amerikaner bilden mehr Operationspersonal für

Kampfdrohnen aus als Piloten. Und jetzt will auch die Bundeswehr bewaffnete Drohnen einsetzen. Ich befürchte, dass die Hemmschwelle zum Töten sinkt. Das Töten wird Schritt für Schritt weiter entpersonalisiert. Davor habe ich Angst.

Das sehen Sie wahrscheinlich anders, Herr Knittlmeier.

Knittlmeier: Ja. In der öffentlichen Diskussion ist viel Unwissenheit dabei. Erstens: Dass die Amerikaner mehr Kampfdrohnen-Piloten ausbilden, ist dem Grund geschuldet, dass die Dinger 24 Stunden oder länger fliegen. Dadurch wird viermal so viel Personal gebraucht, als wenn ein Jet in die Luft geschickt wird. Zweitens: Die Waffen sind die gleichen, nämlich Laser- und GPS-gelenkte Bomben. Die kann ich sowohl unter ein bemanntes als auch unter ein unbemanntes Luftfahrzeug hängen. Drittens: Der Abstand des Operators zum bekämpften Ziel ist bei den unbemannten Luftfahrzeugen eigentlich sogar enger. Der Pilot am Bildschirm hat durch die Sensorik das Ziel genauer vor Augen als der Pilot im Jet, der eine Position übermittelt bekommt und dann eine Bombe auslöst.

Aber der Pilot fliegt über dem Kampfgebiet und der Operateur sitzt im friedlichen Jagel oder sonstwo. Ist das psychologisch nicht ein gravierender Unterschied? Werde ich nicht sogar waghalsiger, wenn ich selbst nicht bedroht werde?

Knittlmeier: Nein. Der Pilot, der im Jet sitzt, ist auch außerhalb der gegnerischen Luftverteidigung. Die Präzisionswaffen, die wir benutzen, werden aus 30.000 Fuß abgeworfen. Da gibt es keine Bedrohung.

Ein Aspekt heizt die Drohnen-Debatte besonders an...

Petersen: Es ist die Art und Weise, wie die Amerikaner Kampfdrohnen gegen Terroristen zum Beispiel in Pakistan einsetzen. Sie führen völkerrechtswidrig Killeraufträge durch, unter Inkaufnahme von ...

Knittlmeier: ... Kollateralschäden ...

Petersen: ... ja, Kollateralschäden, ein schlimmes Wort. Da sind dann plötzlich 20, 30 Zivilisten tot. Wenn wir die Diskussion um die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr führen, habe ich diese Erfahrungen immer im Hinterkopf.

Knittlmeier: Da möchte ich jetzt einfach mal um Vertrauen werben. Die deutschen Streitkräfte, die als Parlamentsarmee konzipiert sind, würden niemals in die Gelegenheit versetzt werden, solche Waffen außerhalb der gesetzlichen Regeln einzusetzen. Dieses Vertrauen habe ich in unseren Staat.

Petersen: Bei aller Hochachtung vor unseren parlamentarischen Gremien, da möchte ich doch eine Einschränkung machen. Als ich 1977 in die Bundeswehr eingetreten bin, haben wir - Kompaniechef und Militärfarrer - gemeinsam den Rekruten in die Hand versprochen: »Wenn ihr jemals schießen müsst, dann nur zur Verteidigung. Etwas anderes lässt unser Grundgesetz nicht zu.« Sie sehen, wie sich die Verhältnisse geändert haben, ohne dass das Grundgesetz geändert wurde. Die Interpretation hat sich geändert. Unter den heutigen Voraussetzungen habe ich das Vertrauen, dass die Bundeswehr nicht so handeln würde wie die US Air Force. Ob das in zehn Jahren auch noch gilt, weiß ich nicht.

Herr Knittlmeier, können Sie das Unbehagen, das in der Bevölkerung besteht, nachvollziehen?

Knittlmeier: Die Beispiele, die wir aus Amerika allenthalben lesen und sehen können, tragen natürlich nicht dazu bei, dass man Vertrauen in den Einsatz bewaffneter Drohnen hat. Ich kann nur sagen: Wir Militärs in Deutschland stellen sicher, dass wir uns an die Regeln halten, die uns gegeben sind.

Petersen: Es gibt einen grundsätzlichen Pessimismus in unserer Gesellschaft gegenüber dem immer schnelleren technologischen Fortschritt. Wir kommen mit dieser Geschwindigkeit doch gar nicht mehr mit. Einen Computer, den Sie heute kaufen, können Sie in drei Jahren wegwerfen. Bezogen auf die Entwicklung immer neuer Waffensysteme stellen wir uns natürlich die Frage: Wohin soll diese Entwicklung noch führen?

Wie einfach sollte Kriegführen sein? Und wie einfach darf Kriegführen sein?

Knittlmeier: Wir wünschen uns die technologisch hochwertigsten Mittel an die Hand, um die Risiken für das eigene Personal möglichst gering zu halten. Auf der anderen Seite möchte ich betonen, dass Kriegführen mit der Automatisierung nicht einfacher wird. Denn am Ende steht immer ein Mensch hinter der Entscheidung, eine Waffe einzusetzen.

Hätten Sie sich für den Afghanistan-Einsatz Kampfdrohnen gewünscht?

Knittlmeier: Das wäre sicherlich in dem einen oder anderen Fall gut gewesen. Es hätte die Zeit verkürzt zwischen dem Hilferuf unserer Bodentruppen und dem Einsatz alliierter Flugzeuge. Eine bewaffnete Drohne hätte die Truppe am Boden schneller beschützen können. Schon unsere Heron-Aufklärungsdrohnen in Afghanistan sind ein großer Erfolg. Die Taliban wissen genau, dass es kaum noch einen Einsatz außerhalb der Lager gibt, der nicht mit Drohnen begleitet wird. Allein das Wissen um die Existenz des digitalen Feldherrnhügels macht die Taliban vorsichtig. Herr Petersen, der politische Wille zur Anschaffung von Kampfdrohnen scheint vorhanden zu sein.

Glauben Sie, dass der Prozess durch eine breit angelegte öffentliche Debatte noch gestoppt werden könnte?

Petersen: Nein, das Problem bewegt die Masse der Gesellschaft nicht wirklich. Dabei haben Sicherheitsfragen - zum Beispiel auch die Rüstungsexporte - einen solch enormen ethischen und politischen Stellenwert, dass sie eigentlich gesamtgesellschaftlich heftig diskutiert werden müssten. Ich komme ja noch aus der Zeit der wilden Diskussionen gerade kirchlicher Friedensgruppen um die sogenannte »Nachrüstung« mit Pershing-II-Raketen. Heute kriege ich meine Gemeinden kaum noch bewegt, sich überhaupt mit dem Friedenthema auseinanderzusetzen.

Knittlmeier: Gerade das wäre aber sinnvoll, wenn unser Minister sagt, dass die Bundeswehr in Zukunft noch viel häufiger in Auslandseinsätze geschickt werden wird. Damit muss sich die Gesellschaft beschäftigen. Der Soldat darf nicht das Gefühl haben, dass er von seiner Gesellschaft verlassen ist.

Befremdet es Sie, dass ein christdemokratischer Verteidigungsminister die Technologisierung des Krieges vorantreibt?

Petersen: Der große Theologe Karl Barth hat im vergangenen Jahrhundert die Gründung »christlicher« Parteien als Blasphemie bezeichnet. Will heißen: Für parteipolitische Arbeit die christliche Wahrheit in Anspruch zu nehmen, halte ich für hochproblematisch.

Gelten christliche Werte im Krieg noch?

Petersen: Es ist die Pflicht aller zivilisierten Menschen, darauf zu achten, dass, wenn schon Krieg geführt wird, das »ius in bello« - das »Recht im Krieg« - trotz aller Auseinandersetzung noch gewahrt wird. Es gilt, als Christ dazu beizutragen, dass dem Gegner nie seine Würde als Mensch, als Ebenbild Gottes aberkannt wird, dass also selbst z.B. die Taliban immer noch als Menschen mit einer unverlierbaren Würde beachtet und behandelt werden.

Ist das nicht manchmal etwas zu viel verlangt?

Petersen: Ja. Ich denke, dass christlicher Glaube in dieser Situation eine ganz besondere Zumutung ist.

Herr Knittlmeier, wie dicht standen Sie in Ihrer Karriere schon vor der Frage: töten ja oder nein?

Knittlmeier: Ich war zwar schon im Einsatz in Afghanistan. Aber Gott sei Dank stand ich noch nie vor dieser Entscheidung.

Wie groß ist Ihr Glaube, dass eine Welt ohne Waffen eines Tages Realität wird?

Petersen: Das ist keine Glaubensfrage. Eine Glaubensfrage ist die Hoffnung, dass Gott uns eines Tages seinen Frieden, seinen Schalom schenken wird. Was den irdischen Frieden betrifft, ist das eher eine Frage an den nüchternen Sachverstand. Carl Friedrich von Weizsäcker hat 1977 in seinem Buch »Wege in der Gefahr« die Vision einer Welt skizziert, in der Gewalt zunehmend monopolisiert und als Polizeigewalt Teil einer Weltinnenpolitik wird. Wir werden es zwar nicht mehr selbst erleben, dass es keine Waffen und Kriege mehr gibt. Aber irgendwann wird diese Menschheit so weit sein. Davon bin ich überzeugt.

Knittlmeier: Klarer Widerspruch! Durch die Globalisierung zerfasert das Waffenmonopol. Es ist heutzutage überhaupt kein Problem, sich Waffen in jeder Qualität zu beschaffen. Wir werden immer mehr Konflikte regionaler Art haben, um die sich die Weltgemeinschaft verantwortungsvoll kümmern muss. Ich kann nicht glauben, dass sich die Menschen ändern werden.

Oberst Hans-Jürgen Knittlmeier (49) ist seit 2010 Kommodore des Aufklärungsgeschwaders 51 »Immelmann« in Jagel bei Schleswig.

Matthias Petersen (62) ist seit 2001 Propst des Kirchenkreises Plön. Von 1977 bis 1987 diente der gebürtige Erlanger als Militärpfarrer bei der

Bundeswehr - zunächst in Wuppertal, später als Bordpfarrer bei der U-Boot-Flottille in Kiel. Petersen beriet bis vor Kurzem als Mitglied des »Nordelbischen Ausschusses für Frieden und Abrüs-

tung« die Kirchenleitung in militärischen Fragen. In der Nordkirche wird dieser Ausschuss nur noch von Synodalen besetzt. **D**

Anzeige



epd Dokumentation

Informationen aus erster Hand

Texte und Dokumente aus Kirche und Gesellschaft

☐ Ich bestelle ein kostenloses Probeexemplar epd Dokumentation

Tel.: (069) 58098-191

Fax: (069) 58098-226

E-Mail: aboservice@gep.de

www.epd.de

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH · Aboservice · Postfach 50 05 50 · 60394 Frankfurt

Absender

Drohnen im Anflug auf den Datenschutz

Gespräch von Erika von Bassewitz mit Wolfgang Buff, dem Beauftragten für Friedensbildung im Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), veröffentlicht am 13.6.2013 unter <http://u.epd.de/28z>

Die Debatte um Bundesminister Thomas de Mazière und die sogenannte »Euro Hawk«-Affäre beherrscht derzeit die Schlagzeilen. Dabei wird vor allem darüber gestritten, wann der Verteidigungsminister welche Informationen erhalten oder auch nicht erhalten haben soll. Erika von Bassewitz hat sich mit Wolfgang Buff, dem Beauftragten für Friedensbildung im Zentrum Ökumene der EKHN über Drohnen und ihr Missbrauchspotential unterhalten.

Herr Buff, was halten Sie von der Diskussion um Verteidigungsminister de Mazière und die Kosten der Drohnen?

Wolfgang Buff: Bei der derzeitigen Diskussion werden unzulässigerweise zwei völlig unabhängige Problemkreise vermengt. Einerseits sollte man die Entscheidung Drohnen anzuschaffen ethisch überprüfen und erst recht deren geplanten oder möglichen Einsatzziele. Andererseits geht es um staatliche Großaufträge, dieses Thema bestimmt die Medien.

Im Moment ist mit dem »Euro Hawk« ein solches Beschaffungsprogramm mal wieder grandios gegen die Wand gefahren worden. Keiner will schuld sein, aber letztlich hat der Minister die Verantwortung. Entweder hat er falsche Entscheidungen gedeckt oder seinen Laden nicht im Griff. Das aber ist für eine Behördenspitze so oder so nicht akzeptabel und muss Konsequenzen haben.

Was spricht denn grundsätzlich für den Einsatz von Drohnen?

Buff: Mit dem Begriff Drohnen können ja ganz unterschiedliche Dinge gemeint sein, nicht nur die militärischen Geräte zur Aufklärung oder zum bewaffneten Einsatz.

Alle Drohnen bewegen sich im Wasser, zu Lande oder in der Luft unbemannt, sind also ferngesteuert und eigentlich sinnvoll vielseitig nutzbar. Sie sind zudem kleiner, leichter, aber auch unauffälliger - teilweise auch unsichtbar. Nicht zuletzt sind sie kostengünstiger und können länger ein-

gesetzt werden als bemannte Objekte, können also beispielsweise länger in der Luft bleiben als ein Flugzeug mit Piloten. Dies gilt gleichermaßen von der Verkehrüberwachung bis hin zum Bombenabwurf, von der Vermisstensuche bis zur Pizzaauslieferung. Und, das ist gerade bei Kriegsdrohnen ein beliebtes Argument, sie bringen die Leben der eigenen Soldaten nicht in Gefahr.

Und was spricht dagegen?

Buff: Jeden Einsatz muss man auch ethisch und politisch bewerten und ihn mit allen direkten und indirekten Folgen einschätzen. Wer bestimmt die Ziele? Wer entscheidet über den Einsatz? Wer kontrolliert den Gebrauch? Im militärischen Bereich hat sich längst gezeigt, dass die Mehrzahl der bewaffneten Einsätze völkerrechtswidrig und einer Demokratie unwürdig ist.

Die leichte Verfügbarkeit verführt geradezu zum Einsatz dieser Techniken als entfesselte Exekutionsmaschinen. Die scheinbare Sicherheit der Anwender führt zu einer ständigen Verunsicherung und oftmals unverhältnismäßigen Gefährdung oder Schädigung der Opfer. Man könnte hunderte von Kilometern vom Ziel entfernt sitzen und jemanden erschießen.

Momentan dreht sich die Berichterstattung um die Kriegsdrohnen. Was halten Sie denn von zivilen Drohnen?

Buff: Im zivilen Bereich ist die Problematik ähnlich. Nicht das technische Instrument als solches ist das Problem, sondern die Fragen: Wer darf was damit unternehmen? Welche Rechte Dritter dürfen dabei eingeschränkt werden? Und wie lassen sich Einsätze aber auch deren Missbrauch kontrollieren?

Hier stellen sich all diese Fragen sowohl für staatliche Akteure wie auch für private Nutzer. Schon längst sind ganz viele unterschiedliche Drohnen-Einsätze nicht nur im polizeilichen sondern auch im gewerblichen Bereich möglich. Drohnen werden beispielsweise von Stromkonzernen zur Überwachung der Überlandleitungen eingesetzt, das ist kostengünstig und gefährdet niemanden. Oder anstelle des Pizzafahrers könnte eine Drohne die Bestellung frei Haus liefern, das ist technisch durchaus vorstellbar.

Aber auch der ganz persönliche private Gebrauch boomt. Ich mag überhaupt nicht darüber nach-

denken, auf welche Ideen der ein oder andere bei der immer leichteren Verfügbarkeit solcher Wunderdinge kommt.

Wo besteht dabei Potential für Missbrauch?

Buff: Es gibt viele Unsicherheiten und Ängste. Man pendelt sehr leicht zwischen Faszination und Technikeuphorie und Beklemmungen, fühlt sich ohnmächtig und ausgeliefert. So lässt sich die fast unsichtbare Überwachung selten auf den Urheber zurückführen. Man fragt sich unweigerlich: Die Technik an sich ist vielleicht gut, aber in wessen Händen? Wichtig sind hier klare Spielregeln. Wenn ein Industrieunternehmen das eigene Gebiet überwacht, dann bin ich kein Technikfeind. Gerne wird neue Technik aber erst eingesetzt und danach über die Folgen und Nebeneffekte des Einsatzes nachgedacht, da bin ich oft fassungslos.

Am Beispiel bewaffneter Drohnen lässt sich das gut belegen. Der Einsatz der Kampfdrohnen zur gezielten Tötung aufgelisteter Feinde hat angeblich militärische Ziele erfüllt und Vorteile gebracht. Aber auf der anderen Seite hat es die demokratische Legitimität der handelnden Staaten massiv untergraben und jedes Vertrauen nachhaltig zerstört.

Grundsätzlich sind im zivilen Bereich ganz viele Anwendungen möglich, wenn eine Kultur der Transparenz und des Vertrauens besteht. Wichtig ist es, im Vorfeld Regeln aufzustellen, die auch von jedem Bürger einklagbar sein müssen. Andernfalls können durch polizeiliche Überwachungsdrohnen Freiheit und Demokratie gefährdet, wenn nicht gar zerstört werden.

Wo würden Sie die Grenzen ziehen?

Buff: Es ist keine Frage der Technik an sich, sondern des transparenten und kontrollierten Einsatzes. Man kann mit dieser Technik vorsorglich alles überwachen. Die Datenmenge ist gigantisch. Die Möglichkeit dazu allein verlockt und schockt, wie immer wieder Beispiele aus dem Handlungsspektrum von Geheimdiensten zeigen.

Aber ist es angemessen, den gesamten Kirchentag oder - wie es längst geschieht - alle Stadionbesu-

cher bei einem Fußballspiel zu überwachen, um einen einzelnen potentiellen Straftäter zu erwischen? Sollte der staatliche Eingriff hier grenzenlos sein? Ich denke nicht.

Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Denken wir in diesem Beispiel nur an die Folgen für das Recht auf Demonstrationsfreiheit. Ich habe keinen Zugriff darauf, wer alles diese Informationen erhält, wie lange das Material gespeichert und in welchem Zusammenhang wieder genutzt wird. Das Filmen einer Demonstration mit Überwachungsdrohnen ist nicht legitimierbar. Da werden Daten von Menschen bei einer einmaligen Aktion aufgenommen und ein Leben lang gespeichert. Das ist nicht angemessen.

Hier brauchen wir gesetzliche Regularien, wie sie jetzt schon für Videoüberwachung und Telefonüberwachung im privaten und öffentlichen Raum gelten. Nur so kann sich ein demokratischer Staat seine Legitimation erhalten.

Die Absturzquote ist bei Drohnen recht hoch. Geht davon nicht auch eine Gefahr aus?

Buff: Das Absturzrisiko ist bei den bisher eingesetzten Größeneinheiten tatsächlich recht hoch, daher werden die Drohnen unserer Polizeibehörden etwa auch meist nur aus dem Nahbereich gesteuert. Hier soll wohl jederzeit eine unmittelbare Eingriffsmöglichkeit durch Menschen bestehen. Aber das sind technische Fragen, die möglicherweise demnächst immer besser beherrschbar werden.

Was wäre Ihrer Meinung nach ein gute Lösung der Drohnen-Frage?

Buff: Wichtig ist es zwischen den strategischen Interessen der Überwachung einerseits und den technischen andererseits zu unterscheiden. Wie viel Überwachung ist legitim? Sie darf nicht als Herrschaftsinstrument eingesetzt werden. Ist sie dennoch verantwortbar? Wenn ja, dann steht den Drohnen vielleicht eine ähnlich unglaubliche Entwicklung wie dem Handy bevor. Als Jugendlicher hätte ich mir auch nicht träumen lassen, dass wir mal mit so einem kleinen Gerät sprechend durch die Fußgängerzone laufen. 

Bremer Friedensforum ruft zur Demo am Antikriegstag auf

Bremen (epd). Mit einer Kundgebung und einer Fahrraddemonstration wollen das Bremer Friedensforum und der Deutsche Gewerkschaftsbund Bremen an den Antikriegstag am 1. September erinnern. In ihrem Aufruf vom Montag fordern sie den Vorrang ziviler Konfliktlösungen vor militärischen Interventionen. Sprecher der Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz ab 11 Uhr sei der Friedensbeauftragte der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Martin Warnecke. Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall der

deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg mit 60 Millionen Toten.

An die Kundgebung in Bremen schließt sich eine Fahrraddemonstration unter dem Motto: »Bremen endlich abrüsten! Keine Drohnen aus Bremen!« an, hieß es. Sie führe zu Orten der Rüstungsindustrie in der Hansestadt.

(epd Landesdienst Niedersachsen-Bremen,
27.8.2012)

Krieg stinkt zum Himmel

Von Martin Warnecke

Auszug aus einer Rede von Pastor Martin Warnecke am Antikriegstag, 1.9.2012 in Bremen

[...] Unser Land ist der weltweit drittgrößte Hersteller und Exporteur von Waffen. Auch hier in Bremen wird der Krieg vorbereitet und das Töten von Menschen immer mehr perfektioniert. Mit der Produktion und dem Handel von Waffen wird sehr viel Geld verdient. Ungezählte Menschen haben durch in Bremen hergestellte Produkte ihr Leben verloren oder wurden beschädigt an Leib und Seele. Auch das stinkt zum Himmel.

Damit wir uns besser an diesen ganzen »Gestank« gewöhnen, werden uns »Duftnoten« gesetzt von den dafür Verantwortlichen und den Medien. Sie sollen den »Gestank« übertünchen und stattdessen einen lieblichen »Geruch« erzeugen. [...]

Heute, am Antikriegstag, machen wir uns und anderen dies alles bewusst. Wir unterbrechen die

Normalität der Gewöhnung. Wir schärfen unsere eigene Wahrnehmung für vieles, was zum Krieg gehört.

Und wir helfen anderen, auch deren Wahrnehmung zu schärfen, zum Beispiel durch eine Fahrradtour zu einigen der Bremer Rüstungsbetriebe. Unterwegs wird es auch Informationen geben. Das Friedensforum hat alles organisiert. Habt Dank dafür. Es geht darum, die Gewöhnung an die militärische Gewalt, die auch immer mehr in unseren Alltag drängt, zu unterbrechen, und bewusst zu machen, was da stinkt. Dazu tragen auch Euer aktuelles Buch über die Rüstungsproduktion in Bremen und die regelmäßigen Mahnwachen vor Rüstungsbetrieben bei. Je stärker wir die Gewöhnung an den Krieg unterbrechen, desto mehr Energie wird für den Frieden frei. Dann wird der »Gestank« nicht mehr ertragen, sondern aktiv verändert. [...]



Pastoren verurteilen geplanten Einsatz von Kampfdrohnen

Bremen (epd). Bremer Pastorinnen und Pastoren haben den geplanten Einsatz unbemannter Kampfdrohnen durch die Bundeswehr scharf verurteilt. Diese ferngelenkten und mit scharfer Munition bestückten Flugkörper seien völkerrechtlich nicht zulässig, kritisierten mehr als 30 Theologen in einer gemeinsamen Erklärung.

Die Bundesregierung und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) wollen Kampfdrohnen bei Auslandseinsätzen etwa in Afghanistan

einsetzen. Die Drohnen könnten aber nicht eindeutig zwischen Kämpfern und Zivilpersonen unterscheiden, wandten die Pastoren ein. Ihr Einsatz führe zu mehr zivilen Todesopfern und Verwundeten und unterstütze »eine fortschreitend entmoralisierte, völlig emotionslose Einstellung der Bediener dieser Waffe«.

[...]

(epd Landesdienst Niedersachsen-Bremen, 12.3.2013)

Bremer Ostermarsch warnt vor Kampfdrohnen

Von Bremer Friedensforum

Presseinformation vom 21.3.2013

Bremen. Das Bremer Friedensforum, die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) und die Initiative »Nordbremer Bürger gegen Krieg« laden am Ostersonntag, 30. März, zum diesjährigen Ostermarsch ein. Unter dem Motto: »Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!« und »Krieg gegen Afghanistan beenden!« ist der erste Treffpunkt um 11 Uhr am Ziegenmarkt im Steintor (Vor dem Steintor/Friesenstraße). [...]

Die geplante Erweiterung des deutschen Waffenarsenals um Kampfdrohnen stößt auf Ablehnung

der Ostermarschierer: »Die US-Einsätze mit Kampfdrohnen haben gezeigt, dass diese in Afghanistan, Pakistan, Somalia und im Jemen als heimtückische Waffen für Hinrichtungen eingesetzt werden und darüber hinaus ständig Zivilisten treffen...« Der Protest gegen den Afghanistankrieg bleibt im Fokus der Aktionen der Friedensbewegung. Der Bremer Ostermarsch fordert unter anderem einen Verzicht auf Kampfdrohnen, den umgehenden Rückzug der Truppen aus Afghanistan, den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und den Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei. [...]



Menschliches Leben gerät aus dem Blickfeld

Von Bremer Emeriti

Der hier dokumentierte Text folgt einer Presseerklärung, die Pastor i.R. Hartmut Drewes veröffentlicht hat. Er hat dem Bearbeiter den Originaltext vom 28.3.2013 zur Verfügung gestellt.

Die von Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière beabsichtigte Einführung von Drohnen als Offensivwaffentechnik bei der Bundeswehr wird von Bremer Pastoren des Emeritikreises schärfstens verurteilt. Diese ferngelenkten mit scharfer Munition bestückten Flugkörper sind völkerrechtlich nicht zulässig, weil sie nicht zwischen Widerstandskämpfern und Zivilpersonen jederzeit und an jedem Ort eindeutig unterscheiden können. Daher führt der Einsatz dieser Waffentechnik wie mehrfach dokumentiert wurde zu mehr Ziviltoten und Verwundeten.

Zuletzt wurden im Osten Afghanistans Holzsammelnde Frauen und Kinder durch eine amerikanische Drohne getötet.

Abgesehen von diesem waffentechnisch systemimmanenten Unterscheidungsmangel unterstützt der Einsatz dieser Waffe eine fortschreitend entmoralisierte, völlig emotionslose Einstellung der Bediener dieser Waffe in diesem Krieg. Eine Cybermentalität wird gesellschaftsfähig gemacht. Das menschliche Leben in den so bekriegten Staaten gerät völlig aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit der Kriegstreiberstaaten. Dies ist beabsichtigt, um die geopolitischen Ziele medial möglichst unauffällig und zu dem noch kostengünstig zu erreichen.

Denn wir wissen, dass die am Krieg in Afghanistan beteiligten Staaten eine Automatisie-

rung/Roboterisierung dieses neokolonialistischen Konfliktes deswegen bevorzugen, weil ihre hochverschuldeten, volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine Verlängerung bzw. unabsehbare Fortsetzung des Krieges sozialpolitisch nicht mehr zu lassen. Wir fordern daher die Parteien im Bundestag dazu auf, Herrn de Maizière die Gefolgschaft beim Erwerb der Tötungsmaschinen zu verweigern.«

Die Erklärung wurde am 20. Februar 2013 während des Emeriti-Treffens vorgelesen und unterzeichnet von folgenden Kollegen im Ruhestand und später von Kollegen im aktiven Dienst:

Im Ruhestand: Heinz-Dieter Beushausen, Friedrich Bode, Evert Brink, Claus Bulling, Kurt Dohm, Elmar Dornhöfer, Hartmut Drewes, Henning Drupe, Dr. Friedrich Duensing, Hartmut Graeber, Martin Hausmann, Gerhard Hechtenberg Johann Herlyn, Ingbert Lindemann, Hermann Memming, Christoph Präckel, Harm Ridder, Günther Ruholl, Rolf Sängler-Dietstelmeier, Ernst Sauter, Helmut Suhlrie, Dr. Ernst Uhl, Hans-Jürgen Wiesenbach, Louis-Ferdinand von Zobeltitz.

Im aktiven Dienst: Uwe Andratschke, Ulrike Aufarth-Kurschat, Michael Behrmann, Rolf Blanke, Friedhelm Blüthner, Peter Brockmann, Thomas Drews, Jens Florian, Ulrike Florian, Babett Flügger, Henner Flügger, Christian Frank, Jürgen Hamelmann, Ulrike Hardow, Susanne Kayser, Volker Keller, Stephan Klimm, Uta Küpper-Lösken, Rüdiger Kunstmann, Sabine Kurth, Jan Lammert, Ulrike Oetken, Manfred Pfützenreuter, Friedrich Scherrer, Angela Schnepel, Joachim Schumacher, Hartmut Strudthoff, Renate Thiel, Ingo Thun, Heike Wegener, Joachim Wilimzik. 

Bremer Pastorinnen und Pastoren gegen Drohnen

Erklärung vom 4.6.2013 mit den Namen von 71 Unterzeichnern

Die von Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière beabsichtigte Einführung von Drohnen als Offensivwaffentechnik bei der Bundeswehr wird von Bremer Pastorinnen und Pastoren schärfstens verurteilt. Diese ferngelenkten mit scharfer Munition bestückten Flugkörper sind völkerrechtlich nicht zulässig, weil sie nicht zwischen Widerstandskämpfern und Zivilpersonen jederzeit und an jedem Ort eindeutig unterscheiden können. Daher führt der Einsatz dieser Waffentechnik, wie mehrfach dokumentiert wurde, zu mehr Ziviltoten und Verwundeten. Zuletzt wurden im Osten Afghanistans Holz sammelnde Frauen und Kinder durch eine amerikanische Drohne getötet.

Abgesehen von diesem waffentechnisch systemimmanenten Unterscheidungsmangel unterstützt der Einsatz dieser Waffe eine fortschreitend entmoralisierte, völlig emotionslose Einstellung der Bediener dieser Waffe in diesem Krieg. Eine Cybermentalität wird gesellschaftsfähig gemacht. Das menschliche Leben in den so bekriegten Staaten gerät völlig aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit der Kriegstreiberstaaten. Dies ist beabsichtigt, um die geopolitischen Ziele medial möglichst unauffällig und zu dem noch kostengünstig zu erreichen.

Denn wir wissen, dass die am Krieg in Afghanistan beteiligten Staaten eine Automatisierung/Roboterisierung dieses neokolonialistischen Konfliktes deswegen bevorzugen, weil ihre hoch-

verschuldeten volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine Verlängerung bzw. unabsehbare Fortsetzung des Krieges sozialpolitisch nicht mehr zulassen. Wir fordern daher die Parteien im Bundestag dazu auf, Herrn de Maizière die Gefolgschaft beim Erwerb der Tötungsmaschinen zu verweigern.

Unterzeichnet von:

Uwe Andratschke, Ulrike Auffarth-Kurschat, Ulrike Bänsch, Michael Behrmann, Heinz-Dieter Beushausen, Rolf Blanke, Friedhelm Blüthner, Friedrich Bode, Evert Brink, Peter Brockmann, Claus Bulling, Kurt Dohm, Elmar Dornhöfer, Hartmut Drewes, Thomas Drews, Olaf Droste, Henning Drude, Dr. Friedrich Duensing, Jens Florian, Ulrike Florian, Babett Flügger, Henner Flügger, Christian Frank, Tilman Gansz-Ehrhorn, Hartmut Graeber, Reinhard Groscurth, Jürgen Hamelmann, Ulrike Hardow, Martin Hausmann, Gerhard Hechtenberg, Johann Herlyn, Clemens Hütte, Friederike Jordt, Jennifer Kauther, Susanne Kayser, Volker Keller, Stephan Klimm, Uta Küpper-Lösken, Rüdiger Kunstmann, Sabine Kurth, Inge Kuschnerus, Dr. Bernd Kuschnerus, Jan Lammert, Ingbert Lindemann, Ursula Lindemann, Jürgen Mann, Hermann Memming, Ragna Miller, Ulrike Oetken, Manfred Pfützenreuter, Christoph Präckel, Harm Ridder, Günther Ruholl, Rolf Sännger-Dietstelmeier, Hans-Günter Sanders, Ernst Sauter, Friedrich Scherrer, Angela Schnepel, Peter Schramm, Joachim Schumacher, Nicole Steinbacher, Hartmut Strudthoff, Helmut Suhlrie, Renate Thiele, Ingo Thun, Dr. Ernst Uhl, Heike Wegener, Fritz Weißflog, Hans-Jürgen Wiesenbach, Joachim Wilimzig, Louis-Ferdinand von Zobeltitz. 



Zum Abschluss eines Friedenstagens in Assisi wird eine weiße Taube zum Flug emporgehoben. Bei dem Treffen am 27.10.2011 kamen Geistliche unterschiedlicher Religionen zusammen (Foto: Christian Gennari)

Pastoren gegen Kampfdrohnen

Fernsehbeitrag von Radio Bremen im Magazin »Buten un binnen« vom 4.6.2013, Autorin: Hanna Möllers; Transkription von Gerhard Arnold nach dem Sendungsmitschnitt in der Mediathek von Radio Bremen (<http://u.epd.de/292>)

Studiomoderatorin Jessica Bloem:

Bremens Pastorinnen und Pastoren wollen ein Zeichen gegen Kampfdrohnen setzen. Mehr als 70 von ihnen protestieren jetzt in einer Erklärung gegen die Waffen. Sie fordern vom Bundestag, dem Kauf dieser Drohnen für die Bundeswehr nicht zuzustimmen.

[Es folgt Filmbericht]

Autorin: Post aus Bremen für den Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Ein Brief von 71 Bremer Pastorinnen und Pastoren, der den Minister auffordert, auf Kampfdrohnen zu verzichten.

Statement von Pastor i.R. Friedrich Bode:

Ich möchte gerne, dass de Maizière anfängt nachzudenken, nur einfach nachdenken, und er muss wissen, er muss wissen, dass die Pastoren keine Pappkameraden sind.

Autorin:

Vor wenigen Tagen wurde öffentlich bekannt, dass die Amerikaner ihre tödlichen Kampfdrohneinsätze auch von Deutschland aus steuern. Das sei eine Hinrichtung auf Knopfdruck ohne richterliche Anhörung, kritisieren die Bremer Pastoren.

Fortsetzung Statement Pastor i.R. Friedrich Bode:

Das heißt: Eine ganz kaltschnäuzige kaltherzige im Grunde genommen den Menschen - Sie und mich - auslöschen. Sie sind für die nichts weiter als Tapete oder was auch immer, kein Mensch.

Autorin:

Drohnen werden auch in Bremen hergestellt, bisher allerdings nur zu Aufklärungszwecken. De Maizière will dagegen Drohnen kaufen, die mit scharfer Munition bestückt sind. Das dürfe nicht sein, fordern die Bremer Pastoren. Nun wollen sie Kollegen aus ganz Deutschland gewinnen und gemeinsam den Einsatz von Kampfdrohnen als unchristlich verurteilen.

Studiogespräch von TV-Redakteur Andree Pfitzner mit Pastor Hartmut Drewes:

Einer der 71 Pastoren ist jetzt zu Nachfragen bei uns im Studio, Hartmut Drewes, schönen guten Abend.

Hartmut Drewes: Guten Abend.

Andree Pfitzner:

Herr Drewes, in der Ausbildung lernen die Pastoren, dass sie sich politisch zurückhalten sollen. So steht es im Pastorengesetz. Warum halten Sie sich nicht daran?

Hartmut Drewes:

A ja, das ist natürlich eine Frage: Wie weit Zurückhaltung, wie weit nicht? Auf jeden Fall ist ein Pastor, so wird er verpflichtet auf sein Amt, in seinem Gewissen vor Gott verantwortlich, nicht vor Gemeinde, nicht vor Kirche, nicht vor Kirchenleitung, sondern vor Gott und er muss selbst entscheiden, was für ihn das Wichtige ist, die Rücksichtnahme, die politische Zurückhaltung oder doch eben in bestimmten Bereichen auch politisch klare Worte zu sprechen.

Andree Pfitzner:

Nun gibt es in Deutschland ungefähr 21000 evangelische Pastorinnen und Pastoren. 71 haben diesen Brief jetzt unterschrieben und ihn heute versandt. Meinen Sie, dass Sie vom Verteidigungsminister ernst genommen werden?

Hartmut Drewes:

Das weiß ich nicht, obwohl wir immer die Erfahrung gemacht haben, auch in dieser säkularisierten Welt, dass diesen Worten von Pastoren ein ungeheurer Wert beigelegt wird. Pastoren sind so etwas wie eine ethische Instanz und es wird sicherlich auch einen Politiker, der aus einer christlichen Partei, die sich jedenfalls christlich nennt, kommt, nicht ganz unberührt lassen, denken wir. Wie weit es ihn beeinflussen wird, das weiß ich nicht.

Andree Pfitzner: Schauen wir mal: Wie ist denn Ihre Vision, was wünschen Sie sich von Deutschland in Sachen Kampfdrohnen?

Hartmut Drewes:

Ja, wir wünschen uns, dass sie überhaupt nicht angeschafft werden. Die kosten ja auch mächtig viel Geld. Die Entwicklung der EuroHawk-Drohne hat ja nun schon eine halbe Milliarde gekostet. Aber ganz davon abgesehen, was mein Kollege

Friedrich Bode schon gesagt hat: Es werden Menschen liquidiert. Das widerspricht dem Völkerrecht. Es widerspricht sowieso der Moral, der allgemeinen menschlichen Moral. Jeder Mensch hat das Recht, wenn er irgendetwas getan hat, dass er vor ein Gericht, vor ein ordentliches Verfahren gestellt wird, nicht aber einfach getötet, vernichtet wird.

Andree Pfitzner:

Also, Deutschland sollte ein Vorbild sein für die Welt, auch für die Amerikaner?

Hartmut Drewes:

Ja, Deutschland hätte ein großes Vorbild schon

werden können bei der Zusammenlegung der beiden deutschen Staaten, bei der Übernahme der DDR. Es ist ein großer Staat geworden mit einer großen Wirtschaft, hochindustrialisiert und hätte sagen können: Wir haben gelernt aus unserer Vergangenheit, zwei Weltkriege sind von uns ausgegangen, wir wollen der Diplomatie den Schwerpunkt geben und nicht dem Kriegführen.

Andree Pfitzner:

Wir wollen mal sehen, wie der Verteidigungsminister reagiert auf Ihren Brief. Vielen Dank für Ihren Besuch im Studio.

[Ende des Beitrags]



Evangelische Pastoren gegen den Ankauf von Kampfdrohnen – Auch EKD-Friedensbeauftragter Brahms sieht Einsatz kritisch

Bremen, Berlin (epd). 71 evangelische Pastoren aus Bremen haben sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen den Ankauf bewaffneter Kampfdrohnen durch die Bundeswehr ausgesprochen. Die Waffe sei völkerrechtlich nicht zulässig, weil sie nicht jederzeit und an jedem Ort eindeutig zwischen Widerstandskämpfern und Zivilpersonen unterscheiden könne, heißt es in dem Papier, das die Initiatoren am Dienstag vorstellten. Der Einsatz unterstütze eine entmoralisierte und emotionslose Kriegführung. Menschliches Leben gerate »völlig aus dem Blickfeld«. Die Erklärung wird nun an Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) weitergeleitet.

Der Bundestag solle sich dem Erwerb der Tötungsmaschinen verweigern, forderten die Theologen. Die Initiatoren um die Ruhestandspastoren Friedrich Bode und Hartmut Drewes wollen in allen evangelischen Landeskirchen Deutschlands Unterschriften für ihre Erklärung sammeln. Die Kampfdrohnen seien eine weitere Eskalation in der Rüstungs- und Kriegspolitik, warnte Drewes.

Sein Kollege Friedrich Scherrer, noch aktiv im Pfarrdienst, ergänzte, die Waffen offenbarten eine »faschistische Denkstruktur«. Die Ziele seien »keine Menschen mehr, die müssen weg«. Der völkerrechtswidrige Einsatz sei eine Frage, in der

die Kirche »Farbe bekennen muss, um glaubwürdig zu bleiben«.

Obwohl er die Erklärung nicht unterschrieben hat, sieht auch der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, den Einsatz von Kampfdrohnen kritisch. Aktionen der Amerikaner in Pakistan, Somalia und Jemen hätten erhebliche zivile Opfer gefordert, sagte der leitende Bremer Theologe dem epd. »Terroristen sind nicht immer von Zivilisten zu unterscheiden.« Überdies sei die Anschaffung teuer. »Das Geld fehlt bei den Investitionen in eine gewaltfreie und zivile Konfliktbearbeitung, die dringend auszubauen ist.«

[...]

In Berlin hatten am Dienstag führende Friedens- und Konfliktforscher die Bundesregierung aufgefordert, auf den Einsatz bewaffneter Drohnen zu verzichten. Bewaffnete Drohnen seien Sinnbild für den schlanken Krieg per Fernsteuerung, erklärten die Wissenschaftler bei der Vorstellung des Friedensgutachtens 2013 am Dienstag in Berlin. Auch nach Ansicht der Forscher sinkt die Hemmschwelle zum Einsatz von Gewalt, wenn militärische Mittel zur Verfügung stehen, ohne das Leben der eigenen Soldaten zu gefährden.

(epd Niedersachsen Bremen, 4.6.2013) 

Dem Wettrüsten nicht Vorschub leisten

Statt Kampfdrohnen zu kaufen, sollte Deutschland ihre Verbreitung bremsen

Von Bernd Ludermann

Aus: welt-sichten 3/2013

Die Bundesregierung möchte die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen ausstatten, um Soldaten in Einsätzen wie in Afghanistan aus der Luft besser unterstützen zu können. Der katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck findet das ethisch bedenklich und warnt vor den Folgen. Seine Einwände sind berechtigt – teilweise zumindest.

Bewaffnete Drohnen, so fürchtet Overbeck, senken die Hemmschwelle für den Einsatz von militärischer Gewalt. Denn unbemannte, ferngesteuerte Flugkörper kann man Ziele bombardieren lassen, ohne eigene Soldaten oder Piloten zu gefährden. Doch auch Kampfpiloten visieren ihre Ziele längst mittels Monitor an und gehen über Afghanistan praktisch kein Risiko ein, abgeschossen zu werden. Ihre Bomben treffen noch öfter die »Falschen« als Kampfdrohnen. Um in einem Kriegsgebiet eigene Truppen zu schützen, sind also Drohnen nicht ethisch fragwürdiger als Bomber. Die Frage ist vielmehr, ob Militärinterventionen und speziell Luftschläge dem politischen Ziel einer Befriedung dienen.

Dennoch verändern Kampfdrohnen das Kriegsgeschehen. Das zeigt ein Blick darauf, wie sie vorwiegend eingesetzt werden: Der US-Geheimdienst bringt damit im Namen des »Kriegs gegen den Terror« Menschen um, die als Gefahr für die USA gelten. Allein in Pakistan wurden so seit 2004 über 2500 Menschen getötet, darunter nur wenige obere Führer von Terrorgruppen, aber mindestens 474 Zivilisten. Mit Pakistan, dem Jemen oder

Somalia sind die USA aber nicht im Krieg und setzen keine Truppen dort ein. Drohnen ermöglichen ihnen da eine Art Verbrechensbekämpfung – vorbei an der einheimischen wie der US-amerikanischen Justiz sowie am Völkerrecht: Terrorverdächtige haben keine Chance auf ein Gerichtsverfahren, und den Schutz des Kriegsrechts setzen die USA für sie außer Kraft.

Es lockt die Möglichkeit, vermeintliche Gegner in schwächeren Staaten zu töten

Mit Recht warnt also Bischof Overbeck, dass Drohnen als Hinrichtungsinstrumente dienen und die Grenzen der Kriegsgebiete auflösen können. Auch wenn die Bundesregierung sie so nicht einsetzen will: Ein Wettrüsten mit Kampfdrohnen ist absehbar. Sie sind relativ billig und es lockt die Möglichkeit, nach dem Vorbild der USA vermeintliche Gegner in schwächeren Staaten zu töten, ohne Soldaten zu schicken. Man kann sich etwa Drohnenangriffe Indiens im pakistanischen Kaschmir, Äthiopiens in Somalia oder Algeriens im Sahel vorstellen.

Ob Kampfdrohnen Militärinterventionen nun verändern oder nicht: Deutschland sollte der Verbreitung dieser Waffen keinen Vorschub leisten. Klüger scheint es, die Bundesregierung startete eine internationale Initiative, ihre Verbreitung zu bremsen, ihren Einsatz zu beschränken und dem Völkerrecht wieder Geltung zu verschaffen.

Die Monats-Zeitschrift welt-sichten wird herausgegeben vom Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V.



Viel Lärm um deutsche Kampfdrohnen

Von Gerhard Arnold

Aus: ASP-Kurier Unterfranken, April 2013.

Computerspiele erfreuen sich nicht nur bei jungen Menschen großer Beliebtheit. Bei manchen geht es darum, möglichst viele Gegner zu töten. Schnelle Rechner produzieren realitätsnah blutige Bilder. Andere Programme bieten die Bekämpfung von Flugzeugen, Panzern und Schiffen an. Man sitzt bequem zu Hause vor dem Bildschirm und befindet sich emotional doch im Krieg, eine gespenstische Situation.

Ähnelt sie aber, wie manche Kritiker meinen, demnächst der Situation deutscher Soldaten, die bewaffnete Drohnen über lange Zeit hinweg und in großer Zahl auf feindliche Ziele steuern? Kaum. Worum geht es?

Waffeneinsatz auf Distanz

Ein demokratischer Rechtsstaat, der seine Soldaten als Staatsbürger in Uniform betrachtet, ist politisch und moralisch verpflichtet, diese Bürger im bewaffneten Konflikt optimal zu schützen. Das fängt bei den Kugelwesten an und hört bei der bedrohungsgerechten eigenen Bewaffnung auf. »Waffeneinsatz auf Distanz« ist deshalb die angemessene Leitlinie. Schon vor Jahrzehnten wurden die ersten Lenkflugkörper zur Panzerbekämpfung aus der Distanz entwickelt und der Truppe zugeführt. Moderne Kampfflugzeuge sind längst fliegende Waffenplattformen geworden. Ihr extrem hoher Preis, 200 Mio. Dollar und mehr für modernste US-Flugzeuge, markieren einen Endpunkt der Entwicklung. Kein Land der Welt kann sich solche Systeme in größerer Zahl noch leisten. Zudem: Welche Armee wird in einem Krieg solche Flugzeuge noch ernststen Gefahren aussetzen wollen? Kampfdrohnen bilden die nächste Generation der fliegenden Systeme. Soviel steht jetzt schon fest. Sie setzen aber eine längst begonnene Waffenentwicklung nur fort. Die USA und Israel benutzen diese Flugkörper seit vielen Jahren, zunächst für Aufklärungs- und Überwachungszwecke, inzwischen auch als Waffenplattform. Die Rüstungsindustrie sieht ein riesiges Anschaffungs-Potential bei allen modernen Armeen dieser Welt.

Man kann deshalb verstehen, dass Verteidigungsminister de Maizière bereits Ende Juli letzten Jahres die Anschaffung von bewaffneten

Drohnen für die Bundeswehr ins Gespräch brachte: Drohnen seien Flugzeuge ohne Piloten. Wenn Flugzeuge Waffen tragen dürfen, warum dann nicht auch Drohnen? fragte er. Luftwaffen-Chef GenLt Müllner unterstützt dieses Vorhaben sehr.

Sachliche Gründe

Neben der Kostenfrage, m.E. der wichtigste Gesichtspunkt für den Ankauf von Kampfdrohnen, gibt es weitere Gründe. Das BMVg weist dabei auf deutliche Vorteile gegenüber bemannten Systemen hin: Es handelt sich um den Schutz der eigenen Piloten; die wesentlich längere Einsatzdauer in der Luft bis zu 24 Stunden und damit verbunden die schnellere Verfügbarkeit z.B. für Luftunterstützung eigener Truppen im Einsatz. Weiter wird die kleinere Entdeckbarkeit durch den Gegner genannt; zuletzt die genauere Zielmöglichkeit, da die Drohnen relativ langsam fliegen.

Die politische Diskussion

Sofort nach den Überlegungen des Ministers begann eine hitzige politische Diskussion. Unions- und SPD-Politiker (z.B. Rainer Arnold) äußerten sich zustimmend, die FDP (z.B. Elke Hoff) und die Grünen (Nouripour) abwartend. Von den Linken kam erwartungsgemäß volles Rohr dagegen. Der Krieg werde durch solche Drohnen »enthemmt und entgrenzt«. Man muss die Gegenargumente ernsthaft wägen, denn die US-Operationsführung mit hohen Opferzahlen unter Nichtbeteiligten hat den Ruf der Kampfdrohnen nachhaltig beschädigt. Es kann nicht verwundern, dass sich auch die Militärbischöfe der beiden großen Kirchen und kirchliche Friedensethiker in den Streit eingeschaltet haben.

1. Die rechtlich und politisch problematische US-Praxis des »gezielten Tötens« von Führern terroristischer, al Qaida-naher Gruppen und von Taliban-Gruppierungen auf fremdem Territorium und ohne Erlaubnis der betroffenen Regierungen.

Der Verteidigungsminister hat seitdem wiederholt darauf hingewiesen, dass die deutsche Praxis analog dem bisherigen Luftwaffeneinsatz erfolgen werde, nach deutschem Verfassungsrecht und mit Ermächtigung der UNO. Das versteht sich eigentlich von selbst. Rein rechtlich macht es keinen

Unterschied, ob ein Tornado-Pilot einen Taurus-Flugkörper auslöst und ins Ziel lenkt oder ob ein Waffenoffizier aus einem Gefechtsstand am Boden eine Kampfdrohne steuert und von ihr aus Flugkörper startet. Diese Feststellungen entkräften Befürchtungen katholischer Friedensethiker, die deutsche Praxis könne sich an den »gezielten Tötungen« der USA orientieren. Schon bisher hat sich das deutsche KSK in Afghanistan von 2001 bis 2008 daran nicht beteiligt.

2. Unbemannte Drohnen verleiten dazu, sie früher einzusetzen und wirkten deshalb in Konflikten eskalierend. Die Syrien-Erfahrung seit März 2011 spricht eher dagegen. Es ist umgekehrt: Die Gefährdung eigener Kampflugzeuge bei einem evtl. Einsatz gegen die syrische Luftverteidigung war auch ein Grund, weshalb die EU-Staaten von Anfang an diese Option abgelehnt haben. Hohe Eigengefährdung und hohe Kosten solcher Operationen erzeugen gegenwärtig eine Selbstabschreckung für westliche Staaten, aber keine glaubwürdige Abschreckung für Problemländer wie Syrien, den Iran etc. und wirken deshalb konfliktverlängernd. Angesichts konfliktscheuer und ängstlicher demokratischer Gesellschaften würde ein breites Spektrum herkömmlicher Distanzwaffen (z.B. Marschflugkörper) mit neuen Kampfdrohnen erst wieder politische und militärische Handlungsfähigkeit in sich entwickelnden Krisen schaffen.

3. Die Flugzeugführer von Drohnen, in der sicheren Heimat arbeitend und ohne Kenntnis für die Menschen und deren Konfliktlage im Einsatzgebiet, entscheiden als unbeteiligte Akteure gleichgültig über das Leben fremder Menschen.

Minister de Maizière nimmt diesen Einwand sehr ernst und wünscht, dass deutsche Piloten von Kampfdrohnen nahe dem Einsatzgebiet arbeiten und mit ihm vertraut sind.

Mehrjährige Erfahrung mit US-Piloten von Drohnen sind in anderer Hinsicht Besorgnis erregend. Die langwährende genaue Vertrautheit mit Zielpersonen, also Bandenführern, durch die ständige Luftaufklärung, die Nähe also, schafft bei ihnen vielfach ernste seelische Probleme, wenn die Gegner getötet wurden. Auch die Ferne zum Einsatzgebiet kann also enormen Stress erzeugen.

4. Kampfdrohnen sind der Einstieg zum automatisierten Töten, der Einstieg zu Killerautomaten.

Selbständige, fliegende Tötungsmaschinen, technisch extrem komplex, deren Existenz bisher

reines technisches Wunschdenken ist, würden tatsächlich sehr schwierige ethische und völkerrechtliche Probleme schaffen, die aus jetziger Sicht nicht lösbar sind. Doch früher schon blieben hochkomplexe Waffensysteme der USA Entwicklungsrüinen, so der »Krieg der Sterne« von US-Präsident Ronald Reagan in den 70er Jahren, die Interkontinental-Rakete MX und die politisch hoch umstrittene Pershing II in Westeuropa; die von der Bundeswehr bisher favorisierte riesige Aufklärungsdrohne **Euro-Hawk** wird wohl aus Kostengründen nicht weiterentwickelt.

Vollautonome Killer-Drohnen gehören bis auf weiteres in das Arsenal von Science Fiction-Autoren. Dennoch wäre es sinnvoll, wenn die UNO jetzt bereits eine völkerrechtliche Diskussion darüber beginnen würde. Ziel könnte ein Entwicklungs-, Herstellungs- und Einsatzverbot für vollautonome Kampfdrohnen am Boden, in der Luft und zur See sein.

Grund zur Sorge gibt eine jetzt schon erkennbare andere Entwicklung: Auch Problemstaaten wie China, Nordkorea und der Iran streben nach eigenen unbemannten Flugkörpern. Mit ihrer aggressiven Außenpolitik im Verbund mit militärischen Drohgebärden werden sie vermutlich Kampfdrohnen gerne benutzen, um ihre Handlungsmöglichkeiten auszuweiten. Die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewalt wird gerade bei diesen Staaten absehbar gesenkt, was für die Zukunft Ostasiens nichts Gutes erwarten lässt.

Der Zeitrahmen

Ursprüngliche Überlegungen auch im BMVg, die Bundeswehr könnte ab 2020 die ersten Kampfdrohnen erhalten, sind fraglich geworden. Der angedachte Erwerb z.B. der einsatzbewährten US-Drohne Predator (reiner Stückpreis ca. 4,5 Mio Dollar) scheitert an der politischen Exportverweigerung der US-Regierung, die auch NATO-Partnern keinen Einblick in geheime Technik und Software erlauben möchte. Die EADS-Tochter Cassidian entwickelt die Drohne Talarion zur Marktreife, taugt aber für die Bundeswehr nicht. Die Europäer müssten eine andere Drohne gemeinsam bauen, doch »smart defence« hin und her, die gewaltigen Finanzprobleme der EU-Staaten beuteln die Rüstungs-Etats auch künftig, so dass alle Prognosen auf Sand gebaut sind.

Minister de Maizière möchte noch vor der Sommerpause eine Anschaffungsentscheidung fällen,

weil die von Israel geleasteten Heron-Drohnen nur bis Oktober 2014 verfügbar sind. Doch diese Planung ist ungewiss. Somit kann sich ab Ende nächsten Jahres beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan eine problematische Fähigkeitslücke auf tun.

Gibt es weiteren Klärungsbedarf?

Der Bundestag hat am 25. Jan. dieses Jahres erstmals ausführlich über das Thema debattiert. Fachleute wurden zudem in einer Anhörung zu gezogen. Der Grünen-Verteidigungssprecher Omid Nouripour fordert eine ergebnisoffene Bürgerdiskussion über die Kampfdrohnen. Das ist gut und schön, wird aber wie alle Anregungen dieser Art seit Jahrzehnten am Desinteresse der Bundesbürger an sicherheitspolitischen Fragen scheitern. 98 Prozent von ihnen, so Umfragen, sind nach eigener Einschätzung über diesen Themenbereich wenig oder gar nicht informiert.

Was bewaffnete Drohnen angeht, warten Parteien, Medienvertreter, Wissenschaftler und Kirchen auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion. Darin kann die Regierung darlegen, wie sie künftige Einsatzszenarien und Einsatzkriterien für Kampfdrohnen einschätzt. Tatsächlich fehlt der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik seit 20 Jahren »eine Grammatik der Intervention« (FAZ), eine klare Darstellung, für welche Zwecke, nach welchen Kriterien, in welchem Umfang und in welchem Rahmen die deutsche Politik das scharfe Schwert militärischer Mittel einzusetzen bereit ist. Solange diese Grundfrage, an deren Klärung vornehmlich die Bundeswehr interessiert ist, nicht beantwortet wird, bleibt auch die Detailfrage nach dem Einsatz bewaffneter Drohnen im Vagen.

Stand 30.03.2013

Der ASP-Kurier ist das Publikationsforum des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU Unterfranken.

Der Autor ist Mitglied des ASP und gehört zum Redaktionskreis dieser Zeitschrift



Drohnen – die neuen Killermaschinen

Von Dietrich Becker-Hinrichs

Redebeitrag für den Ostermarsch in Stuttgart am 30.3. 2013. Der Autor ist Pfarrer der Ev. Landeskirche in Baden.

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, Schluß mit der Kriegspolitik, das sagen wir heute vereint beim Ostermarsch in Stuttgart. Schluß mit der Kriegspolitik in Afghanistan, in Syrien und in Mali!

Und: Stoppt die Rüstungsexporte, die den Tod frei Haus aus Deutschland in alle Welt liefern!

1. Waffen sind ethisch nicht neutral - Waffen bringen den Tod

Wir Christen feiern in diesen Tagen Ostern. Wir denken an den Tod und die Auferstehung Jesu. Jesus war ein Realist. Er wehrte sich gegen jede Form von Gewalt. Als ein übereifriger Jünger ihn bei seiner Gefangennahme mit seinem Kurzschild verteidigen wollte und einem römischen Soldaten das Ohr abschnitt, fiel Jesus ihm in den Arm und sagte: »Stecke dein Schwert weg, denn

wer zum Schwert greift, der soll durch das Schwert umkommen.«

Jesus hat damit den Einsatz von Waffen verboten, mit einer ganz klaren Aussage. Wer zu den Waffen greift, wird durch sie umkommen. Er hat nicht gesagt, was die Politiker und Rüstungslobbyisten unserer Tage so formulieren: »Waffen sind ethisch betrachtet zunächst mal neutral. Es kommt ganz darauf an, wozu man einsetzt.«

[...]

Waffenlieferungen sind keine Hilfe zur Selbsthilfe, sondern vermehren das Leiden auf dieser Welt. Darum sagen wir Nein zu Rüstungsexporten, nein zu Waffen made in Germany!

Waffen sind ethisch nicht neutral - Waffen bringen den Tod!

2. Drohnen - die neuen Killermaschinen

Drohnen will die Bundeswehr zukünftig bei ihren Auslandseinsätzen verwenden. Bundesverteidigungsminister De Maizière hält Drohnen für ethisch in Ordnung. Ethisch sei eine Waffe stets als neutral zu betrachten.

Schon wieder diese ethische Verharmlosung der Instrumente des Todes.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sprechen doch nicht hier im abstrakten Raum über den Einsatz von Drohnen. Wir haben doch die Erfahrungen der Einsätze der letzten Jahre vor Augen. Tausende von Menschen sind in den letzten Jahren den Drohnenangriffen der USA zum Opfer gefallen, in Pakistan, in Afghanistan, im Jemen. Und immer wieder treffen diese angeblich zielgenauen Hightechwaffen unbeteiligte Zivilisten.

Natürlich setzen Drohnen die Hemmschwelle herab, gegnerische Soldaten zu töten. Man kann dabei bequem in einem gut beheizten Gefechtsstand sitzen, Hunderte von Kilometern vom Kampfgebiet entfernt und drückt einfach auf den Knopf. Man sieht kein Blut mehr, man hört keine Explosion, man ist ein unbeteiligter abgestumpfter Killer geworden. Wollen wir, dass aus unseren Soldaten auf diesem Wege Mörder werden?

Einer der großen Theoretiker des Krieges, General von Clausewitz würde sich im Grab herumdre-

hen, wenn er mitbekäme, wie sich die Kriegsführung heute verändert hat.

Krieg war in der Vergangenheit immer auch eine Art Kampf unter Gleichen mit den gleichen Waffen. Und der Kampf wurde so lange geführt, bis einer der beiden die Waffen niederstreckte. Der Gegner musste in einem Krieg immer auch die Möglichkeit haben, zu kapitulieren. Genau diese Möglichkeit gibt es nicht mehr, wenn Drohnen eingesetzt werden. Auch völkerrechtlich ist die Kriegsführung mit Drohnen höchst umstritten ist, da es sich um Hinrichtungen auf Verdacht hin ohne Gerichtsurteile handelt.

Rechtswissenschaftler der Stanford University kommen in ihrer kürzlich veröffentlichten Studie »living under drones« zu dem Urteil, dass die präventive Tötung durch Drohnen die terroristische Bedrohung nicht verringert. Seit dem Einsatz der Drohnen sei sie sogar erhöht, weil dieser Einsatz Rache und Hass schüre. Die am Himmel kreisenden Drohnen würden die ganze Bevölkerung, die ganze Region terrorisieren. Mit dem Einsatz von Kampfdrohnen werden also immer wieder neue Terroristen gezüchtet.

Darum sagen wir heute ein ganz klares Nein zur Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr. Dabei wissen wir übrigens sogar den evangelischen Militärbischof Dutzmann auf unserer Seite.

[...]



Gegen den Verlust des Politischen

Offener Brief von Christen zur Bundestagswahl

Berlin, im Juli 2013

Wir wenden uns mit diesem Brief an alle, die von der Politik in unserem Land enttäuscht sind, wie von einer Lähmung befallen und fast kapitulieren vor der Frage, was sie wählen und ob sie überhaupt wählen sollen. Wir wollen aber nicht länger hinnehmen, dass eine Debatte über langfristige gesellschaftliche Ziele nicht nur nicht stattfindet, sondern auch offenbar nicht gewollt ist. Mit diesem Verlust des Politischen finden wir uns nicht ab. Wir weisen mit unserem Brief auf zwei für uns wesentliche Politikfelder hin. Wir wissen

uns der ökumenischen Friedens- und Gerechtigkeitsarbeit verpflichtet. [...]

1. Deutschland wird immer mehr zum Akteur einer militär-gestützten Interessen- und Machtpolitik. Die Logik entgrenzter Kriegsführung tritt an die Stelle der vom Grundgesetz gebotenen Friedensverpflichtung. Statt die Tradition militärischer Zurückhaltung, einst Kern deutscher Friedenspolitik, zu nutzen, bedient die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor allem nationale Egoismen mit Hilfe militärischer Mittel.

[...]

Deutschland ist mittlerweile der drittgrößte Waffen- und Rüstungsexporteur der Welt. Mit dieser expansiven Rüstungsexportpolitik betreibt die Bundesregierung Wirtschaftsförderung für die eigene Klientel. Unverblümt gibt die Kanzlerin die skandalösen Waffenexporte in Spannungsgebiete als Teil deutscher Friedenspolitik aus. Diese Vernebelung, die durch die völlig undurchsichtige Genehmigungspraxis des Bundessicherheitsrates gestützt wird, darf der Bundestag nicht länger hinnehmen. Deutsche Rüstungsexporte vergrößern das Gewaltpotential in regionalen Konflikten, erschweren die Chancen für friedliche Lösungen und erhöhen die Gefahr neuer Kriege. Friedenspolitik durch Waffenexporte betreiben zu wollen ist ein Armutszeugnis für die deutsche Politik. Mehr Waffen schaffen nicht mehr Sicherheit, nirgends.

Der Verteidigungsminister will bewaffnete Drohnen anschaffen. Er hält sie für »ethisch neutral«. Ihr Einsatz sei wie jeder andere, nur weniger gefährlich für »uns«. Wir halten es für einen

Skandal, dass er mit dieser Auffassung auch noch vom bisherigen Evangelischen Militärbischof Martin Dutzmann unterstützt wird. Die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr verdeutlicht das fatale Zwangsgefälle, das von neuen technologischen Entwicklungen für die weltweite Rüstungsdynamik ausgeht.

Wir warnen vor diesen Entwicklungen. Vor allem möchten wir erreichen, dass die Gefahren, die sich aus dieser schleichenden, kaum diskutierten Militarisierung der deutschen Politik ergeben, öffentlich bewusst gemacht werden. Nur so kann es gelingen, diesen gefährlichen Entwicklungen zu widerstehen.

[...]

Autoren: Almuth Berger (Berlin), Volkmar Deile (Berlin), Heino Falcke (Erfurt), Joachim Garstecki (Magdeburg), Heiko Lietz (Güstrow), Ruth und Hans Misselwitz (Berlin), Konrad Raiser (Berlin), Gerhard Rein (Berlin), Hans-Jochen Tschiche (Satuelle)



Bewaffnete Drohnen und humanitäres Völkerrecht

Von Rainer Lucht und Martin Quack

Dr. Rainer Lucht und Dr. Martin Quack haben dieses interne Positionspapier der Diakonie Katastrophenhilfe am 28. Mai 2013 vorgelegt. Es wurde auch dem Bundesministerium der Verteidigung zugeleitet und wird in dieser Dokumentation erstmals veröffentlicht wird.

Bewaffnete Drohnen gefährden das humanitäre Völkerrecht

Die geplante Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr ist ethisch, völkerrechtlich und friedenspolitisch aber auch sicherheitspolitisch bereits massiv kritisiert worden. Eine Reihe von Kritikpunkten wurde auch von kirchlicher Seite geäußert. Uns geht es aus der **Perspektive der humanitären Hilfe** vor allem und die Gefährdung des humanitären Völkerrechts:

Erstens, ist die **Identifizierung der Ziele** für Drohnenangriffe ungenau, eine klare Unterscheidung zwischen Kämpfenden und unbeteiligter Zivilbevölkerung ist sehr schwierig. Das belegen die vielen toten Zivilisten durch US-Drohnen vor

allem in Pakistan und das ist angesichts der Behauptung besonders genauer Angriffe extrem problematisch. Die vom Minister betonte Abgrenzung der potentiellen Einsätze deutscher Drohnen von gezielten Tötungen ist insbesondere in internationalen Einsätzen sehr schwierig.

Zweitens, die **politischen Kosten** für militärische Angriffe sinken bei bewaffneten Drohnen – damit droht auch die Hemmschwelle zu sinken; bei den fernsteuernden »Piloten« ist dies wahrscheinlich, bei den politisch Verantwortlichen ist das ziemlich sicher der Fall.

Drittens, die **Grenzen des Kampfgebietes** lösen sich auf, das führt zu völkerrechtlichen und zu ethischen Problemen. Die Dauerpräsenz der Drohnen beeinflusst und bedroht das Alltagsleben der gesamten Zivilbevölkerung, vom Schulbesuch der Kinder bis hin zu Beerdigungen, viel mehr als es bei Flugzeugen der Fall ist. Auch für humanitäre Helfer verändert und verschärft sich die Lage. Beides wird in der Studie **»Living under Drones«** der Stanford University und der New York

University aus dem letzten Jahr eindrücklich ausgeführt.

Viertens, die permanente Präsenz und Bedrohung durch die Drohnen verschärft die **Asymmetrie** der Kriegsführung. Der Gegner wird so zu einer **Gegenstrategie** veranlasst, nämlich sich zu seinem Schutz permanent mitten unter die Zivilbevölkerung zu begeben und zivile Einrichtungen wie Moscheen, Kliniken und humanitäre Einrichtungen für seine Deckung zu benutzen. Institutionen, die nach dem humanitären Völkerrecht besonderen Schutz genießen. Der Gegner reagiert im Sinne dieser verstärkten Asymmetrie möglicherweise auch durch noch mehr Selbstmordanschläge.

Das führt uns zur Schlussfolgerung, dass die Kriegsführung mit bewaffneten Drohnen einen weiteren **qualitativen Schritt in eine problematische Richtung** darstellt. Das humanitäre Völkerrecht, das auf der Unterscheidung zwischen Zivilbevölkerung und Kämpfenden in der Kriegsführung aufbaut, wird dadurch gefährdet, ja in der Konsequenz ausgehebelt. Auch die Grenzen zu Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ver-

schwimmen immer mehr. Der angestrebte verbesserte Schutz der eigenen Soldaten durch bewaffnete Drohnen wird durch die erhöhten Risiken und Bedrohungen der Zivilbevölkerung und ziviler Einrichtungen sowie humanitärer Helfer bezahlt. Diese Probleme lösen sich nicht durch die Versicherung des Ministers auf, dass Drohnen lediglich die Einsätze von Flugzeugen übernehmen sollen.

Empfehlung: Eindämmung anstatt Aufrüstung

Anstelle einer weiteren **Aufrüstung** und **Eskalation der Gewalt** durch bewaffnete Drohnen sollte sich die deutsche Politik aus unserer Sicht für eine rechtliche und politische Eindämmung bewaffneter Drohnen einsetzen.

Wenn die **gleiche politische Energie** und Ressourcen in dieser Höhe für Zivile Konfliktbearbeitung eingesetzt würden, könnte viel Gewalt vermieden und damit auch das Leben von Soldaten besser geschützt werden. Zu viel geringeren Kosten und mit weniger Opfern. 

»Schutzverpflichtung versus Schutz der Soldaten – Ethische Dimensionen aktueller sicherheitspolitischer Entwicklungen«

Mitschrift des sicherheitspolitischen Dialogs des Bundesverteidigungsministeriums mit den beiden Militärbischöfen am 24.4.2013 in Berlin; Transkription durch den Bearbeiter, moderierende Zwischenbemerkungen wurden im Interesse der Lesbarkeit entfernt. Alle Statements werden von den Urhebern autorisiert. Teilnehmer waren Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière, der evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann und der katholische Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck. Moderation: Johann Michael Möller, Hörfunkdirektor MDR

Moderator:

Ich glaube, Ängste sind eine Welt und Argumente die andere. Man kriegt die Ängste nicht durch Argumente alle sofort weg. Und deshalb meine Frage - damit wir hier die Runde im Podium einmal durchmachen und dann würde ich sehr gerne öffnen - an Bischof Overbeck: Es schimmert ja so ein bisschen die Hoffnung durch, man könnte klinisch jetzt operieren, man könnte sozusagen

einen sauberen kleinen abwägbaren Schlag führen. Das müsste doch in Ihrem Sinn sein, aber gerade Sie haben ja doch die einen oder anderen Sorgen, was diese Waffen betrifft, geäußert. [...] Frage: Die Hoffnung einer präzisen Maßnahme, die kontrollierbar ist, die man rechtlich einhegen kann, die man technisch sauber durchführen kann und wo dann am Ende der Mensch doch die letzte Entscheidungsgewalt behält, ist das angesichts unserer Erfahrungen mit einer algorithmisierten Welt realistisch?

Militärbischof Overbeck:

Als Bischof Dr. Ackermann, Bischof von Trier und Vorsitzender unserer Kommission der Deutschen Bischofskonferenz Justitia et Pax und ich unseren Fragenkatalog formuliert haben, war uns klar, dass jede Benutzung von Waffen, und an den sogenannten Drohnen kann man es noch einmal zugespitzt formulieren, niemals ethisch neutral ist. Damit einhergehende Folgen sind zu bedenken und ich möchte unter dreierlei Rück-

sicht, um auf Ihre Frage zu antworten, formulieren, auch als Anfrage an den Herrn Minister:

Um welche Form von Strategien geht es eigentlich, wenn solche Waffen nun zum Einsatz kommen, von denen wir alle wissen, dass ihre Entwicklung, ihre Herstellung, ihre Beschaffung, Vorhaltung insbesondere auch jeglicher Gebrauch eben wirklich gut begründet sein muss. Das heißt für mich, strategisch zu fragen, in der Zuspitzung, die sich hier zeigt, und in Bezug auf alle anderen Waffen auch: Was sind die konkreten militärischen und politischen Ziele, die verfolgt werden und in welchem Zusammenhang stehen sie, wenn die Waffen entsprechend, was ihren Gebrauch, ihren Nutzen und ihre Art und Weise der Anwendung angeht, wie sie der Herr Minister beschrieben hat, eingesetzt werden? Wenn das nicht als Rahmen klar bestimmt ist und dieser Fall tritt ja ein, wenn der Bündnisfall eintritt, und Sie sich mit allen anderen Partnern einigen müssen auf die Arten und Weisen des Einsatzes, was bedeutet das politisch und militärisch?

Der zweite strategische Rahmen, den ich befragen möchte, betrifft die Frage der Verantwortung und zwar als einer ethischen Kategorie, die ich bewusst auch als Kirchenmann religiös und geschichtlich beschreiben möchte und zwar im Blick auf die konkreten Einsatzfelder. Sie werden in der Regel solche Waffen einsetzen in Ländern mit hochgradig komplexen Beziehungsstrukturen zur sogenannten westlichen Welt. Was bedeutet das für die Völker, was bedeutet das religiös, wenn Waffen, die für die konkreten Menschen vor Ort bedeuten, selber in solche Gefahren zu geraten, dass auch Opfer unter der Zivilbevölkerung entstehen und auf Dauer ein Hegemonialstreben deutlich wird, dem diese Menschen nicht mehr folgen können? Und das Gedächtnis der Opfer ist immer länger als das Gedächtnis der Sieger.

Und der dritte Bereich betrifft die konkreten Soldaten und Soldatinnen, die diese Systeme zu bedienen haben. Was bedeutet das für deren Ethos selber durchaus im Sinne einer personalen Verantwortung, für - wie Sie sagen - punktgenaue Ziele Verantwortung zu tragen? as ist auch eine Frage, die ich als Seelsorger stelle und zwar nicht nur an die Soldaten selber, die das ausführen, sondern auch an ihre Familienangehörigen im Blick auf die Wirkung, die das zuhause hat.

Das sind Fragen, die uns in der Seelsorge immer wieder beschäftigen, aber langfristig von großer Bedeutung sind. Das sind Fragen, die auch strate-

gisch bedacht werden müssen, damit, um auf Ihre Frage zu antworten, die dreifache strategische Bedeutung des Verhältnisses der Benutzung der Waffen zu den politischen und militärischen Zielen, im Blick auf die Verantwortung für Völker und in religiöser und weltethischer Dimensionen und im Blick auf das konkrete Soldatenethos zum Tragen kommt. Diese sind - meine ich - immer wieder öffentlich zu diskutieren, damit sie im Falle einer Anwendung auch eine Antwort finden, die nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch darüber hinaus den von mir gerade genannten Kriterien entsprechen können.

Moderator:

Vielen Dank. Ich glaube, wir schließen Bischof Dutzmann an und dann bekommt der Minister noch einmal die Gelegenheit, auf die direkt gestellten Fragen zu antworten.

Militärbischof Dutzmann:

Ich argumentiere selbstverständlich auch als Theologe und Seelsorger, komme aber partiell zu anderen Ergebnissen als Sie, Bruder Overbeck. Wir sind uns, glaube ich, sehr einig darüber, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll. Das hat die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 kurz und knapp und deutlich gesagt. Trotzdem gibt es Gewalt in der noch unerlösten Welt und deswegen gibt es Militär und deswegen sind wir beide Militärbischöfe. Die Frage ist: Ist tatsächlich mit den Drohnen eine neue Qualität gegeben? Der Minister sagte gerade: Sicherheitspolitisch nicht. Ich sehe auch ethisch den Qualitätssprung nicht zwischen einem Kampfflugzeug, das - der Minister hat das angedeutet - schlicht ein anderes Trägersystem ist als eine Drohne und eben auch schrecklichen Schaden und fürchterliche Verletzungen und Tod anrichten kann; ich sehe den Qualitätssprung einfach nicht und verstehe deswegen auch nur sehr begrenzt die Aufregung darum.

Zwei Dinge sind mir sehr wichtig in diesem Zusammenhang: Als Seelsorger von Soldatinnen und Soldaten sage ich: Wenn ich Soldat wäre und hätte im Einsatz mein Leben zu riskieren, dann würde ich von meinem Dienstherrn erwarten, dass er alles, aber auch alles tut, um meine Gefährdung so gering wie möglich zu halten. Das ist sozusagen die Rückseite des Treueides. Fürsorgepflicht ist das Stichwort. Das heißt nicht unbedingt, dass ich sage: Jetzt müssen wir unbedingt mehr Drohnen anschaffen, aber ich glaube, dieses Argument ist jedenfalls eines, dass nicht zu unterschätzen ist auch in seiner Rückwirkung auf die Soldatinnen und Soldaten der deutschen Bundeswehr. Also,

wenn ich in einer Armee Dienst tue und den Eindruck haben muss, mein Dienstherr tut nicht alles zu meinem Schutz, dann, glaube ich, habe ich als Soldat da auch ein Problem.

Gleichwohl, und das ist der zweite Punkt, der mir sehr, sehr wichtig ist: Es ist natürlich unabdingbar, dass Drohnen nur nach bestimmten und im Augenblick bei uns geltenden Einsatzregeln dann eingesetzt werden dürfen, sprich, dass das Kriterium, dass der Gewalteinsatz letztes Mittel, äußerstes Mittel, ultima ratio nur sein darf, dass selbstverständlich das Kriterium der Verhältnismäßigkeit gewahrt sein muss, dass das Kriterium der Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten gewahrt sein muss. Das alles ist völlig klar, aber das sind, glaub ich, Fragen, die nicht sozusagen im Wesen dieser Waffen liegen, sondern in den Einsatzregeln. Und an dieser Stelle, glaub ich, muss man sehr aufmerksam sein und ich stimme dem Minister zu, wenn er sagt: Vieles von dem, was Professor Müller gerade gesagt hat, ist nicht Drohnen-spezifisch, sondern gerade das Thema Proliferation etwa ist ein Thema, das betrifft andere Waffen in gleicher Weise: Also, da sehe ich auch den Unterschied noch nicht.

Verteidigungsminister de Maizière:

Ich will es ganz kurz machen, damit wir weiter diskutieren können.

Um welche Ziele geht es? Nun, ich will wie Bischof Dutzmann sagen: Keine anderen als solche, die man ebenso mit Flugzeugen erreichen könnte. In jedem Fall geht es um Luft-Boden-Ziele. Eine Drohne hat technisch gesehen - wir wollen das jetzt nicht zu technologisch machen - den Vorteil: Sie fliegt langsam. Das klingt eigenartig, aber so ist es. Das heißt, sie kann langsam, dauerhaft über 24 Stunden und länger eine Gegend beobachten. Das ist ein großer Vorteil. Hinter dem Thema »Aufklärung in Echtzeit« verbergen sich viele Fragen. Wenn wir all diese einmal einen Moment zurückstellen, dann besteht der wesentliche Unterschied zwischen einer Kampfdrohne und einem Kampfflugzeug darin, dass für den sogenannten »close air support«, den Schutz oder die Unterstützung von Soldaten auf Patrouille, das Flugzeug erst herbeikommen muss. Das kann verbunden sein mit Problemen bei der Zielfindung. Mit all dem haben wir in Afghanistan auch schon unsere Erfahrungen gemacht. Ein Flugzeug herbei zu rufen, das kann zehn bis fünfzehn Minuten dauern. Das ist in einem Gefecht eine sehr lange Zeit. Eine Drohne hingegen kann, wenn es ein entsprechendes Aufklärungsergebnis gibt,

unmittelbar oder innerhalb von ein bis zwei Minuten eingreifen, eine Wirkung erzielen. Ihr Einsatz kann schneller erfolgen, er ist oft präziser – und damit besser als ein Flugzeug. Das ist das Szenario, über das wir sprechen sollten. Weitere strategische Ziele irgendwelcher Art sind mit einer Drohne gar nicht zu erreichen.

Zur zweiten Frage nach der Verantwortung für die Wirkung von Drohneneinsätzen in Ländern, die einem ganz anderen Kulturkreis angehören, von einer anderen Religion geprägt sind. Da würde ich auch sagen: Das ist kein drohnenspezifisches Argument. Ich kann nicht erkennen, dass der Einsatz von »boots on the ground« – Soldaten, die geschützt und bis an die Zähne bewaffnet etwa durch ein islamisches Dorf fahren – kulturell weniger Probleme hervorruft als die Wirkung einer Rakete, von der man nicht weiß, wo sie herkommt. Also: Es ist ein berechtigter Einwand, nach der Wirkung unseres Eingreifens in fernen Gebieten zu fragen. Aber diese Frage ist nicht drohnenspezifisch.

Nun zur dritten Frage: Wie ist das mit der persönlichen Verantwortung? Das ist eine sehr wichtige und sehr entscheidende Frage, die natürlich viele Soldaten bedrückt und die natürlich in der Folge viel mit Seelsorge und möglichen PTBS-Erkrankungen zu tun hat. Aber auch hier gilt: Das gezielte Wirken, klarer, das gezielte Töten ist nicht drohnenspezifisch. Ein Scharfschütze wird so ausgebildet, dass er ein bestimmtes Ziel trifft, und zwar punktgenau und ohne jemand anders dabei zu treffen. Das gilt auch für die Polizei. Daraus können schwere psychische Belastungen für Polizisten und Soldaten erwachsen. Das wissen wir. Vielleicht war es irgendwie mental leichter, irgendeine Artillerierakete abzuschicken, die dann irgendwie irgendeine Wirkung auf einem Gebiet von hundert mal hundert Metern hat, wo man nicht so genau wusste, wen man traf. Diese Anonymisierung der Wirkung hat es scheinbar leichter gemacht, auf den Knopf zu drücken. Das Prinzip wäre etwa: Was ich nicht sehe, weiß ich auch nicht. Aber das Problem haben Sie in Ihrer Frage zu Recht angesprochen. Und ebenso haben Sie Recht, wenn Sie sagen: Wenn es ein Fortschritt des Völkerrechts ist, dass wir Kollateral-Schäden zu vermeiden versuchen, dann ist die zwingende Folge, dass man gezielt trifft und nicht ungezielt Wirkung erzielt. Das hat Auswirkungen auf die zielenden Soldaten, gewaltige Auswirkungen, aber diese Auswirkungen sind nicht drohnenspezifisch, sondern gelten für alle Waffensysteme.

Paul Schäfer:

Paul Schäfer, Bundestagsfraktion Die Linke. Herr Minister, Sie sagen: Es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen der gängigen Einsatzpraxis der Drohnen heute und diesem Einsatzmittel. Nun mögen Sie Recht haben, dass man das nicht kurzschlüssig verknüpfen kann. Dennoch bleibt meine Frage: Ist das Zufall? Ist das Zufall, oder liegt es nur daran - das ist ein bisschen Ihre Position: Die Amerikaner machen das so? Es liegt sozusagen an den bösen Amerikanern. Wir Deutsche, wir gute Deutsche machen das anders. Also, das wäre meine Frage: Gibt es nicht doch einen Zusammenhang zwischen dem gängigen Einsatzszenario - Bischof Dutzmann sprach von Einsatzlogik - und der heute vorfindlichen Praxis? Ist es eine Distanzwaffe - das gibt's, sind andere auch - aber eine Distanzwaffe, deren Herkunft nicht eindeutig lokalisierbar ist? Und als Präzisionswaffe hat es eine neue Qualität. Also, das wäre einfach meine Frage, ob dieses targeting killing nicht sozusagen nahegelegt wird durch diese rüstungstechnologische Entwicklung, und man sich das nicht so einfach machen kann, dass man sagt: Wir werden das ganz ganz anders verwenden. Das wäre also die Frage, die ich an Sie richten möchte.

Renke Brahms:

Renke Brahms, Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ich will jetzt nicht irgendwie alle Abwägungsfragen noch einmal wiederholen, sondern ich kann diesen Prozess der Abwägung gut nachvollziehen und die Abwägung der verschiedenen Argumente, und ich konzentriere mich auf drei Fragen.

Im Anschluss noch einmal an Herrn Schäfer die Frage, die ich nicht so ganz beantwortet gehört habe, ist die nach der politischen Hemmschwelle, und damit sofort verbunden die Frage danach: Wie könnte denn die deutsche Politik sich unterscheiden in den Einsatzregeln von Einsatzregeln anderer Nationen in internationalen Einsätzen? Das ist die eine Frage.

Das zweite ist die Frage: Ist es nicht möglicherweise doch noch mal eine Steigerung von Bedrohungsszenarien? Es gibt ja eine erste Studie von amerikanischen Studierenden, glaube ich, von der Stanford University und von der New York University über die Situation in Pakistan, die schildert, wie stark die Bedrohungskulisse ist, die Traumatisierung der ständig über ihren Köpfen fliegenden Drohnen. Das ist ja etwas anderes noch einmal, als wenn Flugzeuge, die nicht dauerhaft kreisen können vielleicht wie Drohnen. Ist

dieses Bedrohungsszenario, was aufgebaut wird, nicht doch noch mal eine neue Qualität?

Und die dritte Frage ist für mich: Müssten wir nicht eigentlich aus den Entwicklungen der ganzen Rüstungsspiralen und der technischen Fortschritte lernen und auch in dieser Drohnendebatte von vornherein auch diskutieren: Wie kann man, wenn diese Waffe denn da ist, sie begrenzen, kontrollieren, Rüstungskontrolle von vornherein an dieser Stelle einbeziehen? Das habe ich in der Diskussion bisher vermisst, wenn man denn an die Anschaffung einer solchen Waffe oder an einen solchen Einsatz denkt.

Roderich Kiesewetter:

Mein Name ist Roderich Kiesewetter, Reservistenverband und Bundestagsabgeordneter. Ich habe eine Frage an den Militärbischof Dr. Overbeck. Ich teile Ihre kritischen Fragen nicht, ich halte aber insbesondere Ihre zweite Frage für sinnvoll. Für mich ist es nicht mehr eine Frage des Ob der Drohnen, sondern des Wie. Aber ich möchte das mit Ihrer zweiten Frage verknüpfen, nämlich der Frage der gesellschaftlichen Relevanz und Verknüpfung auch mit anderen Kulturkreisen. Müssten wir nicht auf uns selber mal schauen, bevor wir auf andere Bereiche schauen? Wenn wir auf die Bereitschaft unserer Gesellschaft blicken, noch Soldaten nach Afghanistan in Einsatzgebiete zu entsenden, auf die Diskussion, die wir im letzten Jahr hatten mit der Frage der Entsendung von Soldaten nach Mali, was wir dann doch gemacht haben, müssten wir dann nicht überlegen, Herr Militärbischof, wie wir in unserer Gesellschaft mit der Bereitschaft, Soldaten einzusetzen, umgehen? Ist nicht die Drohne eine der möglichen Antworten? Die fehlende Bereitschaft der Gesellschaft, Soldaten in großer Anzahl als Bodentruppen in Einsatzgebiete zu entsenden, das macht mir Sorgen. Es ist aus meiner Sicht die eigentlich ethische Komponente, dass diese Gesellschaft versucht, die Dinge möglicherweise aus der Luft zu lösen. Mein Punkt ist also: Wie lösen wir das auf? Für mich allerdings heißt es: Drohne ja, auch bewaffnete Drohnen. Für mich ist die Frage des Wie und die stellen Sie mit Ihrer zweiten Frage.

Militärbischof Overbeck:

Ich teile Ihre Sorgen, Herr Kiesewetter, und mit Ihnen tun das viele, dass die öffentliche Bereitschaft der Gesellschaft in Deutschland abnimmt, nicht nur den Dienst der Soldatinnen und Soldaten zu schätzen, sondern auch die damit verbundene Verantwortung - ich hatte das in einen verantwortungsethischen Rahmen gesetzt - zu übernehmen,

die jetzt nicht nur lokal auf Deutschland bezogen ist, sondern wirklich einen Weltzusammenhang meint. Im Blick auf meine Analyse der deutschen Gesellschaft, glaube ich, bedeutet das in der Tat, ein öffentliches Bewusstsein herzustellen für eine Verantwortung, die weit über unsere nationalen konkreten Grenzen hinausgeht, weil es gar keine nationale Verantwortung mehr gibt, die nicht so gleich internationalen Charakter hat und umgekehrt. Wie kann der hergestellt werden? Ich glaube in der Tat, eine der Ressourcen ist die Religion, vor allem das Christentum als die Religion, die das andere, den anderen als anderen anerkennt und sich selbstverständlich für ihn einsetzt. Ich sehe eine große Problematik auf uns zukommen hinsichtlich des Selbstverständnisses unserer Gesellschaft, wenn sie sich solcher Wurzeln immer mehr entledigt. Woher dann ein Verantwortungsethos nehmen, das in der Tat auch einsatzfähig ist für andere und zwar auf Dauer und zwar nicht nur für solche Leute, die relativ hochreflektiert leben, sondern für solche, die sich in den normalen Lebenszusammenhängen bewegen?

Eine zweite große Herausforderung besteht darin nicht nur für Soldatinnen und Soldaten, sondern auch für Politikerinnen und Politiker und viele andere, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, sich so einzusetzen, dass darin die verantwortungsethischen Perspektiven immer wieder deutlich und auch einsichtig werden. Wo das geschieht auf Dauer, glaube ich, könnten wir einfach sagen: Durch das Beispiel werden andere selber motiviert, sich einzusetzen. Ich möchte das aber trotzdem noch einmal in einen Zusammenhang stellen, den ich eingeführt habe, den für die Völker zu bedenkenden, religiösen und den historischen Aspekt. Ich glaube in der Tat, dass es eine Riesenherausforderung für die Bundesrepublik Deutschland ist, in eine neue Phase ihrer Geschichte einzutreten und sich von einer Phase der Reflektion auf die Folgen nicht nur der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sondern auch der Jahrzehnte davor, zu beziehen. Das bedeutet wirklich noch einmal neu, sich in einen Weltzusammenhang hineinzugeben und von daher europäische, deutsche und universale Zusammenhänge neu als Verantwortungszusammenhänge für uns als einzelne Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen. Das fällt umso schwerer, als Globalisierung heute unendliche Anforderungen an die individuellen Lebenszusammenhänge einzelner stellt, so dass ich verstehen kann, dass viele aus Selbstschutzgründen sich davon distanzieren. Das ist aber keine Lösung für das Problem, das Sie gestellt haben. Von daher kann ich für uns als Christen, glaube ich, zusammen auch

mit Bischof Dutzmann die Ressource der Religion, des Christentums mit dieser Perspektive, die ich benannt habe, den anderen als anderen anzunehmen und von daher auch ganz für ihn einzutreten, zur Verfügung stellen als eine Möglichkeit, dieser Gefahr zu entraten.

Verteidigungsminister de Maizière:

Beim letzten Punkt, der Verantwortung des Christen in dieser Welt, stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Ich will zu dem Argument von Herrn Kiese-wetter MdB noch eines hinzufügen. Es geht um einen Punkt der Debatte in unserem Land zum Umfang mit der Situation in Syrien oder seinerzeit in Libyen. Da sagen diejenigen, die sich besonders auf der Seite der Menschenrechte wännen: »Moment mal. Bloß keine Invasion. Wir sollten uns auf eine Flugverbotszone beschränken, ganz ohne boots on the ground.« Flugverbotszone heißt aber, aus der Luft möglichst präzise die Luftabwehr auszuschalten, damit man die Luft-hoheit hat. Und von diesen Aktivitäten soll die Zivilbevölkerung möglichst nicht betroffen sein. Das, ehrlich gesagt, geht mit Drohnen ziemlich gut. Jetzt kann man sich auf den Standpunkt stellen, eine Invasion vorzuziehen, damit Drohnen nicht zum Einsatz kommen. Mit Blick auf die Folgen und die Verhältnismäßigkeit der Mittel erscheint dies jedoch fragwürdig.

Zum letzten Punkt, der Rüstungskontrolle: Ja. Natürlich können alle Arten von Waffen Gegendstand von Rüstungskontrolle sein – und sie sollten es auch. Da sind wir selbstverständlich dafür.

Katja Keul, MdB

Mein Name ist Katja Keul. Ich bin Mitglied der Fraktion des Deutschen Bundestages von Bündnis 90/Die Grünen und hier ist ja eben erwähnt worden das Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung, dass wir nur Aufträge aus der Politik geben, die sich im Rahmen des Völkerrechtes halten. Selbstverständlich ist das so. Aber deswegen müssen wir natürlich bei der Risiken- und Nutzenabwägung, die wir vornehmen, wenn wir ein solches Waffensystem anschaffen, uns bei dem Nutzen nur den Teil ansehen, der tatsächlich völkerrechtlich, legitim möglich wäre. Und da müssen wir erst mal feststellen, dass 90 Prozent der tatsächlichen Nutzung dieses Systems derzeit eben nicht völkerrechtlich geschieht, so dass dieses Argument durchaus nicht vom Tisch zu wischen ist. Von den Risiken, die wir berücksichtigen müssen sind viele bereits benannt worden und ich will sie nicht alle wiederholen – das eine war unter anderem, dass das Entsendeland zum Angriffsziel wird – und da glaube ich, Herr Minis-

ter, haben Sie Herrn Müller möglicherweise missverstanden. Es ging ja um ein legitimes militärisches Angriffsziel. Sicherlich können die Terroristen in aller Welt Ziele erklären, das sind aber deswegen noch lange keine legitimen militärischen Ziele, aber im Falle der Drohne wäre das eben in der Tat so. Und wenn ich mir auf der anderen Seite auch das Risiko der Proliferation anschau, dann ist es auch ein erhöhtes im Vergleich zu anderen Waffen. Es ist für Einzeltäter nicht unbedingt möglich, sich eine Rakete, einen Torpedo bis hin zu Atomwaffen zu verschaffen, es sei denn bei James Bond, aber es wäre mit diesen Drohnen durchaus ein ganz anderes Risiko, dass sie in die falschen Hände geraten. Auf der anderen Seite der Nutzen. Alleine der Schutz der Soldaten in der Gefechtssituation wäre der legitime Grund für den Einsatz dieser Systeme. Ich habe bisher jedenfalls noch nicht vernommen, dass es dazu gekommen ist, dass die Luftunterstützung nicht rechtzeitig war, dass der Zeitverlust da so gewesen wäre, dass deutsche Soldaten konkret zu Schaden gekommen sind oder konkret gefährdet worden sind. Im Prinzip reden Sie immer über ISAF, über Afghanistan, also über einen Einsatz, von dem wir selber sagen, das ist nicht das Szenario der Zukunft, was wir uns wünschen. Die Frage geht an den Minister: Haben wir irgendeinen Einsatz der Bundeswehr, in dem der Mangel an bewaffneten Drohnen erstmals zum Problem geworden ist?

Generalleutnant Rainer Glatz:

Generalleutnant Rainer Glatz, bis gestern Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr. Sehr verehrte Frau Abgeordnete Keul, so sehr ich Sie schätze, wir sollten sehr vorsichtig sein mit der völkerrechtlichen Bewertung amerikanischer Drohneneinsätze. Keiner von uns in diesem Raum weiß, ob es nicht eine indirekte konkludente Zustimmung aus Pakistan gibt, ein ganz schwieriges Rechtsproblem. Der zweite Punkt, den ich machen möchte: Mich verwirrt diese Diskussion. Herr Möller, Sie sprachen von Ängsten. Angst ist ein schlechter Ratgeber, ich habe aber das Gefühl, dass in dieser ganzen Diskussion Ängste geschürt worden sind, weil man an eine Kernfrage herankommt, mit der man sich bisher gesellschaftlich aus vielerlei nachvollziehbaren Gründen nicht auseinandersetzen wollte. Wie halten wir es eigentlich mit unseren Soldaten und wie halten wir es mit der Gretchenfrage: Sind wir bereit, zur Durchsetzung von Interessen, zur Wahrung von Interessen oder aus anderen politischen Gründen militärische Gewalt einzusetzen? Und die Drohne ist praktisch jetzt so ein Symbol, wo man plötzlich so das

Gefühl zu haben scheint: Wir müssen uns damit auseinandersetzen, weil wir unsere Unschuld verlieren. Ich halte es teilweise für eine Scheindebatte, die bewusst mit falschen Argumenten geführt wird.

Militärdekanin Barbara Hepp:

Mein Name ist Hepp, ich bin evangelische Militärdekanin, UniBw München. Es wurde mehrfach gesagt, dass es sich bei dem Waffensystem Drohne um nichts grundlegend Neues handelt, um keinen Qualitätssprung, hat der Militärbischof formuliert. Nichtsdestotrotz denke ich, kann man feststellen, dass es sich, auch wenn es kein Sprung ist, doch um eine Weiterentwicklung im Blick auf Distanzierung und Automatisierung handelt, jetzt mal ohne düstere Zukunftsszenarien an die Wand malen zu wollen. Und in dieser Fortentwicklung schwingt auch eine Veränderung mit, das wurde teilweise auch benannt im Blick auf die Gewaltbereitschaft. Das kann positiv wie negativ sein, der Herr Minister hat es bereits angesprochen, ich möchte das auch nicht werten, ich möchte nur die Veränderung ansprechen, möglicherweise eine Veränderung in der Gewaltbereitschaft, eine Veränderung im Bereich der personalen Verantwortung, da wurde schon darüber gesprochen oder auch der Anonymisierung der Wirkung, alles mal möglichst wertfrei gesagt. Ich möchte nur die Veränderungen, die sich möglicherweise mit dieser Weiterentwicklung, mit diesem Quantensprung vollziehen, noch einmal benennen und frage: Gibt es auf diese möglicherweise voraussehbaren Veränderungen bereits Reaktionen im Blick auf die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten oder der Begleitung derjenigen, die diese Systeme dann einsetzen werden?

Elke Hoff:

Mein Name ist Hoff, ich bin die sicherheitspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion. Ich würde gerne meine Frage an alle Teilnehmer des Podiums außer dem Minister stellen, weil wir genügend Möglichkeiten haben, diese Dinge zu diskutieren. Und zwar, das ist auch ein Thema, das für mich nie so richtig zur Sprache kommt. Wir haben es ja bei den Konflikten, mit denen sich die Bundeswehr zur Zeit auseinandersetzen muss, in erheblichem Maß mit Asymmetrie zu tun, das heißt, das, was wir bisher gewohnt waren, sowohl in der Ausbildung unserer Streitkräfte als auch in unserer politischen Wahrnehmung, war immer der sichtbare Gegner, den man identifizieren konnte, der die gleichen Möglichkeiten hatte in einer Auseinandersetzung. Das ist völlig dahin. Das heißt, die Reaktion auf diese Asymmetrierung war im Grunde nach nichts anderes

als eine technologische Asymmetrierung auf der anderen Seite unserer Verbündeten, in dem Fall der Vereinigten Staaten. Die Frage, die sich jetzt stellt für uns alle ist: Was, wenn diese Möglichkeit der Asymmetrierung nicht - ich sage mal jetzt - nicht zum Portfolio eines Staates gehört, sich gegen einen Angriff zu wehren? Was soll es dann sein, weil wir, die wir die Entscheidung dann treffen müssen, beziehungsweise, von uns wird erwartet, dass wir die Interessen eines Staates schützen? Ich denke, das gilt auch für alle anderen Politiker und Entscheider weltweit, die müssen dann auch diese Antwort geben können. Ich habe in der öffentlichen Diskussion an dieser Stelle genau diese Frage nicht gehört.

Zweiter Punkt dieser Thematik nach meiner Auffassung, da würde mich auch Ihr Standpunkt interessieren zum Thema Prävention, Präemption, weil das, was die amerikanischen Verbündeten schon seit längerer Zeit in ihrer strategischen Ausrichtung ihrer Sicherheitsdoktrin haben: Wir nahmen uns vor dem Hintergrund der Nichtsichtbarkeit der Bedrohung das Recht heraus, nach einer strategischen Einschätzung sozusagen präventiv oder präemptiv tätig zu werden. Auch da, glaube ich, haben wir uns vor dieser Diskussion in den letzten Jahren kräftig gedrückt. Nur der Druck von außen, auch durch die Aktivitäten und Globalisierung der terroristischen Bedrohung, lässt uns aus dieser Diskussion meines Erachtens nicht mehr heraus. Deswegen an Sie Herr Dr. Dutzmann, Herr Dr. Overbeck und Professor Müller diese Frage. Wie bewerten Sie die Lage?

Christine Hoffmann:

Ich bin Christine Hoffmann, die Generalsekretärin von pax christi. Für mich ist die Frage noch längst nicht, wann Drohnen angeschafft werden, sondern durchaus ob! Warum? Weil - und da stimme ich dem Herrn von der Bundeswehr absolut zu - die Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr auch etwas Symbolisches wäre. Es ist tatsächlich so, dass viele andere Waffen oder Trägersysteme die Optionen auch schon bieten, nicht so gut, deswegen soll die Drohne ja kommen, aber es geht um die symbolische Frage: Will denn Deutschland an der Stelle weitermachen? Das Problem ist für mich: Mit diesen Waffensystemen wird die Führbarkeit von Kriegen erhöht. Ich möchte aber nicht, dass Deutschland die Führbarkeit von Kriegen steigert, insbesondere nicht die Beteiligung der Bundeswehr daran. Ich möchte auch nicht, dass Deutschland aufrüstet und die Rüstungsspirale, mit der Beschaffung von Drohnen steigert. Deutschland wird, so wie ich die Politik bisher beobachte, dann auch die

Proliferation steigern, denn es soll ja auch um eine Neuentwicklung gehen, also den Einstieg deutscher Firmen in die Drohnenproduktion. Dann werden diese auch verkauft/ exportiert werden. Das Eine wird das Andere nach sich ziehen. Mir ist es wichtig, dass die Öffentlichkeit am Beispiel und am Symbol der Drohnen aufmerksam wird und sich fragt: Wollen wir das eigentlich wirklich? Soll das weitergeführt werden oder wäre das nicht ein Punkt, einzuhalten und wirklich die Politik zu ändern? Und damit komme ich auf das zweite Thema, das für heute auch ansteht und von dem ich mir wirklich wünsche, dass die politische Entscheidung an der Stelle eine andere ist, nämlich die, mehr Kräfte da einzusetzen, Schutzverantwortung, die responsibility to protect, anders umzusetzen, mehr präventiv und mehr auf zivile Umsetzung konzentriert statt Finanzen und Know How und alles weitere in die Fortsetzung der Führbarkeit von Kriegen unter Beteiligung der Bundeswehr zu setzen.

Verteidigungsminister de Maizière:

Ja, manche Fragen waren eher Meinungsbekundungen, die will ich nicht im Einzelnen noch einmal ko-kommentieren. [...]

Natürlich ist die Durchsetzung einer Flugverbotszone unter Vermeidung der Gefährdung der eigenen Piloten auf der Basis der Umsetzung einer UNO-Resolution ein sehr denkbare Einsatzszenario. Ich darf daran erinnern, dass die Bundeswehr mit dem Tornado sehr gut dafür ausgerüstet ist, Luft-Boden-Ziele zu bekämpfen und eine Flugverbotszone durchzusetzen. Dies könnten auch Drohnen übernehmen. Die rot-grüne Bundesregierung hat - unter großen Schmerzen vor allem auf Seiten der Grünen - eine Intervention im ehemaligen Jugoslawien unternommen. Die erste Welle wurde damals von Flugzeugen geflogen. Es war dabei nicht ganz klar, wie stark eigentlich die Gefährdung dieser Flugzeuge ist. Natürlich ist ein solches Szenario auch mit Drohnen denkbar. Oder nehmen Sie Mali, ein Gebiet, das drei Mal so groß ist wie Deutschland: Wenn es hier darum geht, mit einem Mandat der UNO nach Kapitel sieben der UN-Charta - und der aktuelle Mali-Einsatz hat ein solches Mandat - die Infrastruktur von Terroristen in der weiten Wüste zu bekämpfen, dann ist eine Drohne natürlich vorzüglich dazu geeignet, hier aufzuklären und zu bekämpfen, ohne dazu wie ein Flugzeug drei Mal aufgetankt werden zu müssen. All das sind Einsatzszenarien, die völkerrechtlich in Ordnung sind und durch Drohnen gut, ja besser als mit Flugzeugen durchgeführt werden können.

Noch einmal zur Frage des Ziels: Natürlich ist, wenn man mit einem Land im Krieg befindet, auch die Entscheidungszentrale von Streitkräften im Inland ein legitimes völkerrechtliches Ziel. Deswegen kann ich hier keinen besonderen neuen Zustand erkennen.

Zur Frage von Frau Hepp, ob wir eigentlich Soldaten auf neue Formen der Kriegführung vorbereiten: Das ist eine sehr fundamentale Frage, die wir auch diskutiert haben. Ich habe ja bereits etwas dazu gesagt, dass die nicht erkennbare Wirkung einer Waffe scheinbar leichter zu akzeptieren ist als vielleicht die gezielte Wirkung. Zur Frage, wie man damit umgeht, wenn man mit Soldaten arbeitet und ob wir schon genügend daran arbeiten: Ich weiß, dass das mit Scharfschützen geschieht, auch in der Vor- und Nachbereitung. Aber sicher ist da noch mehr zu tun und Ihre Frage war in diese Richtung ja auch als Appell gedacht und gemeint, wenn ich das richtig verstehe.

Zur letzten Frage von Frau Hoffmann. Sie werden sich wundern, dass ich Frau Hoffmann von Pax Christi in einem Punkt zustimme. Aber es kommt mir in der Tat wie Ihnen so vor, dass eine richtig neue Qualität nicht vorliegt und wir im Grunde eine nachholende Debatte über Waffen und deren Wirkung führen, die wir in Deutschland vielleicht lange Zeit nicht geführt haben. Ich meine damit die konkreten Fragen der Kriegführung und nicht die Frage ‚Abschreckung‘ - das ist ziemlich abstrakt - oder diejenige nach asymmetrischen Bedrohungen. Man hätte im Grunde bei der Einführung von Lenkraketen darüber diskutieren können. Wir hatten vor einigen Monaten eine sehr interessante Diskussion der Evangelischen Akademie im Französischen Dom am Gendarmenmarkt, dort sagte ein politischer Vertreter der Friedensbewegung sinngemäß: Das ist alles so schrecklich. Damit möchte ich mich gar nicht befassen. Mir erschien das wie ein Kind, dass die Decke über den Kopf schlägt. Die aktuelle Diskussion über Drohnen zwingt uns alle dazu, nicht nur über die Grundsatzfrage der Gewaltanwendung als solche zu sprechen, sondern auch über die schwierigen Einzelentscheidungen, wenn es um die Beschaffung und Anwendung von Waffen geht.

Ich glaube, es könnte sogar eine Entlastung für die Soldaten und die Öffentlichkeit sein, wenn wir die Diskussion etwas kompetenter und konkreter in unserer Gesellschaft führen als bloß abstrakt. Wenn die Drohnendiskussion dazu einen Beitrag leistet, wenn es zu einer Professionalisierung der Debatte kommt, zu einer ernsthafte-

ren Auseinandersetzung mit dem, worum für die Soldaten wirklich Tag für Tag geht, dann begrüße ich das.

Militärbischof Dutzmann:

Frau Hoffmann, Sie haben gerade sehr leidenschaftlich gesagt: Ich möchte nicht beitragen zur Führbarkeit von Kriegen. Ich kann das einerseits hören, andererseits glaube ich und ich meine das jetzt wirklich strikt theologisch: Der Sündenfall ist passiert. Nehmen Sie das bitte nicht als billige Ausflucht oder billiges Argument. Ich bin fest davon überzeugt, dass es Situationen gibt, in denen wir um einen Gewalteinsatz nicht herumkommen, ohne uns auch schuldig zu machen. So, also von daher ist es dann, so schrecklich es ist, diese Diskussion führen zu müssen, aber ich glaube, wir müssen sie letztendlich führen. Und führen müssen wir, glaube ich, tatsächlich in der Bundesrepublik noch einmal die Grundsatzdiskussion, Herr General Glatz, da haben Sie, glaube ich, Recht und ich sage das auch an vielen Stellen. Ich glaube, diese Gesellschaft muss die Frage beantworten: Wozu haben wir eigentlich Streitkräfte? Und wofür setzen wir sie ein? Und wofür wollen wir sie auf keinen Fall einsetzen? Ich beobachte, dass aus guten Gründen, die mit unserer Geschichte zu tun haben, dieser Frage ausgewichen wird. Und letztendlich haben auch viele Faktoren dazu beigetragen, dass es so ist. Meine eigenen drei Söhne, die haben das Thema Krieg und Frieden im Grunde gar nicht mehr richtig mit bekommen. Ich habe es immerhin über meine Eltern noch mitbekommen, die vom Krieg erzählen konnten, meine Großeltern auch. Das heißt, es wird gar nicht als zu lösende Aufgabe und zu beantwortende Frage wahrgenommen. Und jetzt kommt hinzu, dass durch die Aussetzung der Wehrpflicht - das ist hier nicht zu diskutieren - aber die Bundeswehr natürlich noch viel weniger sichtbar wird in der Fläche und in der Bevölkerung, so dass sich auch von daher die Frage nicht mehr aufdrängt. Wir müssen Sie aber beantworten und, wie gesagt, die Drohne ... oder die Diskussion um die Drohne ist im Grunde eine Teilfrage. Frau Hoff, ich glaube nicht, dass wir letztendlich das Thema asymmetrische Bedrohung technologisch oder gar technisch lösen können, sondern letztendlich wird es um Prävention gehen, aber in einem anderen Sinne, als Sie das vorhin beschrieben haben. Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 - und damit sind wir im Grunde an der Schwelle zum zweiten Thema und schärft ja immer wieder ein, den Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung und das heißt also, darüber müssten wir uns in besonderer Weise unterhalten, sehr intensiv unterhalten. Dafür

müssten auch Mittel zur Verfügung stehen. Ich beobachte aber auch hier wieder, auch in unserer Diskussion, dass wir wieder mal sehr stark auf den militärischen Einsatz uns fokussieren. Und das ist von Übel, aber ich glaube, darüber werden wir gleich noch reden.

Militärbischof Overbeck

Drei ganz kurze Thesen.

Das erste, Herr General, ist auch für mich eine Frage der Angst. Ich glaube, die Hälfte aller Wirklichkeiten, die wir zu beurteilen und zu gestalten haben, sind psychologischer Natur und nicht rechtlichen Logiken oder Sachlogiken erschließbar. Das hängt wahrscheinlich mit den alten Szenarien von Science Fiction zusammen, dass plötzlich etwas real wird, was bisher filmisch nur einen nicht-realen Kontext darstellte. Diese Psychologie auf die gesamte Bevölkerung einmal zu untersuchen wäre ein spannendes Unterfangen, um die Reaktionen auf die Drohnen zu begreifen. Dahinter steckt in der Tat die existentielle Frage, die ich auch als Bischof stelle: Was ist eigentlich mit der Angst? In welcher Weise betrifft sie unsere gesamte Bevölkerung in all ihren Komponenten und verändert diese?

Eine zweite Perspektive im Blick auf die anderen von den Damen gestellten Fragen. Ich frage mich schon lange: Welche Bedeutung haben eigentlich die Menschenrechte und zwar im Blick auf die Formulierung von Zielen auch von militärischer Gewalt und von politischen Perspektiven, die zu entwickeln sind? Sind die schon so weit durch-

diskutiert auch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, dass dahinter nicht nur die Vermeidung von militärischer, terroristischer und sonstiger Gewalt, die ich selbst erleiden muss, stehen, sondern auch der Einsatz für Menschenrechte, zum Beispiel aufgrund von Hunger oder anderen Phänomenen, wie wir sie in Afrika sehen. Müssten solche Phänomene dazu führen müssten, dass wir uns dort einzusetzen hätten? Das heißt, der Rahmen wird noch einmal größer. Ich habe darüber schon einmal mit Ihnen, Herr Minister auf dem Katholikentag in Mannheim diskutiert.

Und das Dritte, die Fragen von Prävention et cetera haben für mich auch wiederum einen sehr generellen Horizont der Frage: Sind wir eigentlich noch imstande, zukunfts komplex zu denken und zu handeln? Oder sind die Zukunftskomplexitäten so hoch, dass wir sie simplifizieren müssen, um sie zu ertragen? Das hat viele politische Folgen. Das hat aber auch Folgen für die moralische Bewertbarkeit dessen, was Frau Hoffmann meinte. Das wird doch, glaube ich, jeder in diesem Raum sagen, dass jeder hofft, er könnte von Deutschland aus dafür sorgen, dass weniger Krieg wäre. Das ist überhaupt nicht strittig, bei niemandem. Aber angesichts der Fragen, die faktisch zu verhandeln sind, ist das eine der großen Herausforderungen, vor denen wir politisch und militärisch und übrigens auch theologisch und verkündigungsmäßig stehen. Unter welchen Perspektiven von Zukunftskomplexität eigentlich können wir heute noch agieren, handeln und begründen? Das ist eine Aufgabe der nächsten Zeit. 

Was Deutschland anders macht

Von Josef König/Walter Linkmann

Beitrag für die Homepage der Militärseelsorge Bundeswehr vom 24.4.2013

In einer Berliner Kirche reden die beiden Militärbischöfe und Experten darüber, was deutsche Kampfdrohnen von denen der Verbündeten unterscheiden würde.

Manchem klingt noch die unglückliche Formulierung von Thomas de Maizière, dem seit März 2011 amtierenden Bundesminister der Verteidigung, von der ethischen Neutralität der Waffe im Ohr.

Aber auch Kritiker des Bundesministers müssen Johann Michael Möller, seit November 2006 Hörfunkdirektor des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR), zustimmen, der heute ein Lob für ihn ausspricht: Dass der politisch Verantwortliche Monate vor (!) einer Entscheidung zur Diskussion einlädt, ist ein gutes Zeichen und hat Seltenheitswert. Möller hatte die Aufgabe, das Gespräch zu moderieren, zu dem de Maizière die beiden Militärbischöfe und etwa einhundert Fachleute aus Bundeswehr, Politik, Presse, Kirchen und Wissenschaft in der Matthäuskirche im Berliner Kulturforum versammelt hat.

Was beunruhigt uns so an der Vorstellung von Kampfdrohnen? Harald Müller, geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), hatte Pro- und Contra-Argumente zusammengestellt. Sein – aus politikwissenschaftlicher Sicht formuliertes – Impulsreferat zu Beginn der Veranstaltung steckte den inhaltlichen Rahmen für die darauf folgenden Diskussionsbeiträge ab.

Letztlich, so sein Resümee, ist die Missbrauchsgefahr das Hauptargument gegen diese Technik. Werden hier Waffensysteme entwickelt, die sich wegen geringer materieller und menschlicher Einsatzkosten schnell und unkontrolliert ausbreiten werden? Laden die besonderen Fähigkeiten solcher Systeme nicht geradezu zum Missbrauch ein? Wird Krieg leichter führbar und damit wahrscheinlicher? Ist es denkbar, die Entscheidung über Leben und Tod an einen Automaten zu delegieren, der selbstständig menschliche Bewegungsmuster analysiert und daraufhin handelt?

Der Minister: Eine solche Entwicklung wird es nicht geben.

Nicht alle Bedenken des Friedens- und Konfliktforschers lässt der Verteidigungsminister gelten. Zumal die meisten Argumente nicht allein Kampfdrohnen betreffen, sondern andere Systeme genauso. Und dass ein Waffensystem zielgenau ist, muss nicht automatisch ein ethischer Mangel sein.

In drei Punkten legt de Maizière sich unmissverständlich fest: »*Extralegale Hinrichtungen kommen für uns nicht in Frage.*« Das geltende deutsche Recht hat unbedingten Vorrang vor der Einbindung in ein Bündnis, das keine einheitliche Rechtskultur kennt. Der zweite Punkt betrifft das Einsatzgebiet: »*Drohnen können nur in dem von einem Mandat abgesicherten Gebiet eingesetzt werden. Ein Einsatz außerhalb entspricht nicht unserer Rechtslage und es wird ihn nicht geben.*« Drittens ist er nicht bereit, auf den Menschen zu verzichten, der jeden einzelnen Einsatz lenkt und einen Waffengebrauch auslöst: »*Eine Drohne ist keine Roboterwaffe.*« Eine solche technische Entwicklung schließt er aus – selbst für den Fall einer abweichenden Entwicklung bei den westlichen Partnern.

Die Bischöfe: Der Sündenfall ist geschehen.

»*Drohnen sind nur eine Teilfrage*«, sagt Martin Dutzmann, der evangelische Militärbischof. Die deutsche Gesellschaft muss sich dringend darüber verständigen, wofür sie Gewalt, Waffen und Soldaten einsetzen will – und wofür nicht. Die Frage, ob Krieg führbar ist, stellt sich nicht mehr: »*Der Sündenfall ist geschehen. So schrecklich es ist, diese Diskussion zu führen, wir müssen sie aber führen!*« Das schulde Deutschland auch den Soldatinnen und Soldaten, die es mit einem Eid an sich bindet und an die es selbst dadurch gebunden ist: »*Ehrlichkeit ist eine Frage der Seelsorge.*«

Auch der katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck fordert diese Diskussion ein und fragt zugleich: »*Sind die Zukunftskomplexitäten so hoch, dass wir meinen, sie simplifizieren zu müssen, um sie zu ertragen?*« In diesem Zusammenhang erinnerte Overbeck erneut an die Überlegungen, die gemeinsam – zusammen mit dem

Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax – dem Trierer Bischof Stephan Ackermann, im Februar 2013 öffentlich erklärt wurden.

Ein Schritt in Richtung der fälligen Gesamtdiskussion ist das zweite Thema des Treffens: die Idee der »**Responsibility to Protect**«, eines Konzepts der Vereinten Nationen zur internationalen Schutzverantwortung für Bevölkerungen weltweit.

Der Minister hadert mit der gefälligen Rede vom Vorrang für Prävention und zivile Konfliktbearbeitung. Nicht, weil er anderer Meinung wäre, sondern weil er eine Praxis wahrnimmt, die solche Reden Lügen straft: »*In Krisengebieten wird zu früh nach Soldaten gerufen – und zu lang.*« Der Einsatz des Militärs sei eben nicht »ultima ratio«, das letzte oder äußerste Mittel. Im Gegenteil, Militär sei wegen seiner schnellen Verfügbarkeit regelmäßig der erste Gedanke der Handelnden.

Der Friedensbeauftragte: für ein stehendes Heer ziviler Fachleute

Militärbischof Dutzmann warnt vor einer Verkürzung der Schutzverantwortungs-Debatte auf die militärische Intervention; und er weist auf die

Konsequenzen solcher Interventionen hin: »*Wer das äußerste Mittel einsetzt, übernimmt auch äußerste Verantwortung.*« Diese Verantwortung beinhaltet den Wiederaufbau – oft über Jahrzehnte.

Als Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirchen gehört Renke Brahms zu denen, die regelmäßig den »Vorrang für Zivil« einfordern. Er teilt die Einschätzung des Verteidigungsministers, dass sich die Blicke im Krisenfall viel zu schnell auf das Militär konzentrieren, weil es sofort verfügbar ist. Aber er zieht daraus seinen eigenen Schluss, die finanzielle und personelle Stärkung des zivilen Sektors: »*Wir brauchen ein stehendes Heer ziviler Kräfte zur Konfliktbearbeitung; das ist die Konsequenz der Schutzverantwortung.*«

Mit Blick auf die innergesellschaftliche Akzeptanz einer kollektiven Schutzverantwortung für den Frieden, resümiert Militärbischof Overbeck zum Ende des gut zweistündigen Dialogs nachdenklich und fragt in diesem Zusammenhang wörtlich: »*Wie viel Wohlstandsverlust wäre die bundesdeutsche Bevölkerung bereit hinzunehmen, um zugunsten der Durchsetzung der Menschenrechte auf Gewohntes zu verzichten und gegebenenfalls Abstriche in der eigenen Lebensführung hinzunehmen?*« 

Gesprächsabend zum Thema »Drohnen«

Von Barbara Hepp

Bericht über eine Diskussionsveranstaltung vom 3.7.2013 an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg; Dr. Barbara Hepp ist dort evangelische Militärfarrerin

Die Frage nach der Beschaffung von Drohnen – auch bewaffneten – für die Bundeswehr wird seit Monaten intensiv diskutiert. Gerade der ethische Blickwinkel dominiert die Debatte. Genau diese Sichtweise wurde auf Einladung der Leiterin des Evangelischen Militärfarramtes an der Universität der Bundeswehr München, Dr. Barbara Hepp, vor einem Fachpublikum intensiv thematisiert.

»Es freut mich sehr, dass wir an der Universität der Bundeswehr die Möglichkeit haben, über die in den Medien breit diskutierten Drohnen zu sprechen. Häufig wird das Thema sehr einseitig beleuchtet und der entsprechende Tiefgang fehlt – hier haben wir aber eine Vielzahl von Experten vor Ort«, so Florian Hahn, Mitglied des deutschen

Bundestages. Bevor die Diskussion für das Publikum geöffnet wurde, brachten Hahn und Prof. Dr. Friedrich Lohmann vom Institut für Theologie und Ethik an der Universität der Bundeswehr ihre konträren Standpunkte vor.

Hahn, der Mitglied im Verteidigungsausschuss ist, warb klar für die Beschaffung unbemannter, bewaffneter Systeme, während Prof. Dr. Lohmann das System als kritisch einstufte. Lohmann ging vor allem auf die völkerrechtliche Problematik des sogenannten »Targeted Killing« mittels bewaffneter Drohnen ein. Eine Praktik Praxis, die nicht zuletzt von den USA angewendet wird.

Hahn entkräftete dieses Argument: »Drohnen schützen bereits jetzt unsere Soldaten täglich im Einsatz. Die Frage des Völkerrechts hängt nicht von einem bestimmten Waffensystem ab, sondern davon, wer welchen Einsatz befiehlt. Bei uns ist das der Deutsche Bundestag.«

Die Eingangsstatements boten eine gute Ausgangslage für eine rege Diskussion. Unter den Anwesenden befanden sich neben studierenden Offizieren und Offiziersanwärtern auch etliche

wissenschaftliche Mitarbeiter sowie Offiziere mit Einsatzerfahrung, die mehrheitlich dem Einsatz von Drohnen beipflichteten.

EKD-Militärbischof: Kein Unterschied zwischen Drohnen und anderen Flugzeugen

Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann lehnt unbemannte Kampfdrohnen nicht von vornherein aus ethischen Gründen ab.

»Ich sehe ethisch den Qualitätssprung nicht zwischen einem bemannten Kampfflugzeug und einer Drohne«, sagte Dutzmann am Mittwoch bei einer Diskussion der Militärbischöfe mit Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) in Berlin. Er verstehe »deswegen auch nur sehr begrenzt die Diskussion darüber«, ergänzte der lip-pische Landessuperintendent. Sein katholischer Amtskollege Franz-Josef Overbeck blieb bei seiner kritischen Haltung zu Drohnen.

»Soldaten im Blick behalten«

Dutzmann appellierte, bei der Diskussion die Situation der betroffenen Soldaten im Blick zu haben. »Wenn ich Soldat wäre und hätte mein Leben zu riskieren, würde ich von meinem Dienstherrn erwarten, dass er alles tut, um mein Leben zu schützen«, sagte Dutzmann. Dass Soldaten beim Einsatz der ferngesteuerten Drohnen nicht ihr Leben riskieren müssen, gilt als eines der wichtigsten Argumente für die unbemannten und bewaffneten Kleinflugzeuge.

Verteidigungsminister de Maizière verteidigte Drohnen erneut und stellte dabei auch ethische Argumente in den Vordergrund. Wenn es den Willen gebe, Opfer in der Zivilbevölkerung zu

vermeiden, sei es »zwingende Folge, dass man gezielt trifft«. Drohnen seien »schneller, präziser« und damit besser als ein Flugzeug, sagte er.

Minister widerspricht katholischem Militärbischof

De Maizière betonte, viel der Kritik an Drohnen erscheine ihm nicht drohnenspezifisch, sondern gegen Waffen allgemein gerichtet. Bereits heute gebe es zahlreiche Waffen, die über Computer vom Start zum Ziel geführt werden. Kritik des katholischen Militärbischofs, Drohnen könnten die Hemmschwelle für Einsätze der Bundeswehr sinken lassen, widersprach de Maizière. Für Einsätze würden Regeln gelten, das Parlament müsse zustimmen. Dass Drohnen außerhalb von Mandaten zum Einsatz kommen, könne ausgeschlossen werden. »Das entspricht nicht unserer Rechtslage, entspricht nicht unserer Tradition, wird nicht eintreten«, betonte der Minister.

Bisher verfügt die Bundeswehr nur über unbewaffnete Aufklärungsdrohnen. De Maizière (CDU) sprach sich wiederholt für die Anschaffung bewaffneter Drohnen aus und will bis zur Bundestagswahl im September eine Entscheidung dazu treffen. Der Bundestag, der in diese Entscheidung eingebunden werden muss, wird nach den derzeitigen Plänen aber erst in der nächsten Legislaturperiode dazu beraten.

(epd-Basisdienst, 24.4.2013) 

Jahrgang 2012

32-33/12 – **Leben und Leiden. Vom Umgang mit der Krankheit** (Evangelische Akademie im Rheinland) – 60 Seiten / 5,10 €

34/12 – Themen: **Diskurskultur** (Evangelische Akademien); **Europäische Kohäsionspolitik** (COMECE, KEK, EKD); **Evangelische Publizistik** (Präses Schneider) – 28 Seiten / 3,40 €

35-36/12 – **Transformationskongress 2012:** Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken – 108 Seiten / 7,40 €

37/12 – **»Theologe der Tat«** (Festakt zum 70. Geburtstag von Bischof i. R. Wolfgang Huber) – 24 Seiten / 3,40 €

38/12 – Themen: **50 Jahre Kooperation von Staat und Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit** (Festakt) – **Ökumene-Appell** (Lammert, Thierse u.a.) – **ÖRK-Zentralausschuss 2012** (Tveit, Altmann) – **Biopatente und Ernährungssicherung** (Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung) – 60 Seiten / 5,10 €

39/12 – **Katechismen der Reformationszeit** (Theologischer Arbeitskreis für reformationsgeschichtliche Forschung der Union Evangelischer Kirchen in der EKD) – 52 Seiten / 5,10 €

40/12 – **Langfristig investieren in kurzatmigen Zeiten** (10. Fundraising-Forum Hessen und Nassau) – 28 Seiten / 3,40 €

41/12 – **Frei für die Zukunft – Evangelische Kirchen in Europa** (7. Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa) – 56 Seiten / 5,10 €

42/12 – Themen: **Evangelische Orientierungshilfe zu Israel** (EKD, UEK, VELKD) – **Weichenstellung für Europa: Möglichkeiten der evangelischen Kirchen** (Gundlach) – 28 Seiten / 3,40 € 43/12 – **Perspektiven für »Kirche in der Fläche«** (1. Fachtagung der Land-Kirchen-Konferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 44 Seiten / 4,60 €

44/12 – Themen: **EKD-Wort zu Europa** (»Für eine gemeinsame Zukunft in einem geeinten Europa«) – **»Tag der internationalen Einsätze«** (Evangelischer Militärbischof) – **Kirchliches Arbeitsrecht** (Studie »Arbeitsverhältnisse in der Diakonie« und Dritter Weg in der katholischen Kirche) – 32 Seiten / 4,10 €

45/12 – **Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen? Politischer Wille, sicherheitspolitische Strategie und friedensethische Normen** (Evangelische Akademie zu Berlin) – 24 Seiten / 3,40 €

46/12 – Themen: **Synodentagung 2012 (1)** (mündlicher EKD-Ratsbericht) – **Ökumenischer Lagebericht 2012** – 40 Seiten / 4,10 €

47/12 – **Synodentagung 2012 (2)** (VELKD-Generalsynode; UEK-Vollkonferenz) – 76 Seiten / 5,90 €

48/12 – Themen: **Kirchliches Arbeitsrecht** (Bundesarbeitsgericht zum Streikverbot) – **Rituelle Beschneidung im Judentum aus religionswissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Sicht** (Tagung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) – 52 Seiten / 5,10 €

49/50/12 – Themen: **Synodentagung 2012 (3)** (EKD-Synode) – Geistliches Wort zur **Organspende – Ethik und Recht** (Präses Schneider) – 68 Seiten / 5,40 €

51/12 – **Synodentagung 2012 (4)** (EKD-Synode: **»Am Anfang war das Wort... Perspektiven für das Reformationsjubiläum 2017«**) – 36 Seiten / 4,10 €

52/12 – **»Herausforderung Salafismus – Extremistischer Islamismus in Deutschland«** (Evangelische Akademie im Rheinland) – 52 Seiten / 5,10 €

Jahrgang 2013

1-2/13 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2012** – 72 Seiten / 5,90 €

3/13 – **Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt?** (Evangelische Akademie im Rheinland) – 36 Seiten / 4,10 €

4/13 – Themen: **Rheinische Landessynode** (Schneider) – **Die Debatte um Land und Staat Israel** (Reformierter Bund) – 56 Seiten / 5,10 €

5-6/13 – **»Freiraum - Theologische, juristische und praktische Ermöglichkeiten für Kirche in der Region«** (EKD-Reformzentrum für Mission in der Region) – 68 Seiten / 5,40 €

7/13 – Themen: **Reformation und Toleranz** (Schneider, Meister, Dröge, Weinrich) – **Gedenken an Widerstandsgruppe Weiße Rose** (Gauck) – 36 Seiten / 4,10 €

8/13 – **»Für alle, die auf Kurs bleiben«** (Hearing von EKD und AMD zum Reformprojekt »Erwachsen glauben«) – 36 Seiten / 4,10 €

9/13 – **»Soziales Europa – Was kann Kirche tun?«** (Tagung des Evangelischen Verbandes Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt und der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 36 Seiten / 4,10 €

10/13 – **Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort** (Tagung der Ev. Akademie Meißen) – 64 Seiten / 5,40 €

11/13 – **40 Jahre Leuenberger Konkordie – Wo stehen wir in der innerprotestantischen Ökumene?** (Beiträge von Greschat, Hauschildt, Hein, Wenz) – 60 Seiten / 5,10 €

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2013

12/13 – Themen: **Reformation und Toleranz (2)**
(Beiträge von Fleischmann-Bisten Nollmann, Bernhardt) – **Konfirmandenarbeit** (Thesen des Rates der EKD) – 44 Seiten / 4,60 €

13/13 – Themen: **40 Jahre Leuenberger Konkordie**
(Festgottesdienst und Festakt: Weber, Steinmeier) – **150 Jahre SPD und die Kirchen** (Sachau, Thierse) – 28 Seiten / 3,40 €

14-15/13 – »**Leben in der Vision des Urchristentums oder alimentierte Autarkie im Unrechtsstaat? Die evangelischen Kirchen in der DDR aus der Perspektive des Westens**« (Evangelische Akademie Thüringen) – 76 Seiten / 5,90 €

16/13 – **Kirchliches Arbeitsrecht**: Urteile des Bundesarbeitsgerichts zum Arbeitskampf in kirchlichen Einrichtungen – 60 Seiten / 5,10 €

17/13 – **Dienstgemeinschaft: Ein Begriff auf dem Prüfstand** (FEST und Kirchenrechtliches Institut der EKD) – 64 Seiten / 5,40 €

18/13 – **Von Reform zu Reform. Wo steht die evangelische Kirche?** (Pädagogisches Institut der EKvW) – 44 Seiten / 4,60 €

19/13 – Themen: **Reformation und Toleranz (3)**
(EKBO-Grundsatztext); **Warum feiern wir Gottesdienst?** (Landesbischof Bedford-Strohm) – 36 Seiten / 4,10 €

20/13 – **34. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1)**: Eröffnung, Abschluss, Bilanz, epd-Berichterstattung – 52 Seiten / 5,10 €

21/13 – **Theologie des Ehrenamtes** (Konsultationstag des Referats Sozial- und Gesellschaftspolitik des EKD-Kirchenamts) – 32 Seiten / 4,10 €

22/13 – **450 Jahre Heidelberger Katechismus** (Festakt und Festgottesdienst) – 20 Seiten / 2,60 €

23/13 – **Diakonie und ‚ihre‘ Kirche – Plädoyer für einen Perspektivenwechsel** (Kirchliche Dienste in der Arbeitswelt im VKWA und diakonische Einrichtungen) – 48 Seiten / 4,60 €

24-25/13 – **34. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2)**: Auswahl von Vorträgen – 100 Seiten / 6,90 €

26/13 – Themen u.a.: **EKD-Orientierungshilfe zum Thema Familie – Kirche und Recht – Reformationsgedenken 2017** – 36 Seiten / 4,10 €

27-28/13 – **Inklusive Bildung als evangelische Verantwortung** (Fachtagung von Comenius-Institut und EKD-Kirchenamt) – 60 Seiten / 5,10 €

29/13 – **Hauptversammlung des Reformierten Bundes** (Auswahl von Beiträgen) – 36 Seiten / 4,10 €

30/13 – **Zwischen Ethik und Exegese: Streit ums EKD-Familienpapier** (Reaktionen auf Orientierungshilfe) – 52 Seiten / 5,10 €

31/13 – **Islam und Reformation – Ist Toleranz genug?** (Evangelische Akademie Bad Boll) – 48 Seiten / 4,60 €

32/13 – **Fair Trade - unterwegs zu einer nachhaltigen Zukunftsgesellschaft** (Studie des Zukunftsinstituts Frankfurt und Materialien zum fairen Handel) – 32 Seiten / 4,10 €

33/13 – **Flüchtlinge in Not – Kirchen treten für besseren Schutz ein** (Beiträge zum 13. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz) 32 Seiten / 4,10 €

34/13 – Mystik zwischen Vision, Religion und Philosophie: **Nachdenken über Meister Eckhart** – 40 Seiten / 4,60 €

35/13 – **Wasser: Geschenk der Schöpfung, Quelle des Lebens** (Beiträge zur Strategischen Konsultation des Ökumenischen Wassernetzwerks) – 28 Seiten / 3,40 €

36/13 – Kirche, Familie, Entwicklung und Flüchtlinge: **Synopse der Programme zur Bundestagswahl** – 42 Seiten / 4,60 €

37/13 – **14. Versammlung der Konferenz Europäischer Kirchen** – 36 Seiten / 4,10 €

38-39/13 – **Krieg aus der Distanz: Drohnen fordern Friedensethik heraus** – 60 Seiten / 5,40 €

Der Informationsdienst **epd-Dokumentation** (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-191.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: vertrieb@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 26,50 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 30,90 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 25 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,30 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.